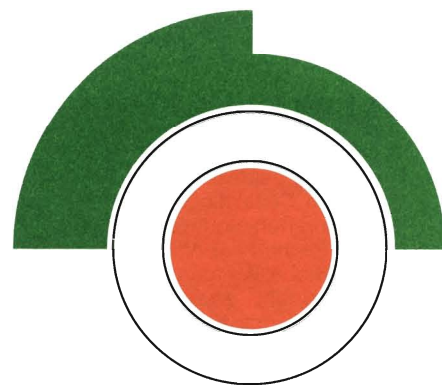


Nordrhein-Westfalen Landtag intern 9



Informationen aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen, 31. Jahrgang, 12. Wahlperiode, 18.5.2000

SPD verteidigt Hochburgen im Revier CDU kann Position weitgehend halten GRÜNE verlieren und die FDP gewinnt

Ministerpräsident Wolfgang Clement und die SPD haben bei der Landtagswahl am vergangenen Sonntag Verluste hinnehmen müssen, können aber unangefochten weiter regieren. Das Wahlergebnis hat sie darüber hinaus in die Lage versetzt, sich den Koalitionspartner selbst aussuchen zu können. Klarer Gewinner am 14. Mai war die FDP.

Die in der 12. Legislaturperiode an der Regierung beteiligten GRÜNEN mit ihren Landesministern Bärbel Höhn und Dr. Michael Vesper mussten erhebliche Verluste hinnehmen. Die CDU mit ihrem Spitzenkandidaten Dr. Jürgen Rüttgers stabilisierte bei geringfügigen Verlusten weitgehend ihre Position.

Nach dem vorläufigen amtlichen Endergebnis, das diesmal kurz nach 21 Uhr bereits feststand, kam die SPD auf 42,8 Prozent. Das sind 3,2 Prozentpunkte weniger als 1995. Die Sozialdemokraten konnten indessen ihre Hochburgen im Ruhrgebiet verteidigen. Allein in Duisburg erreichten sie Werte teilweise um die 60 Prozent. Die CDU schaffte 37,0 Prozent (minus 0,7 Prozent). Die GRÜNEN mussten 2,9 Prozentpunkte abgeben und kamen auf

7,1 Prozent. Die FDP mit ihrem Spitzenkandidaten Jürgen Möllemann erreichte 9,8 Prozent, legte damit gegenüber 1995 um 5,8 Punkte zu und kehrt nach fünf Jahren in den Landtag zurück.

Im neuen Landesparlament erhält die SPD 102 Mandate. Das sind sechs weniger als bisher. Die CDU verliert einen Sitz und stellt 88 Abgeordnete. Die FDP rückt mit 24 Politikerinnen und Politikern in den Landtag ein. Die Fraktion der GRÜNEN umfasst nur noch 17 Abgeordnete, sieben weniger als in der 12. Wahlperiode. Dem Landtag der 13. Legislaturperiode werden insgesamt 231 Mitglieder angehören.

Die PDS kam bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen nur auf 1,1 Prozent. Auch die übrigen Wahlbewerber blieben bedeutungslos.

Sorge über abnehmende Beteiligung an Landtagswahlen

Jungwählern fehlt oft Motivation

Die politischen Würfel sind gefallen, aber eine Sorge bleibt: die ständig geringer werdende Wahlbeteiligung bei Landtagswahlen. Am 14. Mai wurde mit 56,7 Prozent ein Rekordtief erreicht.

Dagegen gaben noch 1998 bei der letzten Bundestagswahl 83,9 Prozent der Wahlberechtigten in NRW ihre Stimme ab.

Schon 1995 bei den Landtagswahlen zur 12. Legislaturperiode gingen nur 64,0 Prozent der rund 13 Millionen Wahlberechtigten in Nordrhein-Westfalen zur Wahlurne. Das wurde bereits als extremer Ausgang gewertet. Als Gründe für die noch geringere Wahlbeteiligung in diesem Jahr wurden das gute Wetter, aber auch die Affären auf Bundes- und Landesebene gewertet, die dem Wahltermin vorangegangen waren.

Repräsentative Wahlstatistiken belegen, dass die Beteiligung an Wahlen generell mit zunehmendem Alter steigt. Jungen Nichtwählerinnen und Nichtwählern fehlt häufig die Motivation.

In den 60er- und 70er-Jahren hatte die Beteiligung an Landtagswahlen um die 70 Prozent weit höher gelegen. Ein Spitzenergebnis

wurde mit 86,1 Prozent bei der Landtagswahl im Jahr 1975 erreicht. 1980 lag sie bei 80 Prozent, 1985 bei 75,2 Prozent und 1990 immerhin noch bei 71,8 Prozent.



Eine Frage der Farbe

Die Woche im Landtag

Pressestimmen

Die Ergebnisse der Wahl in NRW haben ein großes Echo in der Presse und ihren Niederschlag in Kommentaren gefunden.

(Seite 2)

Wahlkreise

Eine umfangreiche Tabelle gibt Auskunft darüber, wie die Landtagswahl in den 151 Wahlkreisen des Landes ausgegangen ist.

(Seite 7)

Volksbegehren

In Nordrhein-Westfalen besteht nach der Landesverfassung seit fast 50 Jahren die Möglichkeit zu Volksbegehren.

(Seite 19)

Menschenwürde

Rundfunkveranstalter müssen Menschenwürde im Sinne des Grundgesetzes schützen. Aber manche Sendeformate lassen sich nicht verhindern.

(Seite 21)

Sportpolitik

Die Europäische Akademie des Sports in Velen hat besondere Bedeutung für die Sportpolitik in Deutschland und Europa.

(Seite 22)

Verbindungsbüro

Der Vorsitzende der Kommission Aufbau Ost hat einen Bericht zur Arbeit des NRW-Verbindungsbüros in Ostberlin gegeben.

(Seite 23)

Zeichnung: Waldemar Mandzel (WAZ)

Die Kommentatoren rätseln: Welche Koalition in Düsseldorf?

Der Wähler sei misstrauisch geworden: Auf der einen Seite die schamlose Spenden-Praxis von Kohl und Kanthor, auf der anderen die freche Flug-Affäre, die der SPD geschadet habe. Wolfgang Clement bleibe Ministerpräsident, aber der wahre Sieger heiße Möllemann mit seiner triumphal zurückgekehrten FDP. Die GRÜNEN ihrerseits könnten froh sein, dass sie nicht noch schlimmer abgewatscht wurden. Die CDU habe die Chance verpasst, den Machtwechsel herbeizuführen. So kommentiert Ralf Lehmann in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung (WAZ) den Wahlausgang. Mit Blick auf Berlin fügt er zur Koalitionsfrage in NRW hinzu: „Die Entscheidung wird wohl eher in Berlin fallen als in Düsseldorf. Noch gilt das Credo Münteferings, dass Rot-Grün gerettet werden muss.“

Michael Hartmann stellt fest, gegen einen so schwachen Gegner wie die CDU hätte für eine intakte SPD mehr drin sein müssen. Der Kommentator der Westdeutschen Zeitung fügt an: „Aber die von der Flugaffäre beschädigte und vom roten Filz gebremste Partei schaffte es nicht, ihre Anhänger oder früheren Wähler an die Urnen zu bringen. Die peinlich niedrige Wahlbeteiligung in NRW ist ein Beweis dafür, dass keine der bisher im Landtag vertretenen Parteien auf ihre Arbeit stolz sein darf.“

Der alte und neue Ministerpräsident Clement befinde sich zwar in der bequemen Position, sich zwischen Gelb und Grün als Koalitionspartner entscheiden zu können, „doch Euphorie wird weder bei der SPD noch bei Clement aufkommen können. Man hat verloren, mit dem schlechtesten Wahlergebnis seit fast 40 Jahren dennoch gewonnen. Kein wirklich guter Einstieg für den Rau-Nachfolger.“ Möllemann, das Stehaufmännchen aus Münster, ein Stefan Raab der

Die Schlacht ist geschlagen. Der Wähler hat gesprochen. Aber was hat er mit seinem Votum sagen wollen? Die Kommentatoren haben in NRW und andernorts ihre Federn gespitzt, um Volkes Stimme zu verdeutlichen und zu versuchen, dem Souverän hinter die Stirn zu schauen.



*Ungeschminkt (na ja) und hemdsärmelig (vielleicht) die Wahrheit der Wahlergebnisse den Zuschauern am Fernseher mitzuteilen, das war bei der Berichterstattung der ARD aus dem Düsseldorfer Landtag die Aufgabe von Jörg Schönenborn (Bild).
Foto: Schälte*

CDU, FDP und GRÜNE wählten Spitzen ihrer Fraktionen im Landtag

Die CDU im Landesparlament hat am letzten Dienstag ihren Spitzenkandidaten bei der Landtagswahl 2000, Dr. Jürgen Rüttgers, zum neuen Fraktionsvorsitzenden gewählt. Rüttgers bekam 74 Stimmen bei elf Nein-Stimmen und drei Enthaltungen, wie der bisherige Fraktionschef, Laurenz Meyer, mitteilte. Der Spitzenkandidat der FDP, Jürgen Möllemann, ist am vergangenen Montag einstimmig zum Fraktionsvorsitzenden der Liberalen im Landtag gewählt worden. Alle 23 anwesenden Fraktionsmitglieder stimmten für Möllemann. Einen Tag später wählten auch die GRÜNEN ihre neue Fraktionspitze. Fraktionssprecherin Sylvia Löhrmann wurde während einer Klausurtagung einstimmig im Amt bestätigt. Zum Parlamentarischen Geschäftsführer wählten die Abgeordneten geschlossen den Haushaltsexperten Johannes Rimmel. Die erstmals in den Landtag gewählten Sprecher des Landesvorstandes, Barbara Steffens und Reiner Priggen, wurden zu Stellvertretern von Frau Löhrmann berufen.

Politik, sei der Sieger. Von vier auf fast zehn Prozent, „das macht schwindelig“, diagnostiziert Joachim Rindfleisch in der Neuen Rhein-Zeitung. Die GRÜNEN als Verlierer und Nummer vier im Parteienspektrum „werden kleine Brötchen backen müssen in Koalitionsverhandlungen“. Der Angriff der neuen CDU im Westen mit dem Mann ohne Leidenschaft, Jürgen Rüttgers, sei abgewehrt. Anders die Akzente der in Düsseldorf und Umgebung tonangebenden Zeitung für christliche Kultur. Ulrich Reitz, Chefredakteur der Rheinischen Post: Clement sei zwar kein strahlender Sieger, „aber mit diesem Ergebnis kann er als Regierungschef nur stärker werden“. Wenn er weiter mit den GRÜNEN koaliere — die Zeit für Rot-Gelb sei noch nicht reif —, dann könne der Ministerpräsident seinen kleineren Partner stets als Bremser hinstellen, ergo: „Rot-Grün stärkt Clement. Rot-Gelb schwächt ihn.“ Gegen die FDP als Partner spreche in den Augen der SPD, „reformstark wie sie ist, würde sie die Defizite der in Teilen immer noch staats- und kollektivfixierten SPD deutlich werden lassen“. Im Lande gehe alles, was geht, ohne die CDU. Aber, fragt Reitz: „Wer weiß, wie Rüttgers ohne Merkel-Bonus abgeschnitten hätte?“

Überregional spekuliert die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) über die Koalition in

Düsseldorf. Kommentator Kurt Reumann schreibt: „Wie Clement würde auch Bundeskanzler Schröder der Koalition mit den GRÜNEN ein Bündnis mit der FDP vermutlich vorziehen: Das machte sein Bekenntnis zur Mitte glaubwürdiger.“ Aber Schröder werde sich die Frage stellen, ob das FDP-Ergebnis hinlänglich stabil sei: „Sie ist keine Ost-Partei, und im Westen schwinden ihre Chancen, solange ein Teil ihrer Wähler immer dann die CDU wählt, wenn Aussichten bestehen, dass es die konservative Volkspartei allein schafft.“

Auch die Süddeutsche Zeitung aus München sieht die FDP „in neuem Glanz“, sie habe imposant gewonnen, während die Situation der CDU umso bitterer sei, als sie erkennen müsse, „dass die Sozialdemokraten auch im Bund drei schöne Machtoptionen haben: Sie können mit den GRÜNEN, mit der FDP und über kurz oder lang mit der PDS koalieren. Die Union dagegen steht einsam in der Landschaft.“ Der Versuch des Jürgen Rüttgers, so die Süddeutsche wörtlich weiter, „mit der idiotischen Kinder-statt-Indier-Kampagne den Erfolg der rechtskonservativen hessischen Parteifreunde unter Roland Koch zu wiederholen, war schon deswegen zum Scheitern verurteilt, weil Rüttgers damit sein eigenes Image als aufgeklärter Christdemokrat konterkarierte“.

In der Landes-CDU rumore es. „Immer mehr Christdemokraten äußern ihren Unmut über ihren Landesvorsitzenden Jürgen Rüttgers, der ihrer Meinung nach mit seinem Wahlkampfkonzept erheblich zu dem schlechten Ergebnis beigetragen hat. An die Öffentlichkeit wagt sich mit diesem Vorwurf — noch — niemand so recht. Denn niemand will der Königsmörder sein“, urteilt Heinz Tutt im Kölner Stadt-Anzeiger. „Mensch, Rüttgers!“ seufzt die Kölnische Rundschau, während die Bild-Zeitung erst kalauert und dann prophezeit: „Jürgen Rüttgers hat sich selbst be(h)indert. Er dürfte erst mal keine große Rolle mehr in der CDU spielen.“

Die historische Dimension eines Koalitionswechsels in Düsseldorf unter Einbeziehung der Liberalen blättert die Stuttgarter Zeitung (Kommentarunterzeile „Der alte Hang der FDP zur SPD“) auf. Werner Birkenmeier erinnert daran, dass 1957 die Jungtürken um Weyer, Döring und Scheel es waren, die halfen, die Regierung Arnold zu stürzen und zusammen mit der SPD Fritz Steinhoff (SPD) aufs Schild zu heben. Elf Jahre später hätten die Düsseldorfer Liberalen ein ähnliches Manöver wieder vollzogen, diesmal sei Franz Meyers (CDU) gestürzt und durch Heinz Kühn (SPD) ersetzt worden. „Allgemein wird angenommen, der Wechsel Düsseldorf sei die Vorstufe gewesen zum Machtwechsel in Bonn, von Kiesinger zu Brandt“, schließt der Journalist seine Betrachtung.

Die meisten Kommentatoren sind der Auffassung, ein Koalitionswechsel in Düsseldorf sei wegen der möglichen Ausstrahlung auf den Bund jetzt nicht zu erwarten. Aber im Jahr 2002, wenn der neue Bundestag gewählt wird, könnte die Frage wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden. Dann ist in Düsseldorf Halbzeit der Legislaturperiode und die Wählerinnen und Wähler können absehen — ebenso wie die rot-grünen Koalitionäre —, ob die neu aufgelegte Zusammenarbeit die Erwartungen erfüllt oder nicht.



Ministerpräsident Wolfgang Clement (im Bild rechts in der Mitte) erreicht nach einem Fußmarsch vom Stadttor, in dem die Staatskanzlei untergebracht ist, inmitten von Heerscharen seiner Anhänger den Landtag. Es war 19.30 Uhr. Der Regierungschef bat um Nachsicht. Es habe leider einige Anlaufprobleme gegeben, sagte er bei seiner Ansprache. „So ist das nun einmal“, stellte Clement fest. — Für viele Besucher der Wahlparty ein überraschender, weil lange nicht mehr gesehener Gast, der immer noch agile FDP-Politiker und frühere Bundesaußenminister Hans Dietrich Genscher (im linken Bild). Er muss den Erfolg seiner Liberalen erahnt haben, so gut war seine Laune. Fotos: Schälte



Nach Bekanntwerden des vorläufigen Wahlergebnisses äußerte sich der Fraktionsvorsitzende der CDU im Landtag, Laurenz Meyer, zum Stand der Dinge für die Union in Nordrhein-Westfalen. Fotos: Schälte



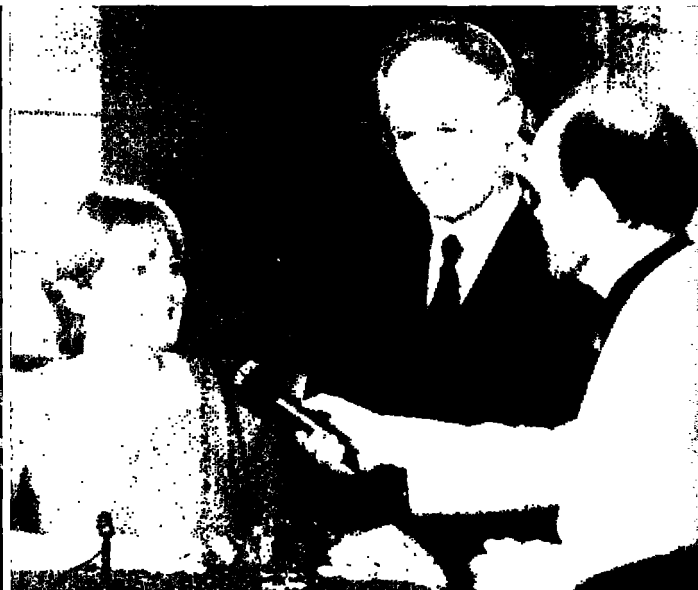
Bei der so genannten „Elefantenrunde“ der Prominenten aus Bund und Land, die das Wahlergebnis kommentierten, war auch der ehemalige Landtagsabgeordnete, Landesvorsitzende und heutige SPD-Generalsekretär Franz Müntefering.

Vorläufiges amtliches Endergebnis der Landtagswahl in NRW

	Landtagswahl am 14. Mai 2000		Landtagswahl am 14. Mai 1995	
	Stimmen	Prozent	Stimmen	Prozent
Wahlberechtigte	13 062 993		13 041 964	
Wähler	7 410 329		8 353 056	
Wahlbeteiligung		56,7 (-7,3)		64,1
Gültige Stimmen	7 335 873		8 294 235	
SPD	3 142 590	42,8 (-3,2)	3 816 639	46,0
CDU	2 712 281	37,0 (-0,7)	3 124 758	37,7
GRÜNE	518 384	7,1 (-2,9)	830 861	10,0
FDP	721 387	9,8 (+5,8)	332 634	4,0
REP	83 251	1,1 (+0,3)	65 509	0,8
Naturgesetz	3 475	0,0 (-0,2)	12 948	0,2
Tierschutz	3 075	0,0 (-0,1)	9 936	0,1
DKP	1 722	0,0 (-0,1)	6 008	0,1
PBC	4 124	0,1 (0,0)	5 777	0,1
BüSo	2 632	0,0 (0,0)	850	0,0
Familie	3 418	0,0 (0,0)	273	0,0
HP	405	0,0 (0,0)	40	0,0
BGD	180	0,0	—	—
ÖkoLi	304	0,0	—	—
DMP	5 740	0,1	—	—
MLPD	5 994	0,1	—	—
Rentner	10 708	0,1	—	—
PDS	79 891	1,1	—	—
Frauen	1 541	0,0	—	—
Unabhängige	22 049	0,3	—	—
Einzelbew.	12 722	0,1 (+0,1)	1 570	0,0

Abkürzungen:

SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
CDU	Christlich Demokratische Union Deutschlands
GRÜNE	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
FDP	Freie Demokratische Partei
REP	Republikaner
PDS	Partei des Demokratischen Sozialismus
Naturgesetz	Naturgesetz Partei, Aufbruch zu neuem Bewusstsein
Tierschutz	Mensch Umwelt Tierschutz
DKP	Deutsche Kommunistische Partei
PBC	Partei Bibeltreuer Christen
BüSo	Bürgerrechtsbewegung Solidarität
Familie	Familien-Partei Deutschlands
HP	Humanistische Partei
BGD	Bund für Gesamtdeutschland
ÖkoLi	Ökologische Linke
Einzelbew. DMP	Die Mittelstands Partei
MLPD	Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands
Rentner	RENTNER-PARTEI
Frauen	Feministische Partei DIE FRAUEN
Unabhängige	Unabhängige Bürger Nordrhein-Westfalen



Bei der Wahlparty im Landtagsgebäude kommentierten jeweils aus eigener Sicht Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD, links) und CDU-Spitzenkandidat Dr. Jürgen Rüttgers, auf dem Bild rechts mit Ehefrau Angelika, auf Fragen des WDR-Moderators Ralf Kapschack das Wahlergebnis. Fotos: Schälte

Dreizehnter Landtag: Vier Fraktionen mit 231 Abgeordneten

Der dreizehnte Landtag hat gegenüber der laufenden Legislaturperiode, die am 1. Juni endet, zugelegt. Nach der Landtagswahl am 14. Mai ziehen insgesamt 231 Abgeordnete in den Landtag ein. 1995 waren es nur 221. 80 Abgeordnete von CDU, FDP und GRÜNEN erhalten einen Sitz über die Landeslisten ihrer Parteien. Alle 102 SPD-Abgeordnete haben ihr Mandat direkt in den Wahlkreisen gewonnen. Das hat Auswirkungen auch auf Prominenz unter sozialdemokratischen Wahlbewerbern gehabt. Selbst vermeintliche Absicherung auf vorderen Plätzen der SPD-Landesliste nutzte nichts. Von den Kabinettsmitgliedern konnten nur Ministerpräsident Wolfgang Clement, die Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Ilse Brusis, und Finanzminister Peer Steinbrück ihre Wahlkreise direkt erobern. Clement siegte im Wahlkreis Bochum II, Frau Brusis im Wahlkreis Dortmund II und Steinbrück im Wahlkreis Unna II. Die beiden Minister der GRÜNEN, Umweltministerin Bärbel Höhn und Bauminister Dr. Michael Vesper ziehen über ihre Landesliste in den Landtag ein. Aus einer Information des Landeswahlleiters geht weiter hervor, dass Innenminister Dr. Fritz Behrens, der erstmals in Neuss für den Landtag kandidierte, gegen den CDU-Kandidaten Heinz Sahnen verlor. Schul- und Wissenschaftsministerin Gabriele Behler und die Ministerin für Frauen, Jugend, Familie und Gesundheit, Birgit Fischer (beide SPD) kehren nicht in den Landtag zurück. Frau Behler unterlag im Wahlkreis Gütersloh I gegen den CDU-Politiker Michael Brinkmeier, Frau Fischer im Hochsauerlandkreis II dem Unions-Kandidaten Nikolaus Bernhard Kaiser. Auch Jus-

tizminister Jochen Dieckmann schaffte im ersten Anlauf den Sprung in den Landtag nicht. Er scheiterte im Wahlkreis Rhein-Sieg-Kreis II - Bonn I an Andrea Milz (CDU). Die unterlegenen Minister haben allerdings noch Chancen als Nachrücker. Wirtschaftsminister Ernst Schwanhold, noch neu in Düsseldorf, hatte nicht kandidiert. Auch für einen Spitzenpolitiker aus der SPD-Fraktion nahm der Wahlverlauf einen bitteren Ausgang. Der Fraktionsvorsitzende, Professor Dr. Manfred Dammeyer, unterlag im Wahlkreis Kleve I dem ehemaligen CDU-Fraktionschef Dr. Helmut Linssen. Gegenüber der Landtagswahl 1995 erzielte die SPD geringfügige Stimmgewinne in Heinsberg I, Lippe I und Minden-Lübbecke III, ihre größten Stimmverluste dagegen in Remscheid mit minus 7,0, Recklinghausen mit minus 6,8 und Essen III mit minus 6,6 Prozentpunkten. Die CDU legte in den Wahlkreisen Köln VII und Siegen-Wittgenstein II mit jeweils 2,6 und Köln VI mit 2,4 Prozentpunkten am meisten zu, erlitt aber in Heinsberg I mit minus 5,0, Münster I mit minus 4,7 und Aachen I mit minus 4,3 Punkten erhebliche Einbußen. Die GRÜNEN mussten starke Verluste in Heinsberg II mit minus 6,0 sowie in Mönchengladbach I und II mit minus 5,3 bzw. 4,7 Punkten hinnehmen. Dramatisch waren die Verluste für die GRÜNEN in den vom Braunkohletagebau Garzweiler II bedrohten fünf Ortschaften der Stadt Erkelenz (Holzweiler, Borschemich, Keyenberg, Immerath und Kuckum). Die Kurve verläuft von 31,23 Prozent bei der Landtagswahl 1995 zu heute 13,05 Prozent. Die SPD erreichte mit 26,88 Punkten dort wieder ein normales Ergebnis.

SPD-Fraktion

Altenkamp-Nowicki, Britta, Angestellte, Essen (WK 75)
Baranowski, Frank, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, Gelsenkirchen (WK 88)
Bischoff, Rainer Josef, Gewerkschaftssekretär, Duisburg (WK 68)
Bischoff, Werner, Gewerkschaftssekretär, Monheim am Rhein (WK 41)
Böcker, Manfred, Konrektor a.D., Augustdorf (WK 115)
Prof. Dr. Bollermann, Gerd, Hochschullehrer, Dortmund (WK 134)
Bolte, Ursula, Industriekauffrau, Steinhagen (WK 104)
Breitbach-Schwarzlose, Anette, Betriebswirtin, Bergheim (WK 12)
Dr. Brunemeier, Bernd, Studienrat a.D., Bielefeld (WK 107)

Brunn, Anke, Diplomvolkswirtin, Köln (WK 18)
Brusis, Ilse, Schulrätin, Ministerin, Dortmund (WK 130)
Budschun, Peter, Polizeibeamter, Recklinghausen (WK 81)
Champignon, Bodo, Industriekaufmann, Dortmund (WK 132)
Clement, Wolfgang, Journalist, Ministerpräsident, Bonn (WK 125)
Danner, Dorothee, Tischlerin, Löhne (WK 109)
Dedanwala, Vera, Rektorin, Wuppertal (WK 37)
Dege, Manfred, Obervolkshochschulrat a.D., Marl (WK 86)
Dirx, Axel, Geschäftsführer, Wuppertal (WK 38)
Drese, Wolfgang, Kundenberater, Erkrath (WK 42)
Drewke, Renate, Referentin, Hagen (WK 120)
Eumann, Marc Jan, Regierungsangestellter, Köln (WK 22)

Feuster, Edmund, Diplombetriebswirt, Grevenbroich (WK 52)
Flessenkemper, Bernd, Diplombetriebswirt, Düsseldorf (WK 46)
Dr. Freimuth, Frank, Angestellter, Wuppertal (WK 35)
Frey, Hans, Studienrat a.D., Gelsenkirchen (WK 89)
Fuß, Hardy Leonhard, Angestellter, Frechen (WK 13)
Garbrecht, Günter, Werkzeugmacher, Bielefeld (WK 106)
Gasse, Heinz-Peter, Gewerkschaftssekretär, Duisburg (WK 70)
Gatter, Stephan, Angestellter, Köln (WK 21)
Gawlik, Oda-Gerlind, Juristin, Mülheim (WK 73)
Gießelmann, Helga, Diplomsoziologin, Bielefeld (WK 105)
Gödecke, Carina, Pädagogische Referentin, Bochum (WK 124)
Gorcitza, Gabriele, Hausfrau, Herne (WK 127)
Groschek, Michael, Kaufmännischer Angestellter, Oberhausen (WK 71)



Jürgen Möllemann stand im ARD-Studio dem Moderator Johannes Kaul Rede und Antwort, nachdem er von einem Lokal im Düsseldorfer Hafengebiet den Weg zu Fuß zum Landtag zurückgelegt hatte (Bild links). Auf dem rechten Bild interviewt WDR-Moderatorin Marion von Haaren (l.) Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE, M.) und SPD-Fraktionschef Professor Dr. Manfred Dammeyer (r.).
Bild: Schälte

Große Brömer, Wolfgang Wilhelm Josef, Leitender Gesamtschuldirektor, Oberhausen (WK 72)
von Grünberg, Bernhard, Geschäftsführer, Jurist, Bonn (WK 33)
Hafke, Hans Günter, Techniker, Jülich (WK 9)
Haseloh, Karl-Heinz, Geschäftsführer, Hille (WK 111)
Hemmer, Manfred, Technischer Angestellter, Hamm (WK 138)
Hilser, Dieter, Diplomvolkswirt, Essen (WK 78)
Dr. Horstmann, Axel, Diplomvolkswirt, Herford (WK 108)
Howe, Inge, Krankenschwester, Minden (WK 112)
Jäger, Ralf, Angestellter, Duisburg (WK 69)
Jentsch, Jürgen, Gewerkschaftssekretär, Gütersloh (WK 103)
Jung, Karin, Lehrerin, Düsseldorf (WK 47)
Kann, Charlotte, Fachreferentin, Duisburg (WK 66)
Dr. Kasperek, Bernhard, Prokurist, Herten (WK 83)
Kessel, Dietrich, Verwaltungsangestellter, Witten (WK 123)
Kever-Henseler, Annelie, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Köln (WK 16)
Kieninger, Gerda, Einzelhandelskauffrau, Dortmund (WK 131)
Klößges, Sigrid, Hausfrau, Krefeld (WK 56)
Körfges, Hans-Willi, Rechtsanwalt, Mönchengladbach (WK 54)
Kraft, Hannelore, Diplomökonomin, Mülheim (WK 74)
Dr. Kraft, Hans, Studienrat a.D., Ratingen (WK 43)
Kramps, Wilfried, Geschäftsführer, Hagen (WK 119)
Krauskopf, Annegret, Kindertagesstättenleiterin, Dortmund (WK 129)
Krings, Johann, Diplomvolkswirt, Kerpen (WK 11)
Lagemann, Inge, Lehrerin, Schwerte (WK 135)
Lenz, Friedhelm, Kaufmännischer Angestellter, Köln (WK 20)
Ley, Gisela, Abteilungsleiterin, Leichlingen (WK 24)
Meinecke, Hans-Peter, Kriminalbeamter a.D., Remscheid (WK 40)
Meise-Laukamp, Ina, Verwaltungsfachangestellte, Lemgo (WK 114)

Mierbach, Irmgard, Geschäftsführerin, Leverkusen (WK 23)
Milles, Hans-Peter, Architekt, Düsseldorf (WK 48)
Moritz, Hans-Dieter, Parteigeschäftsführer, Neunkirchen (WK 145)
Moron, Edgar, Diplompolitologe, Parlamentarischer Geschäftsführer, Erftstadt (WK 14)
Nell-Paul, Claudia, Diplompädagogin, Düsseldorf (WK 45)
Nießen, Hildegard, Bankkauffrau, Stolberg (WK 4)
Niggeloh, Lothar, Maschinenschlosser, Gelvesberg (WK 121)
Nowack, Willi, Geschäftsführer, Essen (WK 77)
Pazdziora-Merk, Jarka, Graphologin und Kauffrau, Essen (WK 79)
Reinecke, Donata, Ingenieurin, Studienrätin, Köln (WK 19)
Röken, Wolfgang, Schulleiter, Gladbeck (WK 85)
Roth, Wolfgang, Leitender Angestellter, Kamp-Lintfort (WK 62)
Rusche, Karl-Heinz, Kaufmann, Oer-Erkenschwick (WK 84)
Rüther, Norbert, Arzt für Psychiatrie, Köln (WK 15)
Schäfer, Ute, Geschäftsführerin, Lage (WK 113)
Scheffler, Michael, Geschäftsführer, Iserlohn (WK 150)
Schmeltzer, Rainer, Gewerkschaftssekretär, Lünen (WK 137)
Schmid, Irmgard, Lehrerin a.D., Kierspe (WK 149)
Schmidt, Ulrich, Industriekaufmann, Präsident des Landtags, Wetter (WK 122)
Dr. Scholz, Georg, Arzt, Hamm (WK 139)
Schwarz-Schumann, Helga, Gewerkschaftssekretärin, Siegen (WK 146)
Sichau, Frank, Pfarrer, Herne (WK 128)
Sieg, Gunther, Rechtsanwalt, Tecklenburg (WK 97)
Siekmann, Erwin, Stellvertretender Geschäftsführer, Dortmund (WK 133)
Sikora, Gabriele, Diplombetriebswirtin, Castrop-Rauxel (WK 82)
Speth, Brigitte, Diplomphysikerin, Düsseldorf (WK 49)
Steinbrück, Peer, Diplomvolkswirt, Bonn (WK 136)

Stotz, Marlies, Verwaltungsangestellte, Lippstadt (WK 141)
Strehl, Klaus, Diplomverwaltungswirt, Bottrop (WK 90)
Talhorst, Elke, Hausfrau, Moers (WK 65)
Tausch, Cornelia Claudia, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Wuppertal (WK 36)
Thulke, Jürgen, Technischer Fernmeldeoberamtsrat, Essen (WK 76)
Vöge, Horst-Dieter, Kaufmännischer Angestellter, Dinslaken (WK 64)
Vorpell, Hans, Leitender Bergbauangestellter i.R., Alsdorf (WK 3)
Walsken, Ernst Martin, Diplomverwaltungswirt, Solingen (WK 39)
Walsken, Gisela, Studienrätin, Duisburg (WK 67)
Werner, Wolfgang Walter, Studiendirektor, Velbert (WK 44)
Werthmann, Ellen, Hausfrau, Gelsenkirchen (WK 87)
Wirth, Gerhard, Geschäftsführer, Meinerzhagen (WK 148)
Wirtz, Heinz, Diplomverwaltungswirt, Bochum (WK 126)

CDU-Fraktion

Appelt, Jutta, Leiterin des Schulkindergartens, Wuppertal (RL)
Arentz, Hermann-Josef, Angestellter, Köln (RL)
Dr. Berger, Stefan Heinrich, Dozent, Schwalmatal (WK 58)
Biesenbach, Peter Klaus, Rechtsanwalt, Hückeswagen (WK 27)
Blömer, Richard, Geschäftsführer, Köln (WK 17)
Brakensiek, Tanja, Wissenschaftliche Mitarbeiterin, Juristin, Dortmund (RL)
Breuer, Michael, Diplomvolkswirt, Erftstadt (RL)
Dr. Brinkmeier, Michael, Unternehmensberater, Rietberg (WK 102)
Britz, Franz-Josef, Diplomökonom, Oberstudienrat, Essen (RL)
Brunert-Jetter, Monika, Hausfrau, Meschede (WK 144)
Brüning, Hannelore, Kauffrau, Neuenkirchen (WK 95)

Diegel, Helmut, Jurist, Selbständiger Kaufmann, Hagen (RL)
Dietrich, Wolfgang, Steuerberater, Geilenkirchen (WK 7)
van Dinther, Regina, Diplomingenieurin, Hattingen (RL)
Doppmeier, Ursula, Realschullehrerin, Gütersloh (RL)
Dr. Droste, Wilhelm, Notar, Ratingen (RL)
Dr. Düttmann-Braun, Renate, Akademische Rätin, Münster (WK 99)
Dr. Eckhold, Heinz-Jörg, Leitender Direktor i.K., Oberhausen (RL)
Einmahl, Rolf Stephan, Rechtsanwalt, Aachen (WK 1)
Fasse, Marie-Luise, Energieberaterin, Rheinberg (RL)
Dr. Franke, Hans-Joachim Joseph, Stadtdirektor a.D., Bergisch Gladbach (WK 26)
Gemkow, Angelika, Hausfrau, Bielefeld (RL)
Dr. Hahn, Rolf, Staatsanwalt, Overath (WK 25)
Hardt, Heinz, Ingenieur, Parlamentarischer Geschäftsführer, Düsseldorf (RL)
Hegemann, Lothar, Versicherungskaufmann, Recklinghausen (RL)
Henke, Rudolf, Facharzt für Innere Medizin, Aachen (WK 2)
Hinnemann, Gisela, Lehrerin, Voerde (RL)
Hüsken, Wolfgang Friedrich, Diplomverwaltungswirt, Hamminkeln (WK 63)
Jobi, Hagen Julius, Betriebswirt, Wiehl (WK 28)
Jostmeier, Werner, Fachbereichsleiter Telekom, Dülmen (WK 94)
Jülich, Urban-Josef, Landwirtschaftsmeister, Euskirchen (WK 6)
Kaiser, Nikolaus Bernhard, VHS-Leiter, Arnsberg (WK 143)
Kastner, Maria-Theresia, Familienfrau, Münster (WK 98)
Keller, Ilka, Reisebüroinhaberin, Swisttal (WK 31)
Klein, Volkmar, Diplomvolkswirt, Burbach (RL)
Dr. Klose, Hans-Ulrich, Richter a.D., Korschbroich (WK 53)
Kölker, Wolfgang, Steiger, Maschinenbautechniker, Recke (RL)
Köllorz, Fritz, Gewerkschaftsangestellter, Recklinghausen (RL)
Kordowski, Gabriele, Hausfrau, Schwerte (RL)
Kress, Karl Hugo, Chemotechniker, Dormagen (WK 51)
Kruse, Heinrich, Landwirtschaftsmeister, Bocholt (WK 91)
Kruse, Theo, Berufsschullehrer, Oberstudienrat a.D., Olpe (WK 147)
Kufen, Thomas Markus, Kaufmann, Essen (RL)
Kuhmichel, Manfred, Hauptschulrektor a.D., Essen (WK 80)
Langen, Günter, Kaufmann, Medebach (WK 142)
Ley, Marie-Theres, MdL, Köln (RL)
Lieven, Wilhelm, Landwirt, Titz (RL)
Lindlar, Hans Peter, Oberstudienrat a.D., Hennef (WK 29)
Dr. Linssen, Helmut, Kaufmann, Geldern (WK 60)
Lorth, Gerhard, Beamter, Bonn (WK 34)
Luckey, Manfred, Geschäftsführer, Schlangen (RL)
Lux, Rainer, Kriminalhauptkommissar, Bielefeld (RL)
Mahlberg, Thomas, Kaufmännischer Angestellter, Duisburg (RL)
Meyer, Laurenz, Diplomvolkswirt, Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion, Hamm (RL)

Milz, Andrea, Referentin, Königswinter (WK 30)
Monheim, Ursula, Philologin, Leverkusen (RL)
Ortgies, Friedhelm Heinrich, Landwirtschaftsmeister, Rahden (WK 110)
Palmen, Manfred Johann Hubert, Rechtsanwalt, Stadtdirektor a.D., Kleve (WK 61)
Pangels, Franz-Josef, Landwirt, Erkelenz (WK 8)
Pick, Clemens, Referatsleiter, Nettersheim (WK 5)
Post, Norbert Johannes Jakob, Gesamtschuldirektor, Mönchengladbach (WK 55)
Recker, Bernhard, Rektor, Ahlen (WK 101)
Reul, Herbert, Studienrat, CDU-Generalsekretär, Leichlingen (RL)
Rüsenberg, Antonius, Sozialarbeiter a.D., Steinheim (WK 116)
Dr. Rüttgers, Jürgen, Bundesminister a.D., Pulheim (RL)
Sahnen, Heinrich Bernhard Franz, Berufsschullehrer, Neuss (WK 50)
Schemmer, Bernhard, Diplomingenieur, Reken (WK 93)
Schittges, Winfried, Diplombetriebswirt, Krefeld (WK 57)
Schlebusch, Hans-Martin, Diplomökonom, Berufsschullehrer, Mülheim an der Ruhr (RL)
Schmitz, Wolfgang, Rechtsanwalt, Paderborn (WK 118)
Dr. Schraps, Annemarie, Geologin, Lehrerin im Angestelltenverhältnis, Krefeld (RL)
Schulte, Bernd, Diplomverwaltungswirt, Lüdenscheid (RL)
Schulte, Hubert, Elektromeister, Menden (WK 151)
Seel, Rolf, Stadtratsrat, Kreuzau (WK 10)
Sendker, Reinhold Max, Studiendirektor am Berufskolleg, Ennigerloh (WK 100)
Siepenkothen, Anne-Hanne, Hausfrau, Düsseldorf (RL)
Solf, Michael-Ezzo, Studiendirektor a.D., Siegburg (WK 32)
Stahl, Helmut, Akademieleiter, Staatssekretär a.D., Bonn (RL)
Stallmann, Klaus, Industriekaufmann, Lünen (RL)
Tenhumberg, Bernhard, Bankbetriebswirt, Vreden (WK 92)
Thiede, Dietrich, Berufsberater für Behinderte, Herford (RL)
Uhlenberg, Eckhard, Landwirt, Werl (WK 140)
Wächter, Gerhard, Diplomvolkswirt, Wünnenberg (WK 117)
Weisbrich, Christian, Diplomkaufmann, Nettetal (WK 59)
Wilp, Josef, Hauptschulrektor a.D., Rheine (WK 96)
Wirtz, Axel, Diplomverwaltungswirt, Stolberg (RL)
Wischermann, Barbara, MdL, Bottrop (RL)
Zylajew, Willi, Stellvertretender Geschäftsführer, Hürth (RL)

FDP-Fraktion

Becker, Felix, Diplomingenieur, Landschaftsarchitekt und Umweltgutachter, Wegberg (RL)
Brendel, Karl Peter, Rechtsanwalt, Marsberg (RL)
Brockes, Dietmar, Internet-Dienstleister, Brüggen (RL)

Capune-Kitka, Brigitte, Gesamtschulrektorin, Düren (RL)
Dr. Dreckmann, Ute, Kunsthistorikerin, Bochum (RL)
Ellerbrock, Holger, Diplomgeograph, Ministerialrat, Duisburg (RL)
Engel, Horst, Polizeihauptkommissar, Diplomverwaltungswirt, Pulheim (RL)
Freimuth, Angela, Rechtsanwältin, Lüdenscheid (RL)
Dr. Grüll, Stefan Matthias, Rechtsanwalt, Bonn (RL)
Dr. Jordan, Jens, Diplomchemiker, Waltrop (RL)
Lindner, Christian W., Jungunternehmer, Wermelskirchen (RL)
Mölleman, Jürgen-Wilhelm, Unternehmensberater, MdB, Münster (RL)
Dr. Orth, Robert, Rechtsanwalt, Düsseldorf (RL)
Dr. Papke, Gerhard, Wissenschaftlicher Referent, Königswinter (RL)
Dr. Pavlik, Jana, Ärztin, Neuss (RL)
Pieper-von Heiden, Ingrid, Wirtschaftsdolmetscher, Lemgo (RL)
Rasche, Christof, Bankkaufmann, Erwitte (RL)
Dr. Romberg, Stefan, Arzt, Drensteinfurt (RL)
Schultz-Tornau, Joachim, Rechtsdezent, Bielefeld (RL)
Söffing, Jan, Richter am OLG, Mettmann (RL)
Thomann-Stahl, Marianne, Diplomvolkswirtin, Paderborn (RL)
Prof. Dr. Wilke, Friedrich, Hochschullehrer, Gummersbach (RL)
Witzel, Ralf, Diplomkaufmann, Essen (RL)
Dr. Wolf, Ingo, Rechtsanwalt, Euskirchen (RL)

GRÜNE-Fraktion

Düker, Monika, Diplomsozialpädagogin, Düsseldorf (RL)
Eichenseher, Peter, Tonmeister, Bad Driburg (RL)
Groth, Ewald, Sonderschullehrer, Bochum (RL)
Herrmann, Brigitte, Buchhändlerin, Balve (RL)
Höhn, Bärbel, Diplommathematikerin, Ministerin für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft, Oberhausen (RL)
Hürten, Marianne, Chemielaborantin, Köln (RL)
Keymis, Oliver, Regisseur, Meerbusch (RL)
Koczy, Ute, Entwicklungspolitische Bildungsreferentin, Lemgo (RL)
Löhrmann, Sylvia, Oberstudienrätin, Parlamentarische Geschäftsführerin, Fraktions-sprecherin, Solingen (RL)
Müller, Edith, Juristin, Köln (RL)
Priggen, Reiner, Diplomingenieur, Aachen (RL)
Rommel, Johannes, Publizist, Vorsitzender der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“, Siegen (RL)
Dr. Rommelspacher, Thomas, Soziologe, Essen (RL)
Sagel, Rüdiger, Diplomingenieur, Münster (RL)
Dr. Seidl, Ruth Katharina, Landesgeschäftsführerin, Wassenberg (RL)
Steffens, Barbara, Medizinisch-technische Assistentin, Mülheim (RL)
Dr. Vesper, Michael, Diplomsoziologe, Minister für Bauen und Wohnen, Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Bielefeld (RL)

Einzelergebnisse der Landtagswahl 2000

Wahlkreis	Ergebnis der Landtagswahl vom 14. Mai 2000				Gewählt	
	Bezeichnung	SPD	CDU	FDP		GRÜNE
1	Aachen I	34,6	35,7	13,1	14,4	Rolf Stephan Einmahl (CDU)
2	Aachen II	36,4	37,4	10,9	12,5	Rudolf Henke (CDU)
3	Kreis Aachen I	47,7	35,1	7,8	5,5	Hans Vorpeil (SPD)
4	Kreis Aachen II	48,7	35,4	9,0	4,1	Hildegard Nießen (SPD)
5	Kreis Aachen III - Euskirchen I	30,3	48,8	11,7	6,8	Clemens Pick (CDU)
6	Euskirchen II	38,1	43,7	11,7	5,2	Urban-Josef Jülich (CDU)
7	Heinsberg I	32,6	51,2	8,5	4,8	Wolfgang Dietrich (CDU)
8	Heinsberg II	36,4	45,6	9,2	5,9	Franz-Josef Pangels (CDU)
9	Düren I	41,7	40,9	9,1	5,1	Hans-Günter Hafke (SPD)
10	Düren II	38,5	44,6	8,5	5,4	Rolf Seel (CDU)
11	Erftkreis I	46,5	37,5	9,4	4,9	Johann Krings (SPD)
12	Erftkreis II	43,8	36,2	12,6	5,5	Anette Breitbach-Schwarzlose (SPD)
13	Erftkreis III	46,1	37,4	9,3	6,1	Hardy Leonhard Fuß (SPD)
14	Erftkreis IV	43,4	38,0	10,8	6,1	Edgar Moron (SPD)
15	Köln I	37,3	24,8	8,7	24,9	Norbert Rütter (SPD)
16	Köln II	37,8	33,9	10,9	14,7	Annelie Kever-Henseler (SPD)
17	Köln III	32,8	37,6	12,0	14,9	Richard Blömer (CDU)
18	Köln IV	42,7	27,9	6,4	19,1	Anke Brunn (SPD)
19	Köln V	44,1	35,4	8,6	9,1	Donata Reinecke (SPD)
20	Köln VI	44,8	35,6	8,8	8,1	Friedhelm Lenz (SPD)
21	Köln VII	45,4	33,7	8,0	9,7	Stephan Gatter (SPD)
22	Köln VIII	46,7	31,5	7,8	10,8	Marc Jan Eumann (SPD)
23	Leverkusen I	45,5	35,7	9,3	6,0	Irmgard Mierbach (SPD)
24	Leverkusen II - Rhein.Berg. Kreis I	43,0	35,2	11,6	7,0	Gisela Ley (SPD)
25	Rhein.Berg.Kreis II	34,5	42,3	12,9	7,2	Dr. Rolf Hahn (CDU)
26	Rhein.Berg.Kreis III	35,9	39,6	12,5	9,1	Dr. Hans-Joachim Franke (CDU)
27	Oberberg. Kreis I	39,1	42,8	10,0	5,0	Peter Klaus Biesenbach (CDU)
28	Oberberg.Kreis II	40,7	41,7	9,3	5,8	Hagen Julius Jobi (CDU)
29	Rhein-Sieg-Kreis I	36,2	41,5	10,6	9,0	Hans Peter Lindlar (CDU)
30	Rhein-Sieg-Kreis II- Bonn I	35,3	41,7	12,2	8,2	Andrea Milz (CDU)
31	Rhein-Sieg-Kreis III	31,3	46,4	12,5	7,6	Ilka Keller (CDU)
32	Rhein-Sieg-Kreis IV	40,2	41,0	9,7	6,3	Michael Ezzo Solf (CDU)
33	Bonn II	36,1	35,1	10,9	14,6	Bernhard von Grünberg (SPD)
34	Bonn III	31,9	41,2	14,0	10,3	Gerhard Lorth (CDU)
35	Wuppertal I	43,5	28,4	11,7	11,3	Dr. Frank Freimuth (SPD)
36	Wuppertal II	43,7	31,9	12,9	8,1	Cornelia Claudia Tausch (SPD)
37	Wuppertal III	46,3	31,5	11,7	6,6	Vera Dedanwala (SPD)
38	Solingen I-Wuppertal IV	44,1	32,6	11,8	7,5	Axel Dirx (SPD)
39	Solingen II	42,0	35,2	13,0	6,1	Ernst Martin Walsken (SPD)
40	Remscheid	42,6	34,5	12,3	5,4	Hans-Peter Meinecke (SPD)
41	Mettmann I	40,9	36,7	11,1	6,3	Werner Bischoff (SPD)
42	Mettmann II	38,8	36,6	14,8	6,7	Wolfgang Drese (SPD)
43	Mettmann III	38,6	37,5	13,3	6,5	Dr. Hans Kraft (SPD)
44	Mettmann IV	46,0	30,7	10,4	5,7	Wolfgang Walter Werner (SPD)
45	Düsseldorf I	38,3	38,1	13,7	7,2	Claudia Neill-Paul (SPD)
46	Düsseldorf II	44,6	31,8	11,5	8,4	Bernd Flessenkemper (SPD)
47	Düsseldorf III	42,5	30,0	10,7	12,2	Karin Jung (SPD)

Wahlkreis		Ergebnis der Landtagswahl vom 14. Mai 2000				Gewählt
Nr.	Bezeichnung	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	
48	Düsseldorf IV	43,9	36,2	10,3	6,0	Hans-Peter Milles (SPD)
49	Düsseldorf V	37,1	35,8	14,9	9,6	Brigitte Speth (SPD)
50	Neuss I	35,2	44,0	11,5	6,2	Heinrich Bernhard Franz Sahnen (CDU)
51	Neuss II	40,6	41,8	11,0	4,8	Karl Hugo Kress (CDU)
52	Neuss III	40,1	39,8	12,5	4,6	Edmund Feuster (SPD)
53	Neuss IV	31,8	44,0	14,5	6,3	Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU)
54	Mönchengladbach I	39,5	39,2	11,7	6,6	Hans-Willi Körfges (SPD)
55	Mönchengladbach II	34,7	43,9	11,9	6,6	Norbert Johannes Jakob Post (CDU)
56	Krefeld I	40,0	36,2	11,5	8,2	Sigrid Klösger (SPD)
57	Krefeld II	38,7	39,0	12,7	6,9	Winfried Schittges (CDU)
58	Viersen I	36,2	42,4	12,0	6,6	Dr. Stefan Heinrich Berger (CDU)
59	Viersen II	36,1	41,0	13,7	6,5	Christian Michael Weisbrich (CDU)
60	Kleve I	31,9	49,4	11,4	5,7	Dr. Helmut Linszen (CDU)
61	Kleve II	37,6	45,6	10,2	5,5	Manfred Johann Hubert Palmen (CDU)
62	Wesel I	47,8	33,9	9,2	6,1	Wolfgang Roth (SPD)
63	Wesel II	40,1	41,5	10,5	6,0	Wolfgang Friedrich Hüsken (CDU)
64	Wesel III	54,7	27,6	7,5	6,5	Horst-Dieter Vöge (SPD)
65	Wesel IV	54,2	27,6	9,4	5,9	Eike Talhorst (SPD)
66	Duisburg I	53,6	28,7	7,9	5,6	Charlotte Kann (SPD)
67	Duisburg II	49,8	27,1	8,1	9,5	Gisela Walsken (SPD)
68	Duisburg III	55,6	25,1	8,4	6,4	Rainer Josef Bischoff (SPD)
69	Duisburg IV	60,4	22,7	5,6	3,7	Ralf Jäger (SPD)
70	Duisburg V	59,9	24,0	5,6	4,5	Heinz-Peter Gasse (SPD)
71	Oberhausen I	57,8	25,7	7,5	6,7	Michael Groschek (SPD)
72	Oberhausen II	57,8	25,7	7,1	6,8	Wolfgang Wilhelm Josef Große Brömer (SPD)
73	Mülheim I	50,2	28,3	12,2	6,2	Oda-Gerlind Gawlik (SPD)
74	Mülheim II - Essen VII	47,4	29,2	11,9	7,8	Hannelore Kraft (SPD)
75	Essen I	50,7	26,6	7,5	9,7	Britta Altenkamp-Nowicki (SPD)
76	Essen II	55,8	27,5	6,9	5,5	Jürgen Thulke (SPD)
77	Essen III	57,5	24,0	6,1	5,8	Wilhelm Nowack (SPD)
78	Essen IV	50,4	30,1	7,9	6,6	Dieter Hilser (SPD)
79	Essen V	42,1	31,5	10,0	11,3	Jarka Pazdziora-Merk (SPD)
80	Essen VI	37,9	38,3	12,2	8,2	Manfred Kuhmichel (CDU)
81	Recklinghausen I	49,2	32,8	8,0	6,4	Peter Budschun (SPD)
82	Recklinghausen II	52,5	30,7	7,5	5,5	Gabriele Sikora (SPD)
83	Recklinghausen III	51,8	30,6	8,4	4,9	Dr. Bernhard Kasperrek (SPD)
84	Recklinghausen IV	49,2	33,8	8,0	5,8	Karl-Heinz Rusche (SPD)
85	Recklinghausen V	52,7	31,2	8,0	4,6	Wolfgang Röken (SPD)
86	Recklinghausen VI	51,2	32,4	7,8	4,8	Manfred Degen (SPD)
87	Gelsenkirchen I	56,0	26,4	7,5	4,6	Ellen Werthmann (SPD)
88	Gelsenkirchen II	58,4	25,7	6,8	4,2	Frank Baranowski (SPD)
89	Gelsenkirchen III	52,2	28,9	7,2	5,3	Hans Frey (SPD)
90	Bottrop	54,4	29,4	7,0	5,1	Klaus Strehl (SPD)
91	Borken I	34,4	49,7	8,7	6,2	Heinrich Kruse (CDU)
92	Borken II	30,9	54,5	7,8	5,5	Bernhard Tenhumberg (CDU)
93	Coesfeld I - Borken III	30,5	50,4	11,1	6,4	Bernhard Schemmer (CDU)
94	Coesfeld II	30,0	49,6	10,9	7,0	Werner Jostmeier (CDU)
95	Steinfurt I	34,8	45,2	11,0	7,5	Hannelore Brüning (CDU)
96	Steinfurt II	38,8	46,0	8,4	5,3	Josef Wilp (CDU)
97	Steinfurt III	46,4	36,9	9,3	5,5	Gunther Sieg (SPD)
98	Münster I	29,2	38,6	14,3	15,4	Maria-Theresia Kastner (CDU)

Wahlkreis		Ergebnis der Landtagswahl vom 14. Mai 2000				Gewählt
Nr.	Bezeichnung	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	
99	Münster II	31,8	37,9	14,5	13,3	Dr. Renate Düttmann-Braun (CDU)
100	Warendorf I	31,5	45,3	14,6	6,2	Reinhold Max Sendker (CDU)
101	Warendorf II	40,4	41,9	10,3	4,5	Bernhard Recker (CDU)
102	Gütersloh I	32,2	49,8	9,4	5,4	Dr. Michael Brinkmeier (CDU)
103	Gütersloh II	40,7	38,4	9,9	7,2	Jürgen Jentsch (SPD)
104	Gütersloh III	42,7	37,0	9,5	7,6	Ursula Bolte (SPD)
105	Bielefeld I	43,1	34,0	9,2	10,6	Helga Gießelmann (SPD)
106	Bielefeld II	41,1	30,1	7,8	16,5	Günter Garbrecht (SPD)
107	Bielefeld III	44,9	34,5	8,6	9,2	Dr. Bernd Brunemeier (SPD)
108	Herford I	46,6	36,4	8,0	5,8	Dr. Axel Horstmann (SPD)
109	Herford II	51,5	32,4	7,8	4,6	Dorothee Danner (SPD)
110	Minden-Lübbecke I	42,5	43,2	7,3	3,9	Friedhelm Heinrich Ortgies (CDU)
111	Minden-Lübbecke II	48,9	34,1	9,1	5,2	Karl-Heinz Haseloh (SPD)
112	Minden-Lübbecke III	49,2	33,4	7,9	6,6	Inge Howe (SPD)
113	Lippe I	47,2	33,2	10,5	5,6	Ute Schäfer (SPD)
114	Lippe II	49,1	33,5	8,1	6,0	Ina Meise-Laukamp (SPD)
115	Lippe III- Höxter I	45,5	34,4	9,4	7,1	Manfred Böcker (SPD)
116	Höxter II	30,6	54,5	7,0	4,3	Antonius Rüsenberg (CDU)
117	Paderborn I	27,7	56,6	8,0	4,7	Gerhard Wächter (CDU)
118	Paderborn II	31,0	49,2	8,8	7,5	Wolfgang Schmitz (CDU)
119	Hagen I	50,8	31,9	8,4	4,5	Wilfried Kramps (SPD)
120	Hagen II	47,2	33,0	10,0	6,1	Renate Drewke (SPD)
121	Ennepe-Ruhr-Kreis I	48,5	30,6	10,7	5,9	Lothar Niggeloh (SPD)
122	Ennepe-Ruhr-Kreis II	52,5	27,1	9,8	7,1	Ulrich Schmidt (SPD)
123	Ennepe-Ruhr-Kreis III	52,4	23,6	9,1	8,0	Dietrich Kessel (SPD)
124	Bochum I	57,2	23,5	6,2	7,7	Carina Gödecke (SPD)
125	Bochum II	50,5	26,3	8,5	10,0	Wolfgang Clement (SPD)
126	Bochum III	56,1	24,9	6,6	6,9	Heinz Wirtz (SPD)
127	Herne I - Bochum IV	58,2	24,8	6,4	5,6	Gabriele Gorcitzka (SPD)
128	Herne II	58,3	25,3	6,0	4,7	Frank Sichau (SPD)
129	Dortmund I	50,4	24,2	6,6	14,0	Annegret Krauskopf (SPD)
130	Dortmund II	48,7	27,1	8,2	10,7	Ilse Brusis (SPD)
131	Dortmund III	61,2	24,1	4,8	5,0	Gerda Kieninger (SPD)
132	Dortmund IV	57,5	26,3	6,4	5,6	Bodo Champignon (SPD)
133	Dortmund V	48,6	29,8	9,5	8,6	Erwin Siekmann (SPD)
134	Dortmund VI	50,6	28,3	8,5	8,8	Prof. Dr. Gerd Bollermann (SPD)
135	Unna I	47,3	32,1	9,5	7,8	Inge Lagemann (SPD)
136	Unna II	59,1	24,5	7,2	6,0	Peer Steinbrück (SPD)
137	Unna III	51,7	33,9	6,3	4,7	Rainer Schmeltzer (SPD)
138	Hamm I	47,6	35,4	7,9	5,4	Manfred Hemmer (SPD)
139	Hamm II - Unna IV	45,8	39,9	7,0	4,5	Dr. Georg Scholz (SPD)
140	Soest I	38,4	45,0	8,6	5,5	Eckhard Uhlenberg (CDU)
141	Soest II	39,6	39,5	11,7	5,1	Marlies Stotz (SPD)
142	Hochsauerlandkreis I- Soest III	33,6	52,5	8,2	3,5	Günter Langen (CDU)
143	Hochsauerlandkreis II	39,9	44,7	9,3	3,9	Nikolaus Bernhard Kaiser (CDU)
144	Hochsauerlandkreis III- Siegen-Wittgenstein I	36,2	50,5	7,9	3,5	Monika Brunert-Jetter (CDU)
145	Siegen-Wittgenstein II	42,3	40,6	9,4	4,6	Hans-Dieter Moritz (SPD)
146	Siegen-Wittgenstein III	42,4	36,5	9,7	6,9	Helga Schwarz-Schumann (SPD)
147	Olpe	31,1	56,6	7,2	3,5	Theodor Kruse (CDU)
148	Märkischer Kreis I	47,2	34,1	11,0	4,3	Gerhard Walter Wirth (SPD)
149	Märkischer Kreis II	43,9	35,0	11,3	5,7	Irmgard Schmid (SPD)
150	Märkischer Kreis III	43,0	38,1	10,0	4,7	Michael Scheffler (SPD)
151	Märkischer Kreis IV	38,9	42,5	9,8	5,3	Hubert Schulte (CDU)

Wette verloren: Clement geht zu Fuß nach Münster

Die Stimmung war gut. Bei schönstem Wetter hatten sich 3 000 Gäste des Präsidenten zur Wahlparty 2000 am 14. Mai im Landtag eingefunden, darunter 400 aus der Bevölkerung. 600 journalistische Mitarbeiter waren buchstäblich auf Achse. 17 Fernsehveranstalter und 20 Hörfunkabteilungen berichteten. 40 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landtagsverwaltung waren im Einsatz, dazu 30 Sicherheitskräfte, weniger weil man Störungen befürchtete als zum Brandschutz. Seit dem Düsseldorfer Flughafenbrand sind alle Verantwortlichen vorsichtiger geworden.

In der Eingangshalle hatte sich das ZDF mit seinem Wahlstudio eingerichtet. Die ARD mit den Fernsehsendern des WDR sowie den Hörfunkkanälen 2 und 5 belegte die gesamte Wandelhalle auf der Ebene 3 des Landtags.

Um 17.40 Uhr traf der erste Prominente ein, ungemein rüstig und gut aufgelegt: Hans Dietrich Genscher (FDP), der frühere Bundesaußenminister. Er hatte Grund dazu. Die ersten Prognosen gaben seiner Partei bereits 9,5 Prozent. Um 18 Uhr standen bereits die Landespolitiker Edgar Moron (SPD), Herbert Reul (CDU) und Sylvia Löhrmann dem ZDF zum vorläufigen Wahlergebnis Rede und Antwort. Ein wenig später ließen sich Genscher sowie die Fraktionsvorsitzenden

Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Laurenz Meyer (CDU) und die Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) von der ARD interviewen.

„Jürgen, Jürgen“-Rufe kündigten gegen 18.20 Uhr Jürgen Möllemann (FDP) an, der mit TV-Tross und Gefolge in den Landtag einzog. Um 19.30 Uhr kam dann Ministerpräsident Wolfgang Clement von der Staatskanzlei herüber. In der Eingangshalle wandte er sich an die Menge, die ihm Beifall

spendete. „Uns hat der Wählerauftrag unangefochten als Nr. 1 bestätigt“, stellte er fest, fügte aber doch hinzu, er habe sich die Wählerwelt ein bisschen besser vorgestellt. Clement teilte auch mit, dass er eine Wette mit Jürgen Möllemann verloren habe. Wenn die FDP über acht Prozent komme, wolle er zu Fuß von Bochum nach Münster gehen, hatte die Wette gelaftet. Der Regierungschef unterstrich, er werde die Wette innerhalb von drei Tagen einlösen. e. h.



Wahlparty im Landtag, Blick ins Foyer.

Foto: Schälte

Wie einer zum Erstaunen der Demoskopien übers Ziel hinauschießt

Er war nicht der einzige, der sich verrechnet hat. Jürgen W. Möllemann kündigte im Wahlkampf auf Plakaten an, seine Partei werde acht Prozent erringen. Am Ende waren es 9,8 Prozent für die FDP. Möllemann war jedoch der einzige der Protagonisten, dessen Prognose vom Wähler nach oben korrigiert wurde.

Jürgen Rüttgers, CDU-Spitzenmann in NRW, der seine Union wegen der Kohlschen Spendenaffäre erst auf 32 Prozent gefallen, dann aber durch den „Merkel-Bonus“ sich auf die 40-Prozent-Marke zu bewegen sah, landete mit 37 Prozent noch knapp unter dem Ergebnis der vorigen Landtagswahl und deutlich entfernt vom guten Abschneiden der Partei bei der nordrhein-westfälischen Kommunalwahl vom Herbst vergangenen Jahres. Bauminister Michael Vesper sah seine GRÜNEN eher bei zehn als bei fünf Prozent — bei real erreichten 7,1 Prozent numerisch und tendenziell ein halbes Prozent am Treffer vorbei. Von der Führung der SPD im Lande wurde eine absolute Mehrheit für möglich gehalten; Ministerpräsident Wolfgang Clement wurde in einer süddeutschen überregionalen Zeitung mit der Parole „46 plus 3 Prozent“ zitiert, SPD-Landeschef Franz Müntefering hielt ein ähnliches gutes Abschneiden für möglich, wenn Wahlbeteiligung und Mobilisierung der eigenen Anhängerschaft stimmten.

Einschätzungen bevorstehender Wahlen haben es in sich. Auch wissenschaftlich betriebene Prognosen können Unsicherheitsfaktoren wie die Höhe der Wahlbeteiligung nicht ausschalten. Ein anderer ist die Sprunghaftigkeit der Wählerinnen und Wähler; die Lager lösen sich auf, die Erbhöfe schmelzen ab, und immer mehr Unentschlossene — kurz vor dem Wahltag an die 30 Prozent — entscheiden sich immer häufiger erst im letzten Moment. Einzelne Wahlforscher machen auch den Vertrauensverlust geltend, den die Parteien bei vielen Menschen erleben. Schon geistert die Parole vom „Wähler als Sponti“ durch die Gazetten. Das macht Vorhersagen nicht gerade leichter.

Drei Tage vor dem Wahltermin präsentierte die Westfälische Rundschau eine von ihr in Auftrag gegebene Umfrage des Instituts Forsa: 45 Prozent SPD, 37 CDU, GRÜNE und FDP je sieben Prozent, lautete die Vorhersage. Zum Vergleich die Ziffern des tatsächlichen Wahlausgangs SPD 42,8, CDU 37, GRÜNE 7,1 und FDP 9,8 Prozent — zwei Treffer und zwei Fahrkarten, wobei gerade die beiden letzten Fehlprognosen diesmal nach allgemeiner Einschätzung die Essenz des Wahlgangs an Rhein und Ruhr ausmachen: Eine Regierungspartei, die (für ihren Koalitionspartner?) abgestraft wird, und eine nicht im Landtag vertretene Partei, die aus der Nullposition, dank ihres sprunghaft begeisterten Vorsitzenden, die Fünfprozenthürde in weitem Bogen überspringt.

Drei Meinungsforschungsinstitute stellten im April und im Wahlmonat Mai die Sonntagsfrage („Wen würden Sie wählen, wenn heute Landtagswahl wäre?“), Emnid aus Bielefeld, infratest/dimap, München, und Forsa (Berlin) konnten sich nicht über den Trend bei den beiden großen Parteien eini-

gen. Einmal sahen sie im Vergleich zum Vormonat die SPD stärker werden (Emnid attestierte eine Erholung von 40 auf 43 Prozent), gleich bleiben (bei 46 Prozent verharrend/infratest) oder von 47 auf 46 Prozent leicht abnehmen (Forsa). Bei der CDU dasselbe uneinheitliche Bild: Forsa ließ die Landesunion bei 37 Prozent stagnieren; bei infratest legte sie von 33 auf 36 Prozent zu, Emnid sah sie von April bis Mai um drei Prozent auf 38 Punkte sinken.

Steckt angesichts solcher widersprüchlicher Daten die Meinungsforschung in der Krise? Dort will man davon nichts wissen und verweist auf Umwälzungen in der politischen Auseinandersetzung in Deutschland. Klaus-Peter Schöppler vom Emnid-Institut wird von einer ostwestfälischen Tageszeitung mit der Feststellung zitiert, der Wettstreit um die besten Medienstrategien habe in einer Zeit, in der Parteien in Gefahr seien, ihre Konturen zu verlieren, Kompetenz und Auseinandersetzung in der Politik verdrängt. Image, Medienkompetenz und öffentliche Stimmung würden entscheidend, kurz, die Wahlkämpfe würden immer „amerikanischer“. Dazu passt der Kommentar „Der neue Glanz der FDP“ in der Süddeutschen Zeitung am Tag nach der Wahl: „Möllemann hat einen Wahlkampf nach dem Stil von Gerhard Schröder gemacht — nur noch viel egomanischer und noch viel amerikanischer als der. Der Erfolg dieses Rezeptes lässt für zukünftige Wahlkämpfe allerhand befürchten“, schreibt Heribert Prantl. Für den „Kasper der deutschen Spießgesellschaft“ (Wolfram Weimer in der „Welt“) hat es sich jedenfalls gelohnt: Der Bekanntheitsgrad von Jürgen W. Möllemann übertraf bei Umfragen sogar den Wert des nordrhein-westfälischen Regierungschefs, wie der WDR am Wahlabend zu vermelden wusste. J. K.

Obwohl sich der allgemeine Trend bei den Wählerstimmen: Verluste für die großen Parteien und den GRÜNEN, hohe Gewinne der Freien Demokraten, landesweit durchzieht, gab es doch einige Überraschungen bei den Ergebnissen. Insgesamt 13 Wahlkreise wurden „gekipp“, das heißt, es wechselte die Mehrheit, und zwar von der CDU zur SPD in Bonn, Köln und Düsseldorf sowie in Soest II, wo die Verwaltungsangestellte Marlies Stotz aus Lippstadt wohl mit dem knappsten Vorsprung, nämlich ganzen 43 Stimmen, das Direktmandat gewann. In Bonn eroberte SPD-Kandidat Bernhard von Grünberg zum ersten Mal überhaupt ein Direktmandat, mit einem Vorsprung von 517 Stimmen. In Düsseldorf wurde der Parlamentarische Geschäftsführer der CDU-Fraktion Heinz Hardt Opfer der Abwanderung von Wählern zur FDP. Ihm fehlten 122 Stimmen. Er zieht allerdings über die Liste in den 13. Landtag ein. Gewinnerin war Claudia Nell-Paul (SPD). Im Wahlkreis Köln

Der neue Landtag in der Statistik

Fünf Ärzte und eine Krankenschwester

Der jüngste Abgeordnete ist 21 Jahre jung

Jünger und interessanter ist das neue Landesparlament, folgt man den statistischen Angaben der Gewählten laut Bewerberverzeichnis und vorläufigen Ergebnissen des Landeswahlleiters.

IV, der 1995 eine CDU-Mehrheit hatte, gewann die frühere Hochschulministerin Anke Brunn (SPD) mit deutlichem Vorsprung. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass viele Wahlkreise neu zugeschnitten wurden. Acht CDU-Kandidaten setzten sich in Wahlkreisen durch, die vorher, wie gesagt bei anderem Gebietszuschnitt, eine SPD-Mehrheit hatten: Richard Blömer in Köln III, Hans Peter Lindlar im Rhein-Sieg-Kreis I, Michael-Ezzo Solf im Rhein-Sieg-Kreis IV, was den Troisdorfer SPD-Abgeordneten Walter

mann mit deutlichem Vorsprung wiedergewählt wurde.

Der bisher einzige Arzt im Landtag Rudolf Henke (CDU) hat Verstärkung bekommen. Unter den neuen Abgeordneten befinden sich vier Ärzte, darunter ein Psychiater, je zwei bei SPD und FDP. Die Krankenschwester Inge Howe (SPD) aus Minden vervollständigt die „Gesundheitsfraktion“. Sieben Abgeordnete geben beratende Berufe an. Übrigens hat die CDU-Fraktion mit Manfred Kölker aus Recke, der Steiger/Maschinenbautechniker als Beruf angibt, und Fritz Kollorz, der über die Liste wieder in den Landtag einzog, jetzt zwei Bergleute in ihren Reihen, während Hans Vorpeil als einziger Bergmann der SPD-Fraktion verblieb.

Unter den neuen CDU-Abgeordneten sind zwei ehemalige Stadtdirektoren und zwei jüngere Landwirte. Bei den FDP-Neulingen gibt es Unternehmensberater, eine Kunsthistorikerin, einen Landschaftsarchitekten und einen Diplomgeographen. Die GRÜNEN haben einen Regisseur als neues Fraktionsmitglied. Mit den Landesvorsitzenden Barbara Steffens und Reiner Priggen und der Landesgeschäftsführerin Dr. Ruth Seidl zogen hauptberufliche Politiker der GRÜNEN jetzt in den Landtag ein. Fünf Abgeordnete gaben übrigens als Beruf „Mitglied des Landtags“ an.

Der jüngste Abgeordnete ist der 21-jährige „Jungunternehmer“ Christian Lindner aus Wermelskirchen, zweitjüngster mit 27 Jahren Kaufmann Thomas Kufen (CDU) aus Essen. Ihm folgen altersmäßig zwei FDP-Abgeordnete: der 28-jährige Diplomkaufmann Ralf Witzel aus Essen und der 30-jährige Dietmar Brockes aus Brüggen, der zeitgemäß „Internet-Dienstleister“ als Beruf angibt. Somit stellen FDP und CDU die jüngsten Abgeordneten. Jüngster SPD-Abgeordneter ist der medienpolitische Sprecher seiner Fraktion in der 12. Wahlperiode Marc Jan Eumann. Jüngste GRÜNE-Abgeordnete ist mit 37 Jahren Neuling Monika Düker aus Düsseldorf. Ältester Abgeordneter im neuen Landtag ist mit Jahrgang 1934 Landwirt Wilhelm Lieven (CDU), gefolgt von seinen Fraktionskollegen Dr. Hans-Ulrich Klose, und Franz-Josef Pangels, beide Jahrgang 1935. Ältester SPD-Abgeordneter ist Gunther Sieg aus Münster mit Jahrgang 1936. Die ältesten FDP-Abgeordneten sind Jahrgang 1943; Joachim Schultz-Tornau, der schon dem 11. Landtag angehörte, und die beiden Neulinge Diplomchemiker Dr. Jens Jordan aus Waltrop und Professor Dr. Friedrich Wilke aus Gummersbach.

Der Frauenanteil des 13. Landtags beträgt gerade einmal 30 Prozent. Den höchsten Frauenanteil hat wieder die GRÜNE-Fraktion. Neun von ihren 17 Mitgliedern sind Frauen, da bei den GRÜNEN strikt das „Reißverschlussystem“ Frau/Mann angewandt wird. Bei der SPD beträgt der Frauenanteil 35, bei der FDP 25 und bei der CDU-Fraktion knapp 22 Prozent. Insgesamt gehören 72 Frauen dem neuen Landtag an.

78 Abgeordnete schieden aus

39 Abgeordnete der SPD, 23 der CDU und 16 der GRÜNEN des 12. Landtags gehören in der 13. Wahlperiode dem NRW-Landtag nicht mehr an, sei es, weil sie nicht mehr kandidierten, sei es, weil sie nicht gewählt wurden.

Nicht wieder kandidiert haben:

SPD: Manfred Bruckschen, Norbert Burger, Professor Dr. Friedhelm Farthmann, Reinhard Grätz, Walter Grevener, Friedrich Hofmann, Heinz Hunger, Hermann Jansen, Hans Kern, Hans Klaps, Manfred Lucas, Loke Mernitzka, Horst Radtke, Adolf Retz, Erika Rothstein, Heinz Schleußer, Svenja Schulze, Eberhard Sohns, Horst Steinkühler, Reinhold Trinius, Günter Weber, Gerd-Peter Wolf.

CDU: Franz Josef Balke, Peter Bensmann, Brunhild Decking-Schwill, Georg Gregull, Helmut Harbich, Eva-Maria Heidemann, Dr. Hans Horn, Otti Hüls, Dr. Irmgard Klingbeil, Albert Leifert, Dr. Andreas Lorenz, Alfons Löseke, Wilhelm Lüke, Paul Mohr, Dr. Harald Pohlmann, Gunhild Reinhardt, Franz Riscop, Margret Roderig, Heinz-Helmich von Schewick, Hermann-Josef Schmitz, Klaus-Dieter Völker, Siegfried Zellning.

GRÜNE: Roland Appel, Christiane Bainski, Stefan Bajohr, Ingrid Fitzek, Katrin Grüber, Daniel Kreutz, Alexandra Landsberg, Silke Mackenthun, Jens Petring, Ursula Schnellting-Hebeler, Brigitte Schumann, Hedwig Tarner.

Nicht (wieder)gewählt trotz Kandidatur wurden:

SPD: Gabriele Behler, Dr. Fritz Behrens, Heidemarie Berger, Wilfried Bergerhoff, Walter Bieber, Professor Dr. Manfred Dammeyer, Marianne Dohmen, Birgit Fischer, Anne Garbe, Hannelore Ludwig, Irene Möllenbeck, Gisela Gebauer-Nehring, Brigitta Heemann, Robert Krumbeln-Neumann, Ilse Ridder-Melchers, Friedrich Schepsmeier.

CDU: (ab Platz 40 der Landesliste) Renate Brunswicker.

GRÜNE (ab Platz 18 der Landesliste): Jamal Karsli, Siegfried Martsch, Rainer Michaelis, Fred Hansen.



Ein Riesenaufgebot an Technik war notwendig für die direkte Wahlberichterstattung am Sonntagabend. Foto: Schälte

Bieber das Mandat kostete. Peter Biesenbach aus Hückeswagen im Oberbergischen Kreis I, Hagen Jobi aus Wiehl im Oberbergischen Kreis II. Die schon bisher im Landtag vertretenen CDU-Abgeordneten Richard Blömer und Manfred Kuhmichel holten in den Großstädten Köln und Essen als einzige Christdemokraten je einen Wahlkreis direkt. In Neuss II siegte Chemotechniker Karl Kress aus Dormagen. In Westfalen gelang Bernhard Recker und dem Neuling Friedhelm Ortgies aus Rahden die Direktwahl in den Wahlkreisen Warendorf II und Minden-Lübbecke I. Die CDU gewann sechs mehr Direktmandate als 1995.

Nach den Angaben der 231 Abgeordneten verfügt der neue Landtag über eine breite Palette von Berufserfahrung. „Nur“ noch 33 waren Lehrerin oder Lehrer. Zweitstärkste „Berufsvertretung“ sind die Absolventen von Wirtschaftswissenschaften (Diplomvolkswirt, Diplomverwaltungswirt, Betriebswirt) mit 24, gefolgt von Kaufleuten (17), Geschäftsführerinnen/Geschäftsführern (14) und Rechtsanwälten/Notaren (12). Sechs weitere Juristen stärken allerdings die „Vertreter des Rechts“.

Sechs Abgeordnete geben als Beruf Hausfrau an, die neue CDU-Abgeordnete Maria-Theresia Kastner aus Münster gibt als Beruf „Familienfrau“ an. Sechs SPD-Abgeordnete sind Gewerkschaftssekretärin/Gewerkschaftssekretär, darunter die Namenszwillinge Bischoff, wovon Werner Bischoff als Chef der Industriegewerkschaft Bergbau/Chemie/Energie und zuletzt wirtschaftspolitischer Sprecher seiner Fraktion in Mett-

CDU-Anliegen überrollt

Immobilienmanagement ab 2001 als Landesbetrieb

Die Landtagsmehrheit lehnte nach der Aussprache am 13. April den CDU-Antrag „Aktives Immobilienmanagement für NRW“ (Drs. 12/2557) ab und nahm die von SPD und GRÜNEN befürwortete Beschlussempfehlung des Haushaltsausschusses an.

Helmut Diegel (CDU) sagte, die CDU fordere seit 1994 ein professionelles Immobilienmanagement. Erst 1997 hätten sich SPD und GRÜNE auf die Diskussion eingelassen, ein Gutachten sei in Auftrag gegeben worden. Der Haushaltsausschuss habe dessen Vorlage abwarten wollen. Am 1. Februar 2000 habe die Landesregierung beschlossen, einen Landesbetrieb einzurichten. Das sei schlechter Stil. Seit dem CDU-Antrag 1997 hätten zwei Milliarden Mark Einnahmen erwirtschaftet werden können.

Gisela Walsken (SPD) bemängelte den Zank um Urheberrechte und vermisste inhaltliche Aussagen zum Landesbetrieb und zur parlamentarischen Befassung. Laut Bauminister sei es „ein großes Rad, das wir drehen“. Es gehe um Fragen von erheblicher politischer Tragweite. Personal- und aufsichtsrechtliche Probleme spielten eine Rolle. Über wirtschaftliche Betätigung sei zu reden, auch über die Beteiligung des Parlaments.

„Ein großes Rad“

Hedwig Tarnier (GRÜNE) meinte, die CDU sei auf einen Zug aufgesprungen, der langsam weitergefahren und längst im Zielbahnhof, an der CDU vorbei, angekommen sei. Seit 1995 seien die nötigen Schritte eingeleitet worden, um am Zustand der Landesliegenschaften etwas zu verändern. Für die GRÜNEN gehe es nicht nur um Profite, sondern um Bauerhaltung und soziale Verantwortung für 10 000 Beschäftigte der Bauverwaltung. Demokratische Kontrolle sei wesentlich, wenn 24 Milliarden Mark bewegt würden. Der CDU-Antrag sei überholt, aber es gebe viel zu tun.

Milliarden-Vermögen

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) sagte, die Einnahmen von jährlich 500 Millionen Mark bezögen sich laut Gutachten auf eine Endstufe des Immobilienmanagements. Zum 1. Januar 2001 werde ein Landesbetrieb zur Verwaltung, Bewirtschaftung und Entwicklung der Landesimmobilien NRW errichtet. Im Einzelnen müsse man bei einem Vermögen von 20 bis 40 Milliarden Mark und bis zu 5 000 Beschäftigten mit großer Sorgfalt vorgehen. Erhebliche Finanzströme würden umgelenkt. Der Landtag werde in die Beratungen einbezogen.

Bauminister Dr. Michael Vesper (GRÜNE) führte aus, heute seien 11 000 Menschen in allen Ressorts mit Immobilien befasst. Künftig solle für Raumnutzung der Verwaltung bezahlt und Fläche gespart werden. Im neuen Landtag werde darüber beraten.

Heilberufsgesetz nach Anhörung geändert

Kammer für Psychologische Psychotherapeuten

Der Landtag verabschiedete am 12. April das Gesetz zur Änderung des Heilberufsgesetzes und weiterer Rechtsvorschriften sowie zur Errichtung einer Psychotherapeutenkammer (Drs. 12/4379) mit den vom Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales beschlossenen Änderungen in zweiter Lesung, nachdem er den Änderungsantrag der CDU (Drs. 12/4896) abgelehnt hatte.

Horst Vöge (SPD) erläuterte, das für die Fachöffentlichkeit sehr interessante Gesetz sei von den Koalitionsfraktionen erheblich verändert worden. Die Anhörung sei nicht nur Pflicht-, sondern auch Anregungstermin gewesen. Das Gesetz habe eine ganz neue materielle Dimension bekommen. Die Heilberufskammern „könnten“ künftig an der Willensbildung im Gesundheits- und Veterinärwesen beteiligt werden. Zertifikate hielten die Fachpolitiker für wesentlich zur Qualitätssicherung. Elektronisch ausgestellte Bescheinigungen seien zeitgemäß. Minderheitenschutz für Kinder- und Jugendpsychologen sei eingefügt worden. Bei der Weiterbildung sei eine Experimentierphase von fünf Jahren vorgesehen. Insgesamt sei ein für zunächst fünf Jahre praktikables Gesetz geschaffen worden.

Rudolf Henke (CDU) sagte, anstatt der erwarteten 7 bis 9 000 Psychotherapeuten seien Ende 1999 bundesweit 15 611 Psychotherapeuten kassenärztlich zugelassen worden. Weitere 4 000 stritten noch um ihre Zulassung. In Nordrhein gebe es 454 ärztliche Psychotherapeuten und 1 707 Psychologische Psychotherapeuten, in Westfalen 245 bzw. 1 078. Dennoch erwarteten die Interessenverbände erhebliche Versorgungsgapässe. Im Herbst 1999 seien strikte Zulassungsbeschränkungen in Kraft getreten. Dringender Handlungsbedarf bestehe bei der Aufteilung des Budgets, weil ansonsten Praxen in den Ruin getrieben würden. Das Vereinnahmen des Begriffs Psychotherapeut durch Nichtärztliche bei der Namensgebung für die Kammer sei der CDU nicht gleichgültig. Bei der Mitwirkung wähle die Koalition den typisch sozialdemokratischen Staatsansatz, wo Behörden etwas bewegten und der Wille der Betroffenen hintergestellt werde. Die SPD habe ein gebrochenes Verhältnis zu den verkammerten Berufen, zur Selbstverwaltung freier Berufe. Die CDU verteidige diese gegen alle zentralistischen Tendenzen. Rot-grüne Politik habe das Gesundheitswesen an den Rand der Rationierung manövriert. Die Kammern müssten nicht nur allgemein, sondern bürger- und patientenorientiert informieren können.

Daniel Kreutz (GRÜNE) hob die geschlechtsneutrale Gesetzesformulierung hervor, die zum Umfang des Änderungsantrags der Koalitionsfraktionen beigetragen habe. Nur die Kammerbezeichnung werde davon ausgenommen, um erheblichen Aufwand zu ersparen. Mindestens eine Kinder- oder Jugendpsychotherapeutin solle dem Gründungsausschuss angehören, damit die Minderheit sich vertreten fühle. Bei der psychotherapeutischen Weiterbildung sichere ein besonderer Abschnitt die Qualität. In fünf Jahren solle darüber neu beraten werden. Heiß umkämpft sei bis zuletzt der Name der Kammer. Die Koalition halte die geforderte Bezeichnung „Kammer der Psychologischen Psychotherapeuten und Kinder- und Jugendpsychotherapeuten“ für untauglich, um die Konkurrenz der ärztlichen Psychotherapeuten darzustellen. In seiner letzten Rede räumte Abgeordneter Kreutz ein, als Überzeugungstäter den beiden großen Fraktionen und auch seiner eigenen Fraktion manches zugemutet zu haben. Jedoch lebe Demokratie von frei gewählten Abgeordneten, die eigene Meinungen auch als Mitglieder von Regierungsfractionen sagten.

Gesundheitsministerin Birgit Fischer (SPD) stellte fünf wesentliche Gesetzentwurfs-Änderungen dar. Die Aufgaben-Ergänzung sei Anliegen der Ärztekammer Westfalen-Lippe gewesen. Deutlicher gefasst worden seien die Patientenberatung und die Teilhabe an der politischen Willensbildung. Der wesentlich kleineren Gruppe der Kinder- und Jugendtherapeuten werde ein Sitz im Kammervorstand garantiert. Eine stärkere Öffnung, etwa die Verpflichtung der Kammern, Kapitalgesellschaften für ambulante ärztliche Leistungen zuzulassen, sei zur Zeit nicht gewollt und nicht zwingend erforderlich. Den größeren Raum für die praxisgerechte Weiterbildung begrüße sie als Frauenministerin besonders. Die von der CDU geforderte umfassendere Mitentscheidung der Kammern könne es nicht geben. Auch hinsichtlich des Informationsauftrags hätten Kammern im Rahmen der Selbstverwaltung keine Sonderrolle.



Eine Kammer für Psychotherapeutinnen und -therapeuten bringt das neue Heilberufsgesetz, v. l. Horst Vöge (SPD), Rudolf Henke (CDU), Daniel Kreutz (GRÜNE) bei seiner letzten Rede im Landtag, Ministerin Birgit Fischer (SPD).
Fotos: Schälte

Rot-grüne Koalition änderte Landschaftsgesetz Verbandsklage heftig umstritten

Friedrich Schepsmeier (SPD) zählte drei Anforderungen an ein aktuelles Landschaftsgesetz auf: den Vertragsnaturschutz abzusichern, die Verbände-Mitwirkung auf eine gesetzliche Grundlage zu stellen und die Meldung von Flora-Fauna-Habitat (FFH) sowie von Vogelschutzgebieten gesetzlich zu verankern. Die Koalition verpflichtete sich zu einem vernünftigen Ausgleich zwischen industrieller Nutzung und Naturschutz. In der Anhörung sei deutlich geworden, dass es nur um den Umfang und die Durchführung von Verbandsklagen gehe, nicht um das Ob. Bereits bisher hätten Verbände klagen lassen können. Es werde keine Klageflut geben, sondern die NRW-Naturschutzverbände würden sehr umsichtig von dem Instrument Gebrauch machen. Durch die Entkernung der Klagemöglichkeit sei die Landwirtschaft nicht negativ betroffen. Die SPD wolle die Verbandsklage und setze sie den Interessen der Betroffenen gemäß um. Auch der gesetzlich festgelegte Vertragsnaturschutz sei richtig.

Eckhard Uhlenberg (CDU) kritisierte eine zu starre und verschärfte Eingriffs-/Ausgleichsregelung im Gesetzentwurf und trat für die Einführung von Ökokontos ein. Leider habe sich die Koalition nicht die Zeit genommen, dieses Instrument noch einzubauen. Der CDU-Gesetzentwurf dazu sei vier Jahre alt. Raumordnung sei bisher erfolgreich durch den Landesentwicklungsplan durchgeführt worden. Die CDU lehne den Zwang zur flächendeckenden Landschaftsplanung ab, da diese nicht überall notwendig sei. Hinzu kämen erhebliche finanzielle Aufwendungen. Die bisherige Ausgleichsregelung sei Grundlage für die Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft im Naturschutz. Der Ausgleich solle sich nach Ertragseinbußen und Mehraufwendungen abzüglich ersparter Aufwendungen Dritter bemessen. Die Schacherei der Koalition um die Verbandsklage sei unwürdig. Kuhhandel und orientalischer Basar seien milde ausgedrückt für das Feilschen der letzten Tage. Die Einführung der Verbandsklage stelle den jetzigen Genehmigungsbehörden ein massives Misstrauensvotum aus und ermögliche den Naturschutzverbänden doppelt so viele FFH-Schutzgebiete wie die Landesregierung zu melden. Wichtige Infrastrukturprojekte wie der Ausbau der Flughäfen Köln und Osnabrück, der Kalkabbau, der Bergbau und der Bau der A 33 könnten gestoppt werden. Um sachgerechte Entscheidungen und um die Menschen gehe es Rot-Grün schon lange nicht mehr.

Silke Mackenthun (GRÜNE) drückte Freude darüber aus, dass ein zentraler Punkt der Koalitionsvereinbarung und ein Höhepunkt erfolgreicher Naturschutzpolitik erreicht werde. Das NRW-Landschaftsgesetz sei ein großer Wurf geworden. Für Landwirte, Waldbauern und Fischer gebe es keinen Grund zur Sorge, wie Erfahrungen anderer Länder zeigten. Die Verbandsklage gelte auch für laufende Verfahren. Bei Garzweiler seien die Naturschutzverbände seit eh und je Verfahrensbeteiligte, da sie über Sperrgrundstücke verfügten. Die Mitwirkung von Verbänden insgesamt werde gestärkt. Der stadtoökologische Fachbeitrag werde sich positiv auswirken. Das Landschaftsprogramm stelle die Verbindung zwischen Landschaft und Landesentwicklung her. Für das Ökokonto fehle noch eine Bundesregelung, wie auch für die Landschaftsbeiräte.

Der Landtag verabschiedete nach der 2. Lesung am 13. April das Änderungsgesetz des Landschaftsgesetzes in der vom Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Naturschutz empfohlenen Fassung (Drs. 12/4465). Die Mehrheit nahm einen Änderungsantrag von SPD und GRÜNEN an, wonach die so genannte Verbandsklage bei Verwaltungsakten möglichst ist, die nach Inkrafttreten des neuen Gesetzes erlassen wurden. Ein Änderungsantrag der CDU, in dem sich die Oppositionsfraktion gegen die Änderungen des Landschaftsgesetzes und gegen zusätzliche unnötige Bürokratie ausspricht (Drs. 12/4902), wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt. In dem Antrag befürwortete die CDU das Ökokonto und den Verzicht auf Ausgleichsmaßnahmen bei Eingriffen in Natur und Landschaft, die dem Umweltschutz dienen, als zielführend. Außerdem empfiehlt die Opposition, die Novelle zum Bundesnaturschutzgesetz abzuwarten.



Unterschiedliche Voten zur Änderung des Landschaftsgesetzes: (v. l.) Friedrich Schepsmeier (SPD) sah einen vernünftigen Ausgleich zwischen Industrie und Naturschutz, Eckhard Uhlenberg (CDU) befürchtete erhebliche finanzielle Folgen, Silke Mackenthun (GRÜNE) hielt das Gesetz für einen großen Wurf, Ministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) sagte weniger Klagen gegen gewerbliche Projekte als bisher voraus.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) äußerte sich ebenfalls erfreut über die Verbesserung des Naturschutzes in NRW. Die Verbandsklage solle Verfahren verschlanken und Investitionshemmnisse beseitigen. Es werde weniger Klagen geben als bisher. In NRW stünden bereits 110 000 Hektar unter Vertragsnaturschutz, bis 2006 sollten es 340 000 sein. Dafür würden 100 Millionen Mark eingesetzt. Der FFH-Erlass sei mustergültig.

Christian Weisbrich (CDU) warf den GRÜNEN vor, mit klageberechtigten Verbänden Wirtschaft und Verwaltung gefügig machen zu wollen, die der grünen Heilslehre nicht folgen wollten. Die Reklamehelden des Ministerpräsidenten verschwänden, wenn es darum gehe, die Wirtschaft vor Übergriffen von Frau Höhn und ihren Öko-Eiferern zu schützen. Wenn Politik so gemacht werde: Tausche Verwaltungsreformchen plus Lila Pause gegen Verbandsklage, dann müsse man sich nicht über andere Wirtschaftsstandorte wundern. Die Wirtschaft brauche schnelle Genehmigungsverfahren, Rechtssicherheit und wettbewerbsfähige Kosten. Die Verbandsklage bewirke bei allem genau das Gegenteil. Ob das „Avantis“-Debakel nicht reiche, ob dreizehnhundert Grottenmolche künftig alle Großprojekte in Gefahr bringen sollten, fragte der Redner und berichtete von bauwilligen Unternehmern, die als Belohnung für das Schaffen von Arbeitsplätzen Biotop anlegen müssten. Der Ministerpräsident müsse sich schämen, wenn erst die Industrie auf Fallen hinweisen müsse, die der grüne Koalitionspartner ihm in Gesetzen untergejubelt habe. Ministerin Höhn benutze die staatlichen Umweltämter als

Machtinstrument und plane eine Kampfabteilung, die künftig Verbandsmacht zu einem unüberwindlichen Bollwerk koordinieren solle. Sie sei ein ungesicherter Mehrfachsprengkopf in der Regierung.

Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD), Fraktionsvorsitzender, erinnerte an die Koalitionsvereinbarung, an der Matthiesen beteiligt gewesen und in der die Verbandsklage enthalten sei. Garzweiler sei sicher und werde kommen. Durch die Übergangsregelung sei das klargestellt, die sich auf alle Verfahren beziehe, die gegenwärtig in Gang seien und die ohne Verbandsklage abgeschlossen werden könnten. Die CDU habe weder Änderungsanträge noch Konzepte.

Johannes Rimmel (CDU) warf der Opposition vor, den Naturschutz völlig abschaffen zu wollen. Die GRÜNEN wollten dagegen eine Anwaltsfunktion für den Naturschutz. Es werde zu Verfahrensbeschleunigungen kommen, weil durch die Verbandsklage schon frühzeitig Bedenken eingebracht würden. Mit Garzweiler habe das Ganze nichts zu tun. Die Verbandsklage sei ein Meilenstein in NRW.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) fühlte sich durch den Beitrag von Weisbrich an die „Möbelwagenkampagne“ von 1985 erinnert und teilte mit, er habe in Schleswig-Holstein Erfahrungen mit dem Instrument der Verbandsklage erleben müssen. Es gebe Spannungen. Aber auch durch Klagen ändere sich nichts. Die Ministerin Höhn könne nicht für 2005 100 Millionen Mark für den Vertragsnaturschutz ankündigen ohne Gespräche mit dem Finanzminister.

Abschlussbericht „Zukunft der Mobilität“

Sprecher von SPD und CDU kritisieren ideologische Positionen der GRÜNEN

Der Landtag debattierte am 14. April über den Abschlussbericht der Enquetekommission „Zukunft der Mobilität“ (Drs. 12/4839).



Die Sprecher der beiden großen Fraktionen (v.l.) Walter Bieber (SPD) und Gerhard Wächter (CDU), hier während der Anhörung, bedauerten das Sondervotum der GRÜNEN zur Zukunft der Mobilität in NRW im Abschlussbericht der Enquetekommission, l. hinten der Vorsitzende Johannes Remmel (GRÜNE). Foto: Schälte

Johannes Remmel (GRÜNE), Vorsitzender der Enquetekommission, erklärte, das Instrument der Enquetekommission habe sich bewährt, der nächste Landtag solle davon regen Gebrauch machen. Die Ergebnisse könnten sich sehen lassen und hätten mehr öffentliche Aufmerksamkeit verdient. Remmel dankte besonders den externen Sachverständigen und den Kollegen der CDU und der SPD. Das erste von drei Gutachten, erläuterte er, habe erbracht, dass NRW-Verkehrsprobleme durch ein Bündel von Maßnahmen zu lösen seien, mit innovativen Technologien, Wettbewerbsöffnung für Personen- und Güterverkehr, Vernetzung und effizientem Engpassmanagement. Das zweite Gutachten habe Handlungsziele einer sozialen, ökologischen und ökonomischen Mobilitätspolitik formuliert. Im dritten Gutachten seien Engpässe im überörtlichen Straßennetz identifiziert worden. Von „Mobilität“ statt von Verkehr zu sprechen, fördere diese als ein Allgemeingut in der Nähe eines individuellen Grundrechts, fuhr Remmel fort. Als zweite Leitvorstellung sei wichtig, Mobilität mit vielen anderen Politikbereichen abzustimmen. Drittens gehe es um Mobilitätsketten und die Gestaltung der Schnittstellen. Die integrierte Gesamtverkehrsplanung sei (viertens) gesetzlich festgelegt worden. Übereinstimmend habe sich die Kommission auf das — neue — Leitbild einer nachhaltigen Mobilität verständigt. In NRW gehe es konkret um eine Qualitätsoffensive für den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV), um ein integriertes Güterverkehrskonzept, um ein konkurrenzfähiges Luftverkehrsangebot und um Ausschöpfen der Radverkehrs-Potentiale.

Walter Bieber (SPD) erinnerte an den Beginn der rot-grünen Koalition, deren Scheitern an verkehrspolitischen Differenzen vermutet worden sei, und formulierte als Leitlinie der SPD, Mobilität zu sichern und gleichzeitig unerwünschte Folgen des Verkehrs in vertretbaren Grenzen zu halten. Er nannte fünf Handlungsfelder: integrierte Gesamtverkehrsplanung, Entkoppeln von Wirtschaftswachstum und Verkehrsentwicklung, Sichern der Verkehrsfinanzierung, attraktivere öffentliche Verkehrsmittel und Fördern des Luftverkehrs. Am Vortag sei, bundesweit einmalig, ein Gesetz zur integrierten Gesamtverkehrsplanung beschlossen worden. Damit könnten unnötige Parallelplanungen vermieden werden. Entscheidend sei auch das Koordinieren von Raum- und Verkehrsplanung, was auch zur Grundlage der Bundespolitik gemacht worden sei. Beim Entkoppeln von Wirtschaftswachstum und Verkehr gehe es um Einsparen von Transporten ohne Nachteile. Für sichere Verkehrsfinanzierung müssten die Regionalisierungsmittel für den Schienenpersonenverkehr, die Ausgleichsleistungen für Ausbildungsverkehr und die Straßenbaufinanzierung revidiert werden. Für mehr Verlagerung von Personenverkehr auf Busse und Bahnen müsse das Angebot verbessert werden. Schließlich brauche NRW wegen des Außenhandels und der Bedeutung für wachstumsintensive Wirtschaftsbereiche hochwertige Luftverkehrsverbindungen. In der Kommission sei der Graben zwischen Ökonomen und Ökologen schmaler geworden. Leider sei es nicht gelungen, Sondervoten zu verhindern. Im 49-seitigen Sondervotum der GRÜNEN zeige sich, dass an ideologischen Grundpositionen festgehal-

ten werde, die sich nicht mit wissenschaftlichen Erkenntnissen untermauern ließen. Auch habe das Vorgehen ihn verärgert, sagte Bieber. Bei den GRÜNEN habe Ökologie Vorrang vor Ökonomie und sozialen Aspekten, was nicht im Interesse der Wirtschaft und der Menschen liege. Bei den von den GRÜNEN empfohlenen Zielwerten bei geringeren Emissionen und Verkehrsopfern gebe es noch erheblichen Forschungsbedarf. Die GRÜNEN hielten ferner den Ausbau von Flughäfen für verzichtbar und wollten ein Nachtflugverbot. In Köln/Bonn würden Exportausfälle dadurch auf 4,5 Milliarden Mark geschätzt. Das Sondervotum der CDU beziehe sich nur auf einige Aspekte der Verkehrsfinanzierung. Ökosteuer und Schwerlastverkehrsabgabe würden abgelehnt. Der SPD-Redner wünschte dem Abschlussbericht einen großen Leserkreis.

Gerhard Wächter (CDU) meinte, in der arbeitsteiligen Gesellschaft befänden sich Personen und Güter fast ständig in Bewegung. Daran könne die Politik wenig ändern, jedoch Rahmenbedingungen setzen. Für die CDU sei an der Kommissionsarbeit die Einigkeit wichtig, dass einzelne Verkehrsträger nicht länger gegeneinander ausgespielt werden dürften. Ziel müsse vielmehr sein, die Stärken von Straße, Schiene und Wasser optimal einzusetzen. Aus CDU-Sicht seien staatliche Planung und Steuerung als wichtigste Instrumente nicht richtig. Auch mit marktkonformen Regelungen könnten ehrgeizige Ziele erreicht werden. Der Staat solle nur dort regeln, wo die Menschen nicht von sich aus den richtigen Weg einschlugen. Die Anbieter auf dem Verkehrsmarkt müssten die Mittel des staatlichen Ziels selbst bestimmen können. Besonders bedrückend sei in NRW der tägliche Stau für 1,8 Millionen Pendler. Konzentration und Leistung blieben auf der Strecke. Der volkswirtschaftliche Schaden werde auf 60 Milliarden Mark jährlich geschätzt. NRW am Morgen bedeute auch überfüllte Züge und Busse, Gedränge, Hektik, Verspätungen. Die Nachfrage nach Mobilität sei höher als die Leistung des Systems. Auch Wächter bedauerte das komplette Sondervotum der GRÜNEN trotz monatelanger Diskussionen über Kompromisse. Die GRÜNEN seien nicht bereit, auch nur einen kleinen Schritt von ihrer völlig immobilen Position abzurücken. Ihre Ideologie sei ihnen wichtiger als der gemeinsame Weg aller drei Parteien, und das, obwohl sich alle über das Ziel einig gewesen seien. Die wenigen abweichenden Auffassungen der CDU stellten den Grundkonsens nicht infrage, etwa die Ablehnung des flächendeckenden Tempos 30 in den Städten. Nachhaltige Mobilität habe auch eine ökonomische und soziale Dimension, sagte Wächter zum Inhalt des gemeinsamen Abschlussberichts. Da gebe es Zielkonflikte, die fachlich und politisch gelöst werden müssten. Nicht immer bringe wirtschaftliche Entwicklung auch mehr Umweltbelastung. Viele Innovationen hätten positive Effekte. Für die künftige Mobilität sei eine optimale Datenbasis notwendig. Nicht nur suburbane Strukturen erzeugten Verkehr, sondern auch Veränderungen der Arbeitswelt, der Freizeitgewohnheiten und der Wirtschaft. Durch einen Ausbaustopp Verkehr und Unfälle verringern zu wollen, sei falsch. Wer bewusst Engpässe schaffe, schikaniere die Menschen und schade der Umwelt. Wer sich Mobilität auf die Fahnen schreibe, könne nicht das Angebot des Staates künstlich

Land hilft durch Gespräche und neue Planungskultur bei Verhandlungen zwischen Bahn und Kommunen

Bahnhöfe: Aus vernachlässigtem Erbe attraktive Räume machen

Den SPD-/GRÜNE-Antrag „Die Führungsrolle NRW bei der Entwicklung von Bahnhöfen und Bahnhofsumfeldern ausbauen“ (Drs. 12/4857) nahm der Landtag nach der Aussprache am 14. April gegen die Stimmen der CDU an.

Ellen Werthmann (SPD) erklärte, mit dem städtebaulichen Antrag wolle die Koalition das Aktionsprogramm „Hundert Bahnhöfe in NRW“ zielgerichtet fortführen. Die Immobilie Bahnhof sei nicht beliebig austausch- oder ersetzbar. Das vernachlässigte Erbe der Bahnhöfe solle attraktiv erhalten wer-

den. Bahnhöfe sagten viel aus und lägen meist zentral. Sie seien öffentliche Räume, die erst mit dem Auto an Attraktivität verloren hätten. In Großstädten entwickelten sie sich heute um. Kleine und mittlere Bahnhöfe müssten bei der Vermarktung unterstützt werden. Die Bahn brauche nur noch begrenzte Flächen. Aufgegebene Flächen seien zentral gelegen und für Wohnen, Freizeit und Gewerbe attraktiv. Kommunen, die Bahn und die Landesregierung sollten zusammenarbeiten.

DB sei für die Kommunen immer noch ein schwieriger Partner. Entbehrlichkeitsprüfungen, Entwicklungsverfahren, Preisfindung und Zustimmung des Eisenbahnbundesamts seien schwerfällige Praxis. Angesichts der Preisforderungen der Bahn sei 50-prozentige Landesförderung zu niedrig. Auch gebe es diese nicht zusätzlich, sondern aus allgemeiner Stadterneuerung. Die CDU begrüße, dass das Land moderiere, zu beschließen sei aber nichts.

Abschlussbericht ...

(Fortsetzung von Seite 14)

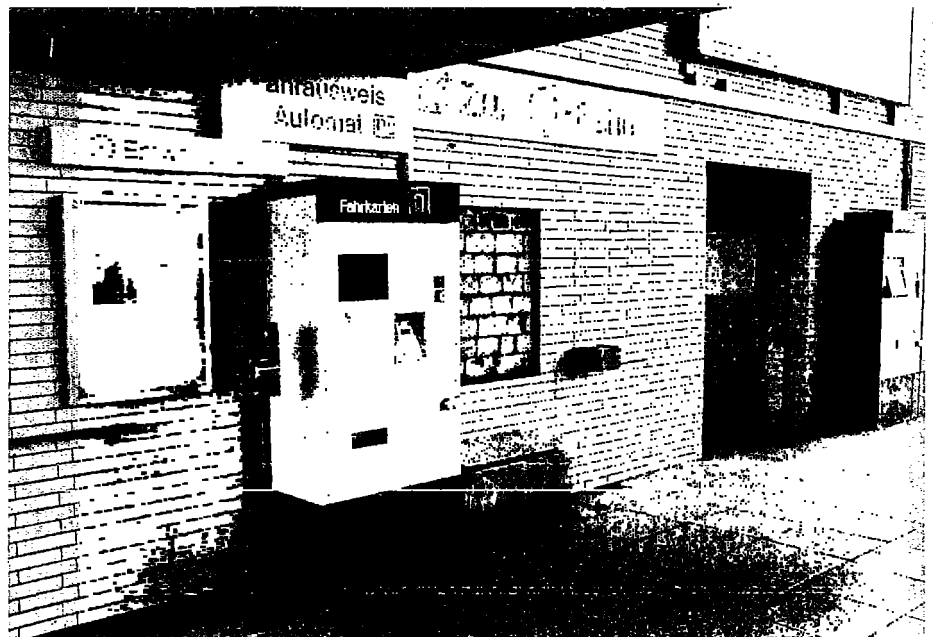
verknappen. Die Kommissionsarbeit habe deutlich die notwendige Engpassbeseitigung bei allen Verkehrsträgern ergeben. Der NRW-Luftverkehr solle stärker die Regionalflughäfen einbeziehen. Ein vollständiges Nachtflugverbot sei nur auf europäischer Ebene durchsetzbar und sinnvoll. Die CDU halte eine entfernungsabhängige Schwerlastabgabe für richtig, aber gleichzeitig müsse eine steuerliche Kompensation für deutsche Spediteure eingeführt werden, um Nachteile in der EU abzubauen. Mit Sorge sehe die CDU auch, dass den Bürgerinnen und Bürgern im ländlichen Raum immer höhere Kosten für die Teilnahme am Verkehr entstünden.

Peter Eichenseher (GRÜNE) hob als ungewöhnliches Ergebnis der Arbeit einer Enquetekommission das Gesetz zur integrierten Gesamtverkehrsplanung hervor, das der Landtag am Vortag verabschiedet hatte. Alle Fraktionen in der Kommission seien sich einig gewesen, dass Wohnungen, Arbeitsplätze und Einkaufsmöglichkeiten immer weiter auseinanderdrifteten, dass der Verkehrsaufwand für alltägliche Wege immer größer werde. Gleichzeitig nähmen die Belastungen für die Umwelt, bei Lärm und Flächenverbrauch zu. Auch die finanziellen Aufwendungen würden immer größer. Verlierer seien Umwelt und Menschen ohne Auto und Wohnung im Grünen. Eichenseher bedauerte, dass sich die Kommission nicht auf konkrete Handlungsziele geeinigt habe. Die Klimaschutzziele würden überrollt. Emissionen im Verkehrsbereich seien seit 1990 um elf Prozent gestiegen. Arbeitsplätze im Öffentlichen Nahverkehr seien sicher. Die Unfallzahlen in NRW stiegen wieder an. Verkehrssicherheit sei auch Gesundheitsschutz und Lärmschutz. Das Sondervotum der GRÜNEN zum Luftverkehr sei notwendig geworden, da die Mehrheit zu keinen Konsequenzen bereit gewesen sei. Fluglärm schädige die Gesundheit. Ohne Nachtflugverbot nehme die Gesundheit Schaden. Auch der Durchbruch zum Drei-Liter-Auto werde gebraucht. Beim Öffentlichen Personennahverkehr bestehe großer Nachholbedarf. An den Verkehrsminister gewandt, kritisierte er das Auslassen von Radfahren und Zu-Fuß-Gehen beim Thema Mobilität. Nachhaltige Mobilität sei nur mit einem abgestimmten Bündel von Strategien und Instrumenten zu realisieren. Dafür brauche die Politik die Mitarbeit der Bürgerinnen und der Städte, Gemeinden und Regionen. Am Kriterium „Einsparen von Verkehr“ müssten sich alle künftig orientieren.

Hedwig Tärner (GRÜNE) begrüßte als guten Akzent in Richtung Zukunft das Thema. Vor allem in kleineren Städten liege der Bahnhof in der Mitte oder am Altstadtkern, sei Pforte und Visitenkarte für Pendler und Touristen. Viele Bahnhöfe verfielen jedoch unter Denkmalschutz. Das Programm „Hundert Bahnhöfe“ solle den Kommunen gegenüber der DB Hilfestellung geben. Dass die Bahn ständig Personal und Strategie wechsele, sei schlecht. In fünf Jahren sollten möglichst viele der 130 interessierten Klein- und Mittelstädte umgestaltete Bahnhöfe haben.

Bernd Schulte (CDU) widersprach der „Führungsrolle“ von NRW in diesem Bereich und meinte, bei der Entwicklung von Bahnhöfen sei NRW weder besser noch schlechter. Das Dortmunder UFO-Projekt habe lebhafte Diskussionen ausgelöst, weil es 300 Millionen Mark aus Regionalisierungsmitteln binden würde, die dann für „Aschenputtelstandorte“ nicht mehr zur Verfügung stünden. Eine Bestandsaufnahme über den Zustand der Bahnhöfe zeige eine große Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit. Das Immobilienmanagement der

Stadtentwicklungsministerin **Ilse Brusis** (SPD) bestätigte, die Entwicklung von Bahnhöfen sei ein schwieriges Geschäft und der Umgang mit der DB nicht leichter geworden. Deshalb habe sie im September 1999 mit der DB eine bisher bundesweit einmalige Vereinbarung abgeschlossen. Wenn mehr Menschen den Öffentlichen Nahverkehr nutzen sollten, müssten sie auch Zugang zu den Bahnhöfen finden. Bahnhöfe seien ein Handlungsfeld, die nicht mehr betriebsnotwendigen Flächen, zum Teil in bemitleidenswertem Zustand, ein anderes. Die Bahn verstehe häufig das kommunale Interesse an diesen Flächen nicht. Inzwischen moderiere die Landesregierung, eine hilfreiche Gesprächsroutine sei entwickelt worden. Für Planungsverfahren an über 100 Standorten stünden zehn, für Investitionen an Bahnhöfen 20 Millionen Mark zur Verfügung. Nach Jahren der Stagnation gebe es jetzt großen Problemdruck. Bei der Wiedernutzung ehemaliger Bahnflächen gebe es Schwierigkeiten durch überzogene Vorstellungen des alten Bundesbahn-Managements. Auf der Basis der Brachflächen-Erfahrungen werde an Lösungen gearbeitet. Sie beobachte eine neue Planungskultur zwischen Kommunen und Bahngesellschaften und gemeinsame Interessen.



Ein so tristes Ambiente soll Bahnfahrern in NRW künftig nicht mehr zugemutet werden. Bahnhöfe sagen viel über eine Stadt aus, meinte Ellen Werthmann (SPD). Der Bahnhof ist die Visitenkarte, sagte Hedwig Tärner (GRÜNE). Bei der Entwicklung ihrer Immobilien sei die Bahn ein schwieriger Partner, stellte Bernd Schulte (CDU) fest. Stadtentwicklungsministerin Ilse Brusis (SPD) versprach Planungs- und Investitionshilfen an 100 Standorten, für die sich vor allem kleinere Städte noch anmelden können. Foto: Schälte

Zwischenbericht zur Flugaffäre stößt auf eine unterschiedliche Bewertung

Für die SPD bleibt es eine „Luftnummer“ CDU sieht weiter „Verkrustungen und Filz“

Der *Parlamentarische Untersuchungsausschuss IV* („Flugaffäre“) hat dem Landtag Mitte vergangenen Monats einen Zwischenbericht betreffend Benutzung von eigenen oder gecharterten Flugzeugen der WestLB (Drs. 12/4870) vorgelegt.

Dr. Rolf Hahn (CDU), Ausschussvorsitzender, betonte in seiner zusätzlichen mündlichen Berichterstattung, es bedauere, dass es bei dem zweigeteilten 500-seitigen Bericht mit 70 Seiten Anlagen nicht zu einem einheitlichen Votum gekommen sei. So hätten die beiden Seiten im Ausschuss — was ihr gutes Recht sei — einen jeweils eigenen Bericht angefertigt und dabei erhebliche Teile seines — Hahns — Entwurfs verwendet. Die Arbeit im PUA habe unter erheblichem Zeitdruck gestanden; es sei unmöglich gewesen, in knapp zweieinhalb Monaten die über 100 Flüge zu überprüfen. Außerdem sei die Quellenlage nicht lückenlos gewesen. Ferner habe man nach Ansicht des Finanzministers das Steuergeheimnis zu respektieren gehabt. So habe sich der PUA nur mit rund 35 Fällen von Flügen inhaltlich befasst; diese seien Grundlage seines Berichts gewesen. Der Ausschussvorsitzende übte Kritik am Mehrheitsbericht: Er werte einzelne Flüge als „offenkundig dienstlich“ und nehme damit eine Beweiswürdigung vor, die nach dem Untersuchungsausschussgesetz nur dann zulässig sei, wenn sie der PUA mit zwei Dritteln seiner Mitglieder beschlossen habe. Hahn: „Ein solcher Beschluss ist zu keinem Zeitpunkt gefasst worden“. Das habe er als Vorsitzender nicht verhindern können, darum scheine ihm, fuhr er fort, dass darüber bei einer Novellierung des Gesetzes nachzudenken sei. Zu prüfen sei in diesem Zusammenhang auch, ob ein angemessener Minderheitenschutz noch gegeben sei. Mit dem Zwischenbericht sei die Ausschusstätigkeit noch nicht beendet; die kommenden Anhörungen von Sachverständigen sollten die Fragen klären, wie die Kosten für die Flüge steuerlich zu behandeln seien und ob das Verhalten der Landesregierung haushalts- und verfassungsrechtlich in Ordnung gewesen sei. Das sei — obwohl von grundsätzlicher Bedeutung — bisher in der öffentlichen Diskussion zu kurz gekommen.

Edgar Moron (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, bedauerte, dass der Vorsitzende „auch bei diesem Bericht das notwendige Maß an Neutralität nicht gezeigt hat“. Er habe Vorwürfe einseitig zugeteilt und Verfahrensverstöße der CDU-Fraktion nicht erwähnt: „Herr Vorsitzender, das ist kein gerechtes Maß an Fairness.“ Moron wies den Vorwurf einer abschließenden Beweiswürdigung vor Abschluss der Beweisaufnahme zurück, er sei falsch; die Gegenseite habe den Gesetzesappell zur Wertungszurückhaltung seit Anbeginn der Ausschussarbeit nicht befolgt. Er verteidigte die Bereitstellung von Flugmöglichkeiten durch die WestLB als Unterstützung des Landes in der Erfüllung seiner öffentlichen Aufgaben; auch andere Gewährsträger hätten Sachleistungen der Bank erhalten. Daran habe in den vergangenen Jahren niemand Anstoß genommen, weder

die Gewährsträgerversammlung noch die Wirtschaftsprüfer. Auch von der Landesregierung sei die Verfahrensweise nicht als problematisch angesehen worden. In fast 15 Jahren sei 65-mal aus dienstlichen Gründen ein Charterflugzeug von Mitgliedern der Landesregierung benutzt worden; darunter seien ganze neun gewesen, bei denen man über die Frage streiten könne, ob es daneben einen privaten oder parteipolitischen Anlass gegeben habe. Moron: „Das ist die ganze Flugaffäre, die in diesem Land so viel Aufregung verursacht hat, die einen Parlamentarischen Untersuchungsausschuss beschäftigt und zu der man ruhigen Gewissens sagen kann: Dies ist eine klassische Luftnummer.“

Michael Breuer (CDU) nannte den von den Koalitionsfraktionen vorgelegten Bericht einen „Persilschein für die Landesregierung“. Breuer: „Ihr Ziel ist klar: Sie wollen mit der Mehrheit von SPD und GRÜNEN diese Affäre beenden, ohne Konsequenzen zu ziehen. Aber das machen wir nicht mit.“ Wenn versucht werde, eine Beweiswürdigung allein im Sinne der Koalition vorzunehmen, dann „beugen und biegen Sie sich das Recht in Nordrhein-Westfalen zurecht“. Das Recht der Minderheit im Ausschuss werde rücksichtslos gebrochen, mit dem Zwischenbericht werde „ohne Rücksicht auf Recht und Gesetz“ versucht, den PUA zu Ende zu bringen, „obwohl noch enormer Aufklärungsbedarf besteht“. Rot-Grün habe diese Aufklärung nie gewollt und von Beginn an die Aufklärung behindert: „Vertuschung statt Aufklärung, das war von Anfang Ihr Ziel“, stellte er fest, die wirklichen Sachverhalte seien „schnurzegal“. Die Flugaffäre sei weit mehr als eine „Luftnummer“. Sie offenbare strukturelle Verzerrungen und Verflechtungen, Verkrustungen und Filz, gewachsen in 34 Jahren SPD-Herrschaft: „Das muss weg in NRW!“

Rainer Michaelis (GRÜNE) wandte ein, der Ausschuss habe sich nicht wochenlang mit einer reinen „Luftnummer“ auseinander gesetzt; andererseits sei die nordrhein-westfälische Flugaffäre „in keinster Weise mit dem Schwarze-Kassen-Sumpf der CDU zu vergleichen“. Michaelis: „Wir hatten uns im Ausschuss mit einem Auswuchs mangelnder Kontrolle und Selbstkontrolle zu befassen.“ Wer angesichts dieser Tatsache wie sein Vorredner davon spreche, Rot-Grün handle gegen Recht und Gesetz, der habe eine „selektive Wahrnehmung“. Den Begriff „Dienstreisen“ könne man nicht so definieren, wie die Landesregierung dies getan und damit versucht habe, „sich allen Überprüfungen gegenüber unangreifbar zu machen“. Wenn sich heute alle Verantwortlichen nachträglich hinter der angeblichen Legalität des geübten Vorgehens verschanzten, dann mache das deutlich, dass es keine ausdrückliche Gesetzesbestimmungen gegeben habe, „die diese Art der Abwicklung von Reisen der Regierungsmitglieder ausdrücklich untersagten“, „politisch gesehen — und darum geht es hier — ist dies falsch. Es ist einfach nicht hinnehmbar, dass Mitglieder einer Regie-

rung ohne eine demokratisch legitimierte Kontrolle selbst darüber entscheiden, ob ihre Reisetätigkeit notwendig, angemessen und von den Kosten her verantwortbar ist oder nicht“.

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) sah in der Art, wie die Opposition die so genannte Flugaffäre gehandhabt habe, den „permanenten Versuch der Verächtlichmachung des politischen Gegners“. In der eigentlichen Kernfrage, der Kostenübernahme der Flüge durch die WestLB, gebe es unterschiedliche Ansichten der Sachverständigen; notfalls sei dies durch ein verfassungsgerichtliches Verfahren auszutragen, betonte der Ministerpräsident. Die Landesregierung habe einen klaren Schnitt in der Praxis solcher Leistungen vorgenommen und eine ganze Reihe von Maßnahmen beschlossen. Dabei nannte Clement vor allem die Bestrebung, im Bund und den Ländern zu einer gemeinsamen einheitlichen Handhabung bei der Abgrenzung von dienstlichen/privaten Reisen zu gelangen. Das seien, so Clement, Aktivitäten, „um bereits dem bösen Schein, Parteien und Politiker hätten sich in weiten Bereichen den demokratischen Staat einverleibt, statt ihm zu dienen, entgegenzuwirken“. Im Fall der Flugaffäre sei der böse Schein allerdings wider besseres Wissen erweckt worden, wandte er sich an die Opposition und forderte ihre Sprecher auf, eine ganze Reihe der von ihnen aufgestellten „abenteuerlichen“ Behauptungen zurückzunehmen.

Laurenz Meyer, CDU-Fraktionsvorsitzender, hielt zur Behandlung der Flugaffäre fest: „Parlamentarische Anfragen wurden über lange Zeit falsch beantwortet. Der Haushalts- und Finanzausschuss wurde falsch informiert, anders gesagt, er wurde belogen. In der Plenardebatte am 10. Dezember 1999 hat der Ministerpräsident nicht die Wahrheit gesagt, angeblich wegen mangelnder Information und fehlender Rechtskenntnis des Ministerpräsidenten.“ Er, Clement, und die SPD hätten nicht die geringste Spur von Unrechtsbewusstsein oder wollten es nicht zeigen. Den GRÜNEN hielt Meyer vor, sie würden vom Ministerpräsidenten als „Hofnarren“ gehalten, die wie in der Kurfürstenezeit ab und zu Kritik üben dürften. Die Bevölkerung sei unzufrieden, wenn sie sehe, dass Politiker im Steuerrecht oder vom Staatsanwalt anders behandelt werden wollen als jedermann auf der Straße. Dann sei noch der Verdacht entstanden, „dass die Justiz in Teilen parteipolitisch besetzt ist“. Meyer: „Für diesen üblen Geruch, der da aufsteigt, sind nicht wir, sondern Sie durch Ihre Personalpolitik verantwortlich.“

Professor Dr. Manfred Dammeyer, SPD-Fraktionsvorsitzender, warf der CDU vor, es sei von Anfang an ihr Ziel gewesen, „den Finanzminister zu schassen, den Ministerpräsidenten in schweres Fahrwasser zu bringen und den Bundespräsidenten zu diskreditieren — das war eine Schmutzstory von der CDU“. Aber anstatt zuzugeben, dass die der Landesregierung vorgeworfenen Einzelheiten nicht gerechtfertigt waren, streue die Union weitere Verdächtigungen aus. Die CDU stecke „verdammt tief im Sumpf“ und versuche, sich daraus zu befreien. Dazu wolle sie einen neuen Skandal inszenieren. Das aber

würden die Bürgerinnen und Bürger merken und der Union dabei nicht folgen.

Justizminister Jochen Dieckmann (SPD) hielt nichts von der Pauschalbehelligung eines ganzen Berufsstandes, „der ordentlich seine Arbeit macht“, durch den Oppositionschef. Der Minister: „Ich verwehre mich im Namen der Staatsanwältinnen und Staatsanwälte unseres Landes gegen das, was Sie hier zur politischen Aufgabe und Handlungsweise der Justiz gesagt haben.“ Es habe Gleichbehandlung stattgefunden, und im Lande habe man eine im guten Sinne von politischen Weisungen freie Justiz.

Fred Hansen (GRÜNE) meinte, wenn man von vornherein offen und ehrlich mit den Dingen umgegangen wäre, dann hätte sich aus der „Luftnummer mit sehr realem Hintergrund“ keine Affären entwickeln können. Die Behandlung einzelner Flüge von Rau und Schleußer offenbare ein „barockes Staatsverständnis“, das von den GRÜNEN nicht geteilt werde. Aber daraus seien schon die entsprechenden Konsequenzen gezogen worden und ein Verfahren gewählt worden, das Transparenz in diese Dinge bringe.



Unterschiedliche Auffassungen äußerten die vom Parlamentarischen Untersuchungsausschuss IV („Flugaffäre“) geladenen Rechtsexperten zur Rechtmäßigkeit der von Landespolitikern auf Kosten der Landesbank unternommenen Flüge. In der ersten Maiwoche zogen die Sachverständigen Werner Hoppe (l.) und Wolfgang Löwer (r.) diese Rechtmäßigkeit in Zweifel (in der Bildmitte PUA-IV-Vorsitzender Dr. Rolf Hahn). Auch der in der folgenden Sitzung zu Wort gekommene Frankfurter Rechtsexperte Georg Hermes sah eine Rechtswidrigkeit als gegeben an; während der Kölner Staatsrechtler Wolfram Höfling die Bereitstellung der Jets seitens der Bank als zumindest teilweise durch das Sparkassengesetz gedeckt wertete. Foto: Schälte

SPD: Neue Medien zur Hochschulentwicklung/CDU: Schulen nicht vergessen

An der Fernuniversität Hagen ist das Online-Angebot am weitesten fortgeschritten; dort studieren schon jetzt mehr als 6 000 Studierende virtuell. Damit auch an anderen Hochschulen die neuen Medien in allen Studiengängen zum selbstverständlichen Werkzeug werden, haben SPD und GRÜNE in einem Antrag (Drs. 12/4855) die Landesregierung unter anderem aufgefordert, den Aufbau eines virtuellen Bildungsraums NRW zu fördern, „in dem Schulen, Hochschulen und Weiterbildung über die Neuen Medien verständlich, sinnvoll und nachhaltig untereinander und mit nationalen wie globalen Bildungsnetzen verbunden sind“. In einem Entschließungsantrag (Drs. 12/4897) fand es die CDU von den Koalitionsfraktionen unglaublich, über eine selbst verursachte Situation zu klagen.

Dietrich Kessel (SPD) betonte, die neuen Spielräume der Hochschulen nach dem kürzlich vom Landtag verabschiedeten Hochschulgesetz sollten für den weiteren Ausbau hochschulinterner und hochschulübergreifender Netze und für die Entwicklung multimedial aufbereiteter Studieninhalte genutzt werden. Schon jetzt gebe es 50 Projekte zur Entwicklung von Lehr- und Lernsoftware für die grundständige universitäre Lehre, auch an den Fachhochschulen werde an Multimediaprojekten gearbeitet. Diese Initiativen sollen verstetigt und verstärkt werden, etwa durch das Landesprogramm „Multimedia in den Hochschulen“ mit einer geplanten Ausstattung von zehn Millionen Mark pro Jahr.

Dr. Katrin Grüber (GRÜNE) erklärte in ihrer letzten Rede im Landtag, der Zugang zum Internet dürfe keine Barrieren haben. Aber es reiche nicht, überall Computer hinzustellen und Programme zu entwickeln. Den virtuellen Hochschulraum werde es nur geben, „wenn die Menschen damit auch umgehen können“. Auch hierzulande gebe es ein Ungleichgewicht beim Zugang zur Wissensgesellschaft, dem man entgegenwirken müsse. So müsse damit Schluss gemacht werden, dass Männer und Frauen die neuen Medien

sehr unterschiedlich nutzten, dazu müsse es eigenständige Angebote für Frauen geben. Es bedürfe der Weiterbildung der Lehrenden, der Vernetzung mit der Wirtschaft und des Ausbaus entsprechender Angebote an den Hochschulen.

Manfred Kuhmichel (CDU) nannte den Koalitionsantrag ein „klassisches Eigentor“, denn der lese sich in weiten Teilen wie ein „Schwarzbuch des eigenen Untätigseins und Versagens“. Andere Länder wie Bayern seien weiter als NRW, das die Entwicklung wieder einmal total verschlafen habe. Jetzt, vor dem Wahltermin, werde die Regierung aufgefordert, das Versäumte nachzuholen, doch sie werfe den Initiativen aus dem Hochschulbereich nur Knüppel zwischen die Beine. Den steigenden Zahlen an Informatikstudenten müsse eine entsprechende Aufwertung der Fachbereiche an den Hochschulen folgen.

Wissenschaftsministerin Gabriele Behler (SPD) begrüßte den Koalitionsantrag, weil er zeige, dass sich die Landesregierung auf dem richtigen Weg befinde. Die Zukunft von Schulen und Hochschulen sei ohne Multimedia nicht denkbar. Seit 1996 seien im Hochschulbereich allein 94 Millionen Mark für zusätzliche Förderprogramme ausgegeben worden; die Digitale Bibliothek NRW sei eines der fortschrittlichsten Projekte weltweit. Länder wie Bayern bemühten sich um Kooperation mit NRW. Die CDU benenne Probleme, die überhaupt nicht vorhanden seien oder sie rede erbrachte Leistungen herunter.

Bernhard Recker (CDU) forderte, bei den neuen Medien nicht zwischen Schulen und Hochschulen zu trennen; diesen Bereich müsse man ganzheitlich sehen. Darum verlange die Union, unverzüglich alle Schulen noch in diesem Jahr mit den erforderlichen Computern auszustatten „und endlich die Flickschusterei zu beenden“.

Dietrich Kessel (SPD) unterstrich den Zusammenhang zwischen Hochschulentwick-

lung und Multimedia. Wenn man das erste ernst nehme, müsse das zweite zentraler Bestandteil der Diskussion sein. Das hätten offenbar in der CDU noch nicht alle verstanden.

Rudolf Henke (CDU) kündigte an, seine Fraktion werde nicht zulassen, dass die Koalition mit ihrer Strategie Erfolg habe, „ihre eigene Untätigkeit wegzudrücken und von ihrer sonderbaren Art von virtueller Regierungsverantwortung abzulenken“. Die Dinge müssten auf den Tisch, die auf den Tisch gehören.

Streitschlichtung

In zweiter Lesung hat der Landtag das Gesetz zur Ausführung von § 15a des Gesetzes betreffend die Einführung der Zivilprozessordnung verabschiedet. Dabei betonte **Robert Krumbein** (SPD), die neue Lösung einer Vielzahl von Schlichtungsstellen werde allseits begrüßt. Differenzen habe es lediglich bei der Streitwertgrenze gegeben. **Margarete Roderig** (CDU) signalisierte grundsätzliche Zustimmung, wandte sich aber gegen die vorgesehene Streitwertgrenze: Die führe zu einer höheren Zahl gescheiterter Schlichtungsverfahren und zu verhärteten Fronten im anschließenden Gerichtsverfahren. Es hätte in einer Erprobungsphase bei 500 Mark bleiben sollen. Für die GRÜNEN-Fraktion stellte **Christiane Bainski** fest, die geplante Höhe stelle einen gangbaren Weg dar; die CDU sollte sich hier einen Ruck geben. Im Übrigen sei das Gesetz befristet, so dass nachgebessert werden könne, wenn dies erforderlich sei. **Justizminister Jochen Dieckmann** (SPD) bedauerte, das Nichtzustandekommen eines Konsenses. Wer die 500 Mark wolle, signalisiere damit doch nur, dass er zu dem Gesetz kein Zutrauen habe. Er kündigte den Aufbau eines elektronischen Informationssystems an, das alle Interessenten über die Möglichkeit der Streitschlichtung unterrichtete.

In NRW keine flächendeckende Videoüberwachung

In zweiter Lesung hat der Landtag das Gesetz zur Änderung des Datenschutzgesetzes NRW (Gesetzesentwurf der Landesregierung Drs. 12/4476) in Form der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung (Drs. 12/4780) gegen die Stimmen der CDU-Fraktion angenommen.

Jürgen Jentsch (SPD) nannte als Ziel bei der Novellierung, „Misstrauen, Ohnmacht oder Verärgerung abzubauen und an ihre Stelle Vertrauen und das Gefühl von Sicherheit sowie die Gewissheit treten zu lassen, dass Datenschutz und Datenvermeidung ein besonderes Anliegen der öffentlichen Verwaltung sind“. Künftig sei — ganz im Sinne der Verwaltungsmodernisierung — die Datenschutzbeauftragte für den öffentlichen und nichtöffentlichen Datenschutz zuständig. Bei der Videoüberwachung sei NRW das erste Land, das zwischen dem Recht auf informationelle Selbstbestimmung und der öffentlichen Sicherheit eine angemessene Regelung treffe.

Dr. Wilhelm Droste (CDU) lobte zwar den weitgehend erreichten Konsens; seine Fraktion sehe sich aber dennoch außerstande zuzustimmen, da die Koalitionäre kurzfristig zahlreiche Änderungsanträge eingebracht hätten, die eine unnötige Verschärfung ins Gesetz gebracht hätten. Darüber habe die CDU ausführlich reden wollen, weil man ihr aber diese Zeit nicht habe zugestehen wollen, lehne sie ein positives Votum ab. Droste nannte hier die Zusammenführung von öffentlichem und privatem Datenschutz und die Regelung bei der Videoüberwachung, die der Polizei nur erlaube, bei erheblichen Straftaten öffentliche Straßen und Plätze mit Kameras auszustatten. Droste: Dort müsse gegen eine ganz andere Form von Kriminalität vorgegangen werden, wie Diebstähle, Schlägereien, Sachbeschädigungen oder Verschmutzungen.

Roland Appel (GRÜNE) sagte zum Zeitpunkt: „Das nehmen wir Ihnen nicht ab.“ In Wahrheit gehe es der Union um eine ganz

andere Form von Überwachung; aber den Orwell'schen Überwachungsstaat werde man verhindern, „deswegen haben wir das Datenschutzgesetz so formuliert, wie wir es formuliert haben.“ Die wichtigsten Gesichtspunkte nannte er so: Verankerung von Datensparsamkeit und Datenschutzaudit im Gesetz, Zusammenführung von öffentlichem und privatem Datenschutz und bürgerfreundliche Regelung bei Chipkarten. Im Übrigen sei Videoüberwachung kein Allheilmittel gegen Kriminalität.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) stellte fest, im Bereich Datenerhebung gebe es heute technische Entwicklungen, „denen Ein-

halt geboten werden muss“. Wenn sich der Innenausschuss letztlich für die Zusammenführung von öffentlichem und privatem Datenschutz ausgesprochen habe, dann nicht deswegen, weil die Regierungspräsidenten hier keine gute Arbeit geleistet hätten; die Festlegung erfolge durch einfaches Gesetz, sei damit rückholbar, wenn sie nicht funktionieren sollte. Bei der Videoüberwachung (Behrens: „Erheblicher Eingriff in die Persönlichkeitsrechte“) werde es keine britischen Verhältnisse geben, wo ganze Städte videoüberwacht würden. Auch hier strebe man die Möglichkeit zu Änderungen an, wenn sich in Pilotprojekten die Notwendigkeit dazu erweisen sollte.

Landtag erteilt Regierung Entlastung

Das Plenum hat der Landesregierung und dem Landesrechnungshof (LRH) für die Haushaltsrechnung 1997 Entlastung erteilt und die Empfehlung des Ausschusses für Haushaltskontrolle (Drs. 12/4810) bestätigt.

Rolf Seel (CDU) legte dar, bei seiner Arbeit habe der Ausschuss sich um die Rolle des Vermittlers zwischen Landesregierung und LRH bemüht, „um nicht nur zur Beseitigung von offensichtlichen Mängeln oder gar Missständen beizutragen, sondern langfristig wirksame Verbesserungen in der Verwaltungsarbeit des Landes zu erreichen“. Der LRH habe mit seinen Vorschlägen dazu beigetragen, dass es in vielen Fällen zur Überarbeitung von Rechtsnormen gekommen sei. Kritik äußerte Seel an der besorgniserregenden Schuldenentwicklung des Landes: 1997 habe die Nettoneuverschuldung im Haushaltsvollzug die in der Haushaltsrechnung ausgewiesenen Investitionsausgaben um 2,2 Milliarden überschritten.

Walter Greverer (SPD) entgegnete, durch die Inanspruchnahme früherer Ermächtigungen sei es im Ist zu einer Überschreitung gekommen: „Das ist keinesfalls ein Grund zu einer Missbilligung.“ Die Nettokreditaufnahme 1997 sei verfassungsgemäß.

Michael Breuer (CDU) erläuterte, der Schuldenstand des Landes habe sich 1997 gegenüber dem Vorjahr von rund 136,3 um 9,3 auf etwa 145 Milliarden Mark erhöht. Die

1997 vorgefallene Überschreitung der Kreditaufnahmen sei ein klarer Verstoß gegen die Haushaltsordnung, „wenn nicht sogar gegen die Verfassungsgrundsätze“. Darüber hinaus habe der vorige Finanzminister durch Gründung einer Beteiligungsgesellschaft noch einen Schattenhaushalt etabliert, um die Neuverschuldung zu verdecken.

Dr. Stefan Bajohr (GRÜNE) nannte das Entlastungsverfahren „mehr als unbefriedigend“. Der späte Zeitpunkt belege, dass die Budgetkontrolle nur ein geringes Interesse finde, vor allem deswegen, weil „wir als Parlamentarierinnen und Parlamentarier im Grunde nur eine Nebenrolle in dem ganzen Geschehen spielen. Wenn das in Zukunft anders werden soll, dann ist eine erhebliche Ausweitung der Rechte der Legislative notwendig“. Außerdem sollte die Erteilung von Prüfungsaufträgen an den LRH durch den Landtag nicht von einer Mehrheitsentscheidung abhängig sein, auch die parlamentarische Minderheit sollte davon Gebrauch machen können.

Finanzminister Peer Steinbrück (SPD) wies darauf hin, was es 1997 an Überschreitung gegeben habe, sei zwei Jahre später zu einer Unterschreitung der Nettokreditaufnahme um 2,5 Milliarden Mark geworden — „vielleicht ein geringer Trost“, wie der Minister meinte.

Neues Landesforstgesetz schreibt nachhaltige Nutzung des Waldes fest

Irmgard Schmid (SPD) stellte fest, die Änderungen seien notwendig geworden, um Nutzungskonflikte zwischen den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Waldbesitzer, den ebenso wichtigen Interessen des Naturschutzes und der Jagd und den steigenden Erholungsbedürfnissen der Menschen in der freien Natur auf eine geregelte Basis zu stellen. So gebe es neue Vorschriften für das Radfahren im Wald und für die Durchführung organisierter Veranstaltungen. Das neue Gesetz werde einen Beitrag zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Entwicklung der Wälder leisten, zeigte sie sich überzeugt.

Clemens Pick (CDU) kritisierte, das Gesetz sei im Schnelldurchgang durchgepaukt worden. Dem könne seine Fraktion nicht zustimmen, sondern in der nächsten Wahlperiode darauf bestehen, „dass die Probleme, die im Forst tatsächlich bestehen, gesetzlich geregelt werden“. So würden Gebühren

Das Dritte Gesetz zur Änderung des Landesforstgesetzes für das Land NRW (Gesetzesentwurf der Landesregierung Drs. 12/4445 und 12/4518) ist vom Landtag in zweiter Lesung in Form der Beschlussempfehlung des Forstausschusses (Drs. 12/4866) verabschiedet worden.

für Verwaltungstätigkeiten eingeführt: Der Waldbesitzer, der in trockenen Sommern wegen Waldbrandgefahr seinen Forst sperren wolle, werde dafür zur Kasse gebeten. Der Wald im Lande sei überwiegend privat; das neue Gesetz trage nicht dazu bei, „den Waldbesitzern stärkeres Vertrauen in ihre Eigentumsrechte zu geben“.

Silke Mackenthun (GRÜNE) urteilte, anstatt völlig neue Gesetzestexte zu schreiben, sei die Koalition dazu übergegangen, auf Bewährtem aufzubauen: „Evolution statt Revolution heißt die Devise.“ Beim Erfordernis

„ordnungsgemäße Waldwirtschaft“ habe man sich um eine Definition bemüht, „anhand derer deutlich wird, was sich hinter diesem Allround-Begriff verbirgt“. Dazu gehöre auch ein ausreichendes Maß an Alt- und Totholz, für das sich das Land an den Kosten beteiligen müsse. Gebühren für die Dienstleistung einer Verwaltung seien im Übrigen völlig normal.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) erinnerte daran, dass die Neufassung der Kahlhiebsregelung zu den Grundsätzen der Koalitionsvereinbarung gehöre; neben der Vermeidung größerer Kahlhiebsgehöle auch die weitgehende Ausnutzung der Naturverjüngung zu den Merkmalen naturnaher Waldwirtschaft. Die Definition des Nachhaltigkeitsprinzips hebe die umfassende ökologische, ökonomische und soziale Bedeutung des Walds hervor und fordere dazu auf, das Ökosystem Wald langfristig zu sichern.

In NRW besteht seit 48 Jahren die Möglichkeit zu Volksbegehren

Die CDU-Opposition hat in einem Antrag „Vorfahrt für den Bürger – Mehr Möglichkeiten zu unmittelbarer Mitwirkung an politischen Entscheidungen“ gefordert. Der Antrag wurde mit den Stimmen der Koalition abgelehnt. Einen Entschließungsantrag der Fraktionen der SPD und der GRÜNEN nahm der Landtag mehrheitlich an (Drs. 12/4842 und 4887).

Laurenz Meyer (CDU), Fraktionsvorsitzender, erklärte, die CDU in NRW und die Landtagsfraktion hätten sich auf den verschiedensten Gebieten schon dafür eingesetzt, den Bürgerinnen und Bürgern des Landes mehr Möglichkeiten zur unmittelbaren Einflussnahme auf politische Entscheidungen einzuräumen. Man wolle, dass die bürgerschaftlichen Mitwirkungsrechte in den Entscheidungen gestärkt würden. Man wolle, dass die Interessenkonflikte zwischen Amt und Mandat und Arbeit verhindert würden. Mit diesem Antrag fordere man den Landtag auf, Grundsatzentscheidungen zugunsten von Volksbegehren, Volksentscheid und Volksinitiative zu treffen. Kernpunkte seien die Senkung der Hürden für Volksbegehren durch Reduzierung der erforderlichen Zahl der Unterschriften von 20 auf 10 Prozent der Stimmberechtigten, ferner die Verlängerung der Eintragungsfrist bei Volksbegehren von zwei auf vier Wochen. Für sehr wichtig hielt Meyer die Einführung der Volksinitiative. Wenn 0,5 Prozent der Stimmberechtigten einen entsprechenden Antrag unterschrieben, dann müsse der Landtag veranlasst werden können, sich mit einem bestimmten Sachthema zu befassen.

Edgar Moron (SPD), Parlamentarischer Geschäftsführer, stellte fest, weil das auch dazu dienen solle, die Bürgerinnen und Bürger falsch zu informieren, „dass unsere Verfassung in Artikel 2 den Volkswillen definiert und dort den Volksentscheid ausdrücklich vorsieht“. Da heiße es, das Volk bekunde seinen Willen durch Wahl, Volksbegehren und Volksentscheid. Man rede nicht über die Einführung von Volksbegehren. Das sei seit fast 50 Jahren Bestandteil unserer Verfassung. „Welchen Quatsch erzählen Sie den Leuten hier? Und die Einzelheiten sind im Artikel 68 der Landesverfassung geregelt. Warum erzählt ihr den Leuten, dass ihr etwas einführen wollt, was es längst gibt?“, wandte sich Moron an die Opposition. Die Einführung plebiszitärer Elemente – also Volksbegehren und Volksentscheid – in das deutsche Verfassungsleben sei doch keine Erfindung von Herrn Meyer oder der CDU. Das sei eine Debatte, die in der Bundesrepublik Deutschland so lange geführt werde, wie es diese Bundesrepublik Deutschland gebe.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin, sagte, seit 48 Jahren gebe es die Möglichkeit, Volksbegehren in NRW durchzuführen. Ein Volksbegehren sei aber erst dann erfolgreich, wenn ihm 20 Prozent der Stimmberechtigten innerhalb von zwei Wochen zugestimmt hätten. Das seien etwa 2,6 Millionen Unterschriften. Diese innerhalb von zwei Wochen zu sammeln, sei eine sehr hohe Hürde. Andere Bundesländer sähen wesentlich niedrigere Hürden vor. So reichten in Bayern zehn Prozent der abgegebenen

Stimmen, in Schleswig-Holstein sogar nur fünf Prozent. Zahlreiche erfolgreiche Volksbegehren in diesen Bundesländern belegten: Nur bei niedrigen Quoren werde direkte Demokratie mit wirklichem Leben erfüllt. Frau Löhrmann regte an, es solle aus allen Fraktionen, die im nächsten Landtag in diesem Haus vertreten seien, eine Kommission gebildet werden, um diese Frage zu erörtern.

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) vermisste im Antrag der CDU, der das geltende Quorum als Erschwernis für bürgerschaftliches Engagement geradezu brandmarkte, eine Abwägung mit unserem vorrangig repräsentativ geprägten Regierungssystem. Auch fehlten jegliche Hinweise darauf, dass gerade in NRW die Anforderungen für eine Listenauslegung als erstem Schritt des Volksbegehrensverfahrens im Vergleich zu anderen Ländern extrem niedrig seien und dass NRW mit dem Quorum von 20 Prozent ja auch keineswegs eine Sonderstellung unter den Ländern einnehme. Mit der Opposition stimmte der Minister darin überein, dass der Wunsch vieler Bürgerinnen und Bürger, durch plebiszitäre Verfahren konkret auf Einzelfragen Einfluss zu nehmen, stärker als bisher berücksichtigt werden sollte.

Albert Leifert (CDU) bezeichnete es als wohl begründet, nach der Verbesserung der Bürgerbeteiligung auf der kommunalen Ebene jetzt im Grundsatz zu erklären, dass man auch für eine Verbesserung der Bürgerbeteiligungsrechte und für eine Erleichterung von Bürgerbegehren auf Landesebene sei.

Forderung nach Verankerung des Sports in EU-Verträgen

Die CDU-Fraktion hat sich in einem Antrag dafür eingesetzt, den Sport in das EU-Vertragswerk aufzunehmen. Der Antrag wurde von der Koalition in direkter Abstimmung abgelehnt, ein Entschließungsantrag der Fraktionen von SPD und GRÜNEN dagegen angenommen (Drs. 4850 und 4893).

Dr. Annemarie Schraps (CDU) sagte, seit Anfang der Neunziger Jahre setze sich der Deutsche Sportbund für eine stärkere Berücksichtigung des Sports auf EU-Ebene ein, vertrete aber zunehmend die Ansicht, dass die politische Willenserklärung in den Verträgen alleine dem Sport keine stärkere Berücksichtigung im Rahmen der EU-Politik verschafft habe und ihn auch nicht vor einer wirtschaftlich geprägten Anwendung der EU-Gesetzgebung geschützt habe. Es gehe bei der Aufnahme des Sports in die Amsterdamer Verträge insbesondere auch um rechtliche Absicherung. In NRW habe man schmerzlich erfahren, dass die Nichterwähnung des Sports in den Verträgen jährlich dazu führe, dass es im europäischen Haushalt keine Haushaltslinie „Sport“ gebe. (Fortsetzung auf Seite 21)



Der CDU-Abgeordnete Manfred Kuhmichel (r.) ist mit dem Bundesverdienstkreuz am Bande ausgezeichnet worden. Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (l.) überreichte in einer Feierstunde den vom Bundespräsidenten verliehenen Orden und betonte in seiner Laudatio, Manfred Kuhmichel werde für die zahlreichen Verdienste ausgezeichnet, die er sich in der Kommunal- und Landespolitik erworben habe. Der Vizepräsident berichtete, Kuhmichel habe an der Pädagogischen Hochschule Essen studiert und sei 1968 in den Schuldienst gegangen. Zuletzt sei er als Hauptschulrektor tätig gewesen. Der CDU sei er 1969 beigetreten. Seit 23 Jahren wirke er als Vorsitzender des CDU-Ortsverbandes Essen-Burgaltendorf. Seit 1991 sei er stellvertretender Vorsitzender des CDU-Kreisverbandes Essen. Von 1984 bis 1990 sei er ferner stellvertretender Fraktionsvorsitzender im Rat der Stadt Essen gewesen. Seit 1990 gehöre er als Abgeordneter dem Landtag an. Zu Beginn der 12. Wahlperiode habe ihn seine Fraktion in den Fraktionsvorstand und zum wissenschaftspolitischen Sprecher gewählt. An ehrenamtlichen Tätigkeiten Manfred Kuhmichels erwähnte der Vizepräsident dessen Arbeit im Kuratorium der Universität Gesamthochschule Essen und seine Tätigkeiten im Beirat des CVJM Essen, im Kuratorium der Heinrich-Hertz-Stiftung sowie im Kuratorium des Max-Planck-Institutes für Strahlenchemie in Mülheim an der Ruhr. Foto: Schälte

Umweltschutz ist an Rhein und Ruhr inzwischen Wirtschaftsfaktor

Um den Umweltpakt in Nordrhein-Westfalen und seine Verknüpfung mit der Agenda 21 ging es bei einer Debatte im Landtag. Ein Antrag der CDU-Fraktion dazu wurde in direkter Abstimmung vom Landtag mehrheitlich abgelehnt (Drs. 12/4832).

Hans Peter Lindlar (CDU) sagte, der Antrag wiederhole den Vorwurf der CDU-Fraktion gegen die Landesregierung, eine entscheidende Chance zur Verbesserung des Umweltschutzes in diesem Lande und auch zur Förderung der Wirtschaft, gerade der kleinen und mittleren Unternehmen, und damit zur Förderung von mehr Ausbildungs- und Arbeitsplätzen in diesem Lande vertan zu haben. Der Umweltpakt sei eine auf Gegenseitigkeit aufgebaute freiwillige Umweltvereinbarung zwischen Wirtschaft und Staat. Der Sinn bestehe darin, dass effizienter und erfolgreicher Umweltschutz nur im Zusammenwirken mit den gesellschaftlich verantwortlichen Gruppen erreicht werden könne. Das sei übrigens eine Erkenntnis und zugleich ein Auftrag, der bei der denkwürdigen Konferenz von Rio 1992 formuliert worden sei.

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) betonte, den Schaden für die kleineren und mittleren Unternehmen könne er nicht sehen. Wenn er durchs Land fahre, höre sich das anders an. Gerade die kleinen und mittleren Unternehmen seien begeistert über die Mittelstandspolitik der Landesregierung. Man habe mit der Gründungsinitiative und mit der Meistergründungsprämie mittlerweile einen Stand von Existenzgründungen erreicht, der bundesweit Spitze sei. Er erwähnte die Klimaschutz- und Energiepolitik als großen Erfolgsfaktor im Umweltschutz in den letzten Jahrzehnten in NRW. Das führe dazu, dass man eine blühende Umweltschutzindustrie habe, dass der Umweltschutz selbst zu einem Wirtschaftsfaktor geworden sei.

Johannes Remmel (GRÜNE) nannte als Problem in der Praxis, im Bericht der Investitionsbank NRW sei deutlich aufgezeigt, dass die Umweltschutzinvestitionen in den letzten Jahren zurückgegangen seien. Die

Vermutung sei, dass die Investitionen in End-of-pipe-Technologien, also in additive Technologien, dafür verantwortlich seien. Diese Investitionen seien abgeschlossen, und Investitionen in umfassende betriebliche produkt- und produktintegrierte Umweltschutzkonzepte hätten noch nicht stattgefunden. Aber warum fänden sie nicht statt? Weil oft auch die Beratung gerade kleiner und mittlerer Unternehmen fehle. Hier gelte es anzusetzen.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) erinnerte daran, dass Agenda 21 und Umweltpakt in Nordrhein-Westfalen schon vor zwei Jahren zusammengebunden worden seien. In Nordrhein-Westfalen lebten mittlerweile 72 Prozent der Bevölkerung in Kommunen mit einem Agenda-21-Prozess. Sie erwähnte die CDU, die gesagt habe, auch auf lokaler Ebene gehe es darum, Energie einzusparen. Genau deshalb wolle man die Prozesse der Lokalen Agenda 21, nicht zuletzt unterstützt durch Diskussionen mit der Wirtschaft, landesweit mit den Ideen aus dem Umweltpakt zusammenbinden.

Hans Peter Lindlar (CDU) hielt der Ministerin vor, während sie hier seit 1997 in Ankündigungen schwelge, sei man in der Tat in anderen Ländern weiter. Während im Land NRW zum Zeitpunkt August 1999 443 Unternehmen auditiert gewesen seien, seien es in Bayern 485 gewesen.

EGKS von Bedeutung für Geschichte Europas

In der letzten Plenarsitzung des EU-Ausschusses der Regionen (AdR) hat sich der SPD-Landtagsabgeordnete Loke Mernizka zum Auslaufen des Vertrages über die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Jahr 2002 geäußert. Der EGKS-Vertrag sei und bleibe von herausragender Bedeutung für die Geschichte Europas, lobte Mernizka, der auch stellvertretender Vorsitzender von Caster, der Vereinigung der Stahlregionen in der EU ist, das ab 2002 his-

torische Vertragswerk. Es habe den Rahmen für den Dialog und die konsensorientierte Zusammenarbeit zwischen Arbeitgebern, Arbeitnehmern und Verbrauchern bei wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen in der Montanindustrie geschaffen. Der Siegerländer Abgeordnete begrüßte, dass das nicht unerhebliche Restvermögen der EGKS, das aus Beiträgen der Unternehmen aufgebaut worden sei, in einen vom allgemeinen EU-Haushalt abgetrennten Forschungsfonds eingebracht werden solle. Loke Mernizka scheidet mit Ende der Legislaturperiode aus dem Landtag aus.

Personalien

Dr. Wilhelm Droste (CDU), Landtagsabgeordneter, steht weiterhin an der Spitze des CDU-Kreisverbandes Mettmann. Auf dem Kreisparteitag der CDU am 5. Mai wurde er mit einer Zustimmung von 89 Prozent in seinem Amt als Kreisvorsitzender bestätigt.

★

Loke Mernizka (SPD), Landtagsabgeordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender, hat sich am 11. Mai mit Vertretern schwedischer Banken im Landtag getroffen. **Lars Andersson** und **Maria Viimne** von der kommunalen Finanzierungsagentur „Kommuninvest“ sowie **Sören Andersson** und **Robert Charpentier** von der „Swedbank“ kamen nach Düsseldorf, um sich über die Rolle der öffentlichen Kreditinstitute in Nordrhein-Westfalen zu informieren. Hintergrund des Treffens war die Ernennung Mernizkas zum Berichterstatter des Ausschusses der Regionen in Brüssel zur Frage der „Rolle der öffentlichen Kreditinstitute in der regionalen Entwicklung“.

Archiv mit Mail-Adresse

Ab sofort sind Archiv und Drucksachenstelle des Landtags NRW über folgende E-mail-Adresse zu erreichen: archiv@landtag.nrw.de



Letzte Plenarsitzung vor der Landtagswahl 2000: Im rechten Bild von links Ministerpräsident Wolfgang Clement, Fraktionsvorsitzender Professor Dr. Manfred Dammeier und Parlamentarischer Geschäftsführer Edgar Moron (alle SPD). — Im linken Bild von links Fraktionsvorsitzender Laurenz Meyer und Parlamentarischer Geschäftsführer Heinz Hardt (beide CDU).
Fotos: Schälte

Rundfunkveranstalter müssen Menschenwürde im Sinne des Grundgesetzes schützen

Aber rechtliche Instrumente können bestimmte Sendeformate nicht verhindern

Einstimmig hat der Landtag den gemeinsamen Antrag aller drei Fraktionen, die Würde des Menschen müsse unantastbar bleiben – auch im kommerziellen Fernsehen, angenommen. Einig waren sich die Abgeordneten in der Ablehnung der Sendung „Big Brother“ bei RTL 2 (Drs. 12/4844).

Reinhard Grätz (SPD) sagte, der Antrag habe eine doppelte Zielsetzung. Er greife Dis-

kussionen auf, die seit dem 1. März 2000 in einem seit Jahren an Gewöhnlichkeit nicht zu übertreffenden Fernsehprogramm und über Internet ausgestrahlte Serie aufwerfe, und er erinnerte daran, dass seit wenigen Tagen, seit dem 1. April dieses Jahres, durch den Vierten Rundfunkänderungsstaatsvertrag einige Normen, die für die elektronisch ausgestrahlten Programme gelten würden, ausgeweitet und präzisiert worden seien. Deshalb sollte sich seines Erachtens die Konferenz der Direktoren der Landesmedienanstalten beeilen, diese neue Gesetzgebung, die seit dem 1. April 2000 gelte, auch zu berücksichtigen und ihre Entscheidung zu der umstrittenen Sendung noch einmal unter die Lupe zu nehmen.

Werner Jostmeier (CDU) hielt fest, dass der aus dem Landtag ausscheidende Abgeordnete Grätz gerade seine letzte Rede in diesem hohen Hause gehalten habe. Er habe ihn stets als sachlichen und fairen Gesprächspartner und Parlamentarier erlebt. Es scheine ganz gut zu sein, im Wahlkampf zu betonen, dass es wichtige Themenbereiche gebe, bei denen die drei Parteien hier im Hause die gleichen Zielsetzungen verfolgten und die gleiche Bewertung eines Sachverhaltes vornähmen. Der Abgeordnete stellte die Frage, wo der Handlungsbedarf der Politik und der Gesellschaft liege. Man müsse vielleicht sogar im Vorfeld die Frage klären, ob man möglicherweise falsch liege. Er denke, man komme da sehr schnell zu dem übereinstimmenden Ergebnis, „dass wir den Wertewandel, der sich in Teilen der Gesellschaft offensichtlich zu vollziehen scheint, nicht nachzuvollziehen haben, sondern dass wir gefordert sind, Möglichkeiten zur Verteidigung der Menschenwürde zu finden“.

Roland Appel (GRÜNE), Fraktionssprecher, meinte, für jeden Verbraucher und jede Ver-

braucherin gebe es natürlich zwei Maßnahmen, die er oder sie ergreifen könnte: RTL 2 abschalten und aus dem Senderspeicher entfernen. Er empfahl darüber hinaus, die Produkte zu boykottieren, für die in dieser Sendung Werbung gemacht werde. „Was meinen Sie, wie die Verbraucherinnen und Verbraucher auf diese Weise eine Sendeanstalt empfindlich treffen können!“

Ministerpräsident Wolfgang Clement (SPD) drückte zunächst dem ausscheidenden Kollegen Grätz seinen Respekt für dessen Arbeit nicht nur zu diesem Thema, sondern insgesamt über drei Jahrzehnte aus. Zum Thema sagte Clement, die Gutachten und Expertisen, die im Zusammenhang mit der Sendung „Big Brother“ in Auftrag gegeben worden seien, hätten gezeigt, dass die bestehenden rechtlichen Instrumente, Sendeformate dieser Art nicht verhindern könnten. Zu dem rechtlichen Befund gehöre, dass neben den medienrechtlichen Tatbeständen insbesondere ordnungsrechtliche Eingriffsmöglichkeiten nicht bestünden. Das sei im Ergebnis wahrscheinlich nur wenig zufriedenstellend, aber Konsequenz der Rundfunkfreiheit.

Dr. Hans-Ulrich Klose (CDU) betonte, ihn bedrücke dieses Thema sehr. Er halte deshalb über den Versuch hinaus, die gesellschaftliche Missachtung solcher Sendungen zustande zu bringen, schon den Eingriff des Staates für erforderlich. Man dürfe nicht vergessen, dass in diesem Jahrhundert Hunderttausende von Menschen in kommunistischen Regimen und in anderen Regimen 24 Stunden lang, jeden Tag, Tag und Nacht, nachts bei Beleuchtung, beobachtet worden seien. Sie hätten sich diesem Zwang aussetzen müssen. Es sei ein Schlag ins Gesicht dieser Menschen, wenn man das heute als Unterhaltung betrachte.

Sport in EU-Verträgen ...

(Fortsetzung von Seite 19)

Heidi Berger (SPD) fragte, welche Sachlage der Forderung des organisierten Sports nach einer stärkeren Berücksichtigung des Sports im europäischen Vertragswerk zugrunde liege. Da sei die immer stärker auch die Belange des Sports erfassende Regelungsdichte der europäischen Gemeinschaft. So würden einzelne Bereiche des Sports, z. B. durch die Anwendung der Regelungen des Wettbewerbs und des Binnenmarkts erfasst. Das Urteil des Europäischen Gerichtshofs im Fall des Fußballspielers Bosmann mache dies deutlich. Hier habe der Europäische Gerichtshof entschieden, dass Regelungen im Bereich des Berufsfußballs gegen geltendes EU-Recht – in diesem Fall die Freizügigkeit der Arbeitnehmer – verstießen. Profifußball falle so zunehmend unter das Wirtschaftsrecht der EU.

Ursula Schnelting-Hebeler (GRÜNE) meinte, es mute schon eigenartig an, dass die CDU während ihrer Regierungszeit auf Bundesebene einen eigenen Sportartikel im Amsterdamer Vertrag immer ohne Wenn und Aber ebenso abgelehnt habe, wie der Freistaat Bayern dies auf Landesebene getan habe, aber sie sich nun in NRW für solch einen Artikel stark mache. „Ist dies auf einen Sinneswandel in Ihrer Gesamtpartei zurückzuführen, oder gehen Sie in Nordrhein-Westfalen eigene Wege?“, fragte die Abgeordnete.

Sportministerin Ilse Brusis (SPD) betonte, unzweifelhaft sei auch innerhalb der Gremien der EU die Einsicht gewachsen, den Sport im europäischen Vertragswerk zu berücksichtigen. Der Europäische Rat habe darauf 1997 mit der Amsterdamer Erklärung zum Sport reagiert, und er habe im folgenden Jahr bei der Kommission einen Bericht zum Sport angefordert. Dieser Bericht sei auftragsgemäß zur Konferenz von Helsinki 1999 vorgelegt worden. Leider sei er dort nicht beraten worden. Es habe keine Beschlussfassung dazu stattgefunden. Man brauche eine Klärung der Frage, ob es neben der Schaffung eines Artikels im Vertragswerk nicht noch andere, ebenso verbindliche Regelungsmöglichkeiten zum Schutz und zur Förderung des Sports in der Europäischen Union geben müsse.



Der Aussiedlerbeauftragte der CDU-Landtagsfraktion, Georg Gregull (15. v. l.), hatte aus allen Bereichen NRW's Deutsche aus Russland zu einem Informationsaustausch eingeladen. Die Veranstaltung wurde vom stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden der CDU-Landtagsfraktion, Lothar Hegemann (12. v. l.), eröffnet. Nach der Darlegung der Position des zuständigen Arbeitskreises zur Situation der Spätaussiedler in NRW diskutierten die Teilnehmer unter Leitung des Arbeitskreisvorsitzenden, Willi Zylajew (16. v. l.), sehr engagiert. An dem Gespräch nahmen auch die Abgeordneten Jutta Appelt (7. v. r.), Helmut Harbich (1. v. l.), Werner Jostmeier (2. v. r.) und Michael Solf (14. v. l.) teil.

GRÜNE danken Dr. Schraps für ihre Anregungen zum Bodenschutz

Der Landtag hat den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Ausführung und Ergänzung des Bundes-Bodenschutzgesetzes in Nordrhein-Westfalen in der vom Ausschuss für Umweltschutz und Raumordnung beschlossenen Fassung in zweiter Lesung mit den Stimmen der Koalition gegen die CDU-Opposition verabschiedet. Ein Entschließungsantrag von SPD und GRÜNEN wurde angenommen, ein Entschließungsantrag der CDU abgelehnt (Drs. 12/4475, 4865, 4888 und 4903).

Dr. Bernhard Kasperek (SPD) hielt der Opposition vor, sie wisse genau, dass Bodenschutzgebiete ein rechtlich mögliches Mittel zum Bodenschutz darstellten und im Gegensatz zu einzelnen Verwaltungsakten, die natürlich ebenso möglich wären, in bestimmten Fällen durch Ausweisung von Bodenschutzgebieten das erforderliche Schutzziel viel unkomplizierter und verwaltungseffizienter erreicht werden könne. „Deswegen sind wir der Auffassung, dass in Nordrhein-Westfalen die Ausweisung von Bodenschutzgebieten möglich sein muss“, folgerte der Abgeordnete.

Vorsorgeprinzip

Dr. Annemarie Schraps (CDU) betonte, sie habe immer eingefordert, dass dieses Gesetz schnell umgesetzt werden solle, dass man schnell handle, weil es wirklich schon fünf Minuten vor zwölf sei. „Ich habe allerdings nicht gefordert, dass wir überstürzt handeln. Das Gesetz sei so, wie es formuliert ist, über weite Strecken rechtlich bedenklich und aus meiner Sicht sachlich unvollständig“, stellte die Abgeordnete fest.

Fred Hansen (GRÜNE) meinte, aus Sicht der GRÜNEN bewege man sich völlig im Rahmen dessen, was das Bundesgesetz als zulässig erkläre. Das gelte insbesondere für das Vorsorgeprinzip, das man im Landes-Bodenschutzgesetz eingebracht habe. Man habe wichtige Anregungen aus den Anhörungen und aus den Reden im Landtag aufgegriffen und ins Gesetz eingebracht. „Insbesondere waren für uns die Anregungen und Hinweise unserer CDU-Kollegin Frau Dr. Schraps besonders hilfreich“, betonte der Abgeordnete.

Umweltministerin Bärbel Höhn (GRÜNE) wandte sich ebenfalls an Dr. Schraps: „Wir wissen alle, dass Ihnen gerade die Fragen des Bodenschutzes ganz wichtig sind und dass damit auch ein Stück Herzblut verbunden ist. Deshalb kann ich Ihre Position, dass es ihnen lieber gewesen wäre, die Notwendigkeit des Schutzes und der Vorsorge wäre stärker in diesem Gesetz verankert worden, eigentlich nur teilen“, sagte die Ministerin. Sie schloss, der entscheidende Punkt sei: Das hätte man gemeinsam auf Bundesebene durchsetzen müssen; denn da sei das Bundesgesetz die Rahmengesetzgebung, an die man sich halten müsse.

Polizeigesetz

Diskussion um Gebrauch von Schusswaffen

Der Landtag folgte der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Innere Verwaltung und lehnte einen Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zur Änderung des Polizeigesetzes des Landes in zweiter Lesung mit Koalitionsmehrheit ab (Drs. 12/4625 und 4794).

Hans-Peter Meinecke (SPD) erinnerte daran, die CDU möchte folgende Anfügung zur gesetzlichen Regelung: „Ein Schuss, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit tödlich wirken wird, ist nur zulässig, wenn er das einzige Mittel zur Abwehr einer gegenwärtigen Lebensgefahr oder der gegenwärtigen Gefahr einer schwerwiegenden Verletzung der körperlichen Unversehrtheit ist.“ Auch das seien unbestimmte Rechtsbegriffe, die wiederum definiert werden müssten. Für diesen Bereich gebe es weder mit diesem Entwurf noch mit den bisherigen Regelungen eine Legaldefinition. Auch in diesem Fall müsste also die Rechtsprechung klarmachen, was unter diesen Formulierungen zu verstehen sei. In NRW habe sich das geltende Polizeigesetz aus dem Jahre 1978 in der Fassung von 1990 bewährt.

Theodor Kruse (CDU) betonte, es gehe seiner Fraktion vor allen Dingen um eine saubere und klare Rechtsgrundlage für die Polizisten. Unverständlich sei es der CDU-Fraktion in der Tat, dass diese Klarheit in den Polizeigesetzen von Sachsen-Anhalt, Rheinland-Pfalz, Thüringen, Sachsen, Baden-Württemberg und Bayern vorhanden sei. Natürlich sei dies ein außerordentlich ernstes Thema. Ganz sicher „hoffen wir alle“, dass es in NRW und darüber hinaus nie mehr eine Geiselnahme geben werde. Dennoch sei die CDU-Fraktion der Meinung, „dass wir endlich losgelöst von Ereignissen Rechtsklarheit schaffen sollten“.

Christiane Bainski (GRÜNE) sagte, die Regelung in Paragraph 63 Abs.2 „unseres geltenden Polizeigesetzes“, dass Schusswaffen gegen Personen gebraucht würden, um angriffs- oder fluchtunfähig zu machen, halte man für absolut ausreichend. „Wir sehen keinen Grund, hier Erweiterungen im Sinne des Antrags der CDU vorzunehmen. Normenklarheit sei durchaus gegeben.“

Innenminister Dr. Fritz Behrens (SPD) beschrieb die Rechtslage in NRW als eindeutig. Weder machten die Einsatzkräfte von dem finalen Rettungsschuss in Fällen Gebrauch, in denen das nicht verhältnismäßig und nicht zulässig wäre, noch ließen sie es in Situationen, in denen die Abgabe eines Schusses zur Abwehr einer Gefahr für Leib und Leben unumgänglich sei, an der erforderlichen Entschlossenheit fehlen. Dafür gebe es ausreichend Beispiele.

Hans-Peter Meinecke (SPD) beschrieb die Situation der Polizei in NRW als gut. Sie habe noch nie so viele Planstellen wie heute gehabt. Die Aufklärungsquote sei hervorragend.

Sport gewinnt in den Ländern der EU immer mehr an Gewicht

Der Sport gewinnt auf europäischer Ebene immer mehr an Gewicht. Das ergab die Aussprache über die große Anfrage 18 der CDU-Fraktion, die vom Landtag erledigt wurde.

Heinz-Helmich van Schewick (CDU) sagte in seiner Bewertung einiger Antworten zu der großen Anfrage, die CDU teile in einigen Punkten die Auffassung der Landesregierung. Zum Beispiel sei man sich einig, dass die Europäische Akademie des Sports in Velen eine besondere Bedeutung für die Sportpolitik in Deutschland sowie in Europa habe. Die CDU sei der Meinung, dass die Europäische Akademie zukünftig mit einem festgeschriebenen jährlichen Zuschuss durch die Landesregierung gefördert werden sollte.

Dr. Hans Kraft (SPD) hatte sich erhofft, dass die CDU einmal den geschichtlichen Ablauf thematisieren würde. Sport in Europa bis zum Fall der Mauer sei doch etwas völlig anderes gewesen als Sport nach dem Fall der Mauer. Bis zum Fall der Mauer sei es oftmals darum gegangen, Sport für den Wettkampf der Systeme zu instrumentalisieren. Nach dem Fall der Mauer sei der Sport vollkommen anders dimensioniert. Das habe die Opposition alles überhaupt nicht erwähnt.

Größte Bürgerbewegung

Ursula Schnelting-Hebeler (GRÜNE) meinte, die Auseinandersetzung darüber, wie dem Sport auf europäischer Ebene am besten Rechnung getragen werde, fände seit vielen Jahren statt. So habe sich über Jahre hinweg bei vielen Menschen die Meinung halten können, der Sport gehe die EU nichts an und sei primär eine Angelegenheit, die sich eigentlich staatlichem Handeln verschließe. Dieser Ansicht schlossen sich die GRÜNEN im Grundsatz an.

Sportministerin Ilse Brusis (SPD) wertete es als erfreuliche Nachricht, dass das öffentliche Interesse an der europäischen Dimension des Sports in den letzten Jahren zugenommen habe. Das komme nicht von ungefähr, denn in den Mitgliedsstaaten der EU sei der Sport immerhin die größte Bürgerbewegung. Der Sport sei ein ganz wesentlicher Bestandteil des Zusammenlebens von Bürgern und Bürgerinnen in Europa. Darum brauche er die Unterstützung durch die Parlamente und Regierungen auf der nationalen und regionalen Ebene ebenso wie durch die Europäische Union und durch den Europarat. Die Landesregierung habe sich diese Unterstützung seit langen Jahren zur Aufgabe gemacht. Nordrhein-Westfalen habe die Federführung für die Länder gegenüber der Europäischen Union und dem Europarat übernommen. Man begrüße die Tätigkeit des Büros des Deutschen Sports in Brüssel, bei dessen Gründung die Landesregierung und der Landessportbund mitgeholfen hätten.

Diether Possers Bericht zur Arbeit des NRW-Verbindungsbüros

Der Hauptausschuss des Landtags unter dem Vorsitz von Professor Dr. Manfred Dammeyer (SPD) hat auf einer zusätzlichen Sitzung am 10. Mai den mündlichen Bericht des Vorsitzenden der Sachverständigenkommission „Mittelverwendung – Aufbau Ost“, Dr. Diether Posser, entgegengenommen.

Der Hauptausschussvorsitzende wies zu Beginn darauf hin, man habe zu der Sitzung eingeladen, weil der Landtag eine Kommission eingesetzt habe, die sich mit dem Engagement des Landes Nordrhein-Westfalen in der untergehenden DDR und den aufkommenden neuen Ländern beschäftigen sollte. „Wir sind überaus dankbar, dass die Kommission ihre Arbeit begonnen hat“, betonte Dammeyer.

Die konstituierende Sitzung dieser Kommission zur Aufbauhilfe Ost sei am 23. März 2000 gewesen, berichtete der frühere nordrhein-westfälische Finanzminister Posser. Bei dieser Sitzung habe ein Schreiben vom gleichen Tage des Chefs der Staatskanzlei an den Landtagspräsidenten vorgelegen. Daraus habe sich ergeben, dass der Aktenbestand, der zu untersuchen sei, 1 084 Ordner betrage. Das sei noch nicht die Endzahl. Es seien noch nicht alle Mitteilungen der beteiligten Ministerien bei der Staatskanzlei eingegangen. Das würde eine jahrelange Arbeit bedeuten, wenn man wirklich alle diese Ordner lesen müsse. „Deshalb haben wir uns zunächst thematisch beschränkt auf die Untersuchung der Arbeit des so genannten Verbindungsbüros Nordrhein-Westfalen in Ostberlin, das am 9. März 1990 durch den damaligen Ministerpräsidenten Rau im Palasthotel in Ostberlin eröffnet worden ist“, teilte Posser mit und fügte hinzu: „Wir haben auch festgestellt, dass alle Akten vorhanden sind.“

Man habe sehr bewusst die Begrenzung, die vom Landtag erwähnt worden sei, auf-

gegriffen und daran gearbeitet, heute einen ersten mündlichen Zwischenbericht geben zu können. Einen schriftlichen Bericht zu erstellen, hätte bedeutet, „dass wir auf jeglichen Schlaf hätten verzichten müssen“. Man habe sechs Sitzungen seit dem 29. März gehabt.

Diether Posser nahm zu einem Artikel im „Spiegel“ Stellung und wies darin angeführte Vorwürfe gegen die Kommission zurück. Ferner lägen keine Dokumente vor, die den Regierungschef, wie behauptet, belasteten. Der ehemalige NRW-Minister berichtete weiter, in 31 Stehordnern seien die Unterlagen des Verbindungsbüros archiviert, und sie würden zur Zeit von den Mitgliedern der Kommission durchgearbeitet. Er selber habe alle Tageskopien der Briefe und Ausarbeitungen gelesen, die vom Verbindungsbüro gefertigt worden seien: Fazit: Sie befassten sich fast ausschließlich nicht mit dem brandenburgischen Ministerpräsidenten Dr. Manfred Stolpe.

Zu dem bereits in der Hauptausschuss-Sitzung vom 18. Februar diskutierten Fall der nach Ostberlin versetzten Oberregierungsrätin und Umweltreferentin der Be-

zirksregierung Münster erklärte Posser, es sei richtig, dass Frau Tenkhof vom 1. September bis 14. Oktober 1990 zu Dr. Stolpe nach Potsdam abgeordnet gewesen sei. Das sei bewusst geschehen mit Ausscheiden aus dem Verbindungsbüro und mit Übersiedlung nach Potsdam. „Das war auch eine räumliche Trennung“, merkte er an. Dazu habe Frau Tenkhoff sich geäußert und insbesondere hervorgehoben, dass sie dort keinerlei parteipolitische Tätigkeit ausgeübt und keine Parteiveranstaltungen mit Dr. Stolpe besucht habe. Sie habe seinen Terminkalender geführt, soweit es sich um allgemeine Termine gehandelt habe.

Bei der Aussprache stellte der CDU-Fraktionsvorsitzende Laurenz Meyer die Frage, ob die Kommission eigentlich über den Wahltag hinaus weiterarbeiten könne. „Von daher die Frage, wie kann das weitergehen?“ Denn eigentlich sei eine Landtagskommission ja mit der Legislaturperiode abgelaufen.

„Wir haben von Anfang an gesagt, wir möchten erreichen, dass es eine Aufklärung gibt“, stellte die GRÜNE-Fraktionssprecherin Sylvia Löhrmann fest. Sie sei froh, dass es überhaupt gelungen sei, diese Kommission einzusetzen.

Der SPD-Abgeordnete und frühere Kölner Oberbürgermeister Norbert Burger meinte zur fünfjährigen Tätigkeit der Kommission: „Das ist ein gutes Tempo.“ Er empfahl, dass der neue Landtag die Kommission bestätigen möge „und sagt, bringt das zu Ende, damit auch gar nichts in der Welt bleibt, das irgendwie zweifelhaft sein könnte für die Zukunft“.

Der Chef der Staatskanzlei, Georg Wilhelm Adamowitsch, machte deutlich, die Landesregierung habe ein großes Interesse, dass die Kommission ihre Arbeit weiter fortsetze, und sie wäre dankbar, wenn der Landtag die entsprechenden Beschlüsse treffen werde, wenn er sich neu konstituiert habe.



Die Vorsitzenden: Professor Dr. Manfred Dammeyer (r.) und Dr. Diether Posser (l.). Foto: Schälte



Parlamentarier aus Sri Lanka und Begleitung der Innenminister im Landtag

Eine Gruppe von Parlamentariern aus Sri Lanka (Bild links) unter der Leitung des Ministers für Planung und Parlamentsangelegenheiten, Jeyaraj Fernandopulle (vorne 2. v. l.) hat am 18. April den Landtag von Nordrhein-Westfalen besucht. Die Parlamentarier, die sich auf Einladung der Friedrich-Naumann-Stiftung zu einem einwöchigen Besuch in der Bundesrepublik aufhielten, führten mit dem Geschäftsbereichsleiter Parlamentsdienste, Ernst Becker (hinten Mitte), ein Informationsgespräch zum Thema „Aufgaben und Kompetenzen der Länderparlamente“ und trafen anschließend mit Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (vorne Mitte) zusammen. — Die turnusmäßige Frühjahrssitzung der Ständigen Konferenz der Innenminister und Innensenatoren der Länder hat in diesem Jahr in Düsseldorf stattgefunden. Während die Minister und Senatoren am 4. Mai zu einer „Kaminrunde“ zusammenkamen, besuchten die übrigen Konferenzteilnehmerinnen und -teilnehmer sowie die Ehefrauen den Landtag und ließen sich von Landtagsvizepräsident Dr. Hans-Ulrich Klose (im rechten Bild links) durch das Gebäude führen. Foto: Schälte

Abgeordnete fragen – Minister antworten

Wasserkraft-Zentrum für Probleme bei Genehmigung von Kraftwerken

Das NRW-Umweltministerium hat im Februar 1999 eine landesweite Studie in Auftrag gegeben, in der die potenziellen ausschöpfbaren Wasserkraftstandorte unter Berücksichtigung der Umweltbelange ermittelt werden. Damit soll die Zulassung von Wasserkraftwerken für mögliche künftige Betreiber erleichtert werden. Das geht aus der Antwort des Umweltministeriums (MURL) auf eine kleine Anfrage des Vorsitzenden des Umweltausschusses Klaus Strehl (SPD) und weiterer SPD-Abgeordneter aus Westfalen-Lippe (Drs. 12/4922) hervor.

Die Abgeordneten hatten festgestellt, die Wasserkraft könne zum Klimaschutz beitragen. In NRW würden zunehmend auch alte Kraftwerksanlagen an kleineren Gewässern reaktiviert und auch durch das Erneuerbare-Energien-Programm gefördert. Im Jahr 1998 seien dadurch Wasserkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von 16 Megawatt errichtet worden.

Gleichzeitig fördere das Land mit dem „Wasserrischprogramm“ die Durchlässigkeit der Gewässer für wandernde Fischarten. Verstärkte Nutzung von Wasserkraft führe aber zu Interessenkonflikten. Kraftwerksbetreiber klagten über überzogene Anforderungen des Naturschutzes zur Vermeidung von Fischschäden.

Fische würden durch Wasserkraft-Turbinen geschädigt, teilt das MURL den Fragestellern auf der Grundlage von ausgewertetem Datenmaterial mit, und zwar durch Verletzungen an Haut, Muskulatur, Wirbelsäule und innerer Organe, Durchtrennungen, Unbeweglichkeit und Desorientierung nach der Triebwerkspassage. Es gebe keinen Turbinentyp, der keine Schäden an Fischen verursache. Wasserräder schädigten Fische dagegen kaum. Indirekte Schäden am Fischbestand entstünden durch Anstau und Unterbrechung des freien Fischwechsels durch Sperrbauwerke.

Bei der Neuerrichtung einer Wasserkraftanlage mit Bau einer Staustufe sei ein Plan-

feststellungsverfahren mit einer Umweltverträglichkeitsprüfung erforderlich. In allen Verfahren würden die naturschutzrechtlichen und andere Belange wie die Fischdurchgängigkeit berücksichtigt. Die Allgemeinwohlverträglichkeit des Ausbaus werde durch Nebenbestimmungen sichergestellt. Einen einheitlichen „Stand der Technik“, wonach die Abgeordneten auch gefragt hatten, gebe es noch nicht. Seit vielen Jahren würden Schutzrechen, Bypässe vom Oberwasser ins Unterwasser, Scheuchanlagen vor dem Schutzrechen (elektrisch, akustisch) erprobt. Neuere Entwicklungen seien Rollrechen, die Treibgut einschließlich kleiner Fische schonend entsorgen, und Feinstrechen in Verbindung mit funktionierendem Bypass. Ferner würden über ein Frühwarnsystem Turbinen bei abwandernden Fischschwärmen gedrosselt oder abgeschaltet. Seit 1996 würden verstärkt Wehre mit Aufstiegsanlagen für Fische überwindbar gemacht. Weniger als zehn Prozent der Wehre seien mit Aufstiegsanlagen ausgestattet.

Wegen der Konflikte zwischen Wasserkraftnutzung und Natur- und Tierschutz habe das MURL einen „runden Tisch“ eingerichtet, wurde den Fragestellern weiter mitgeteilt. Im Übrigen solle ein Zentrum für Wasserkraftangelegenheiten aufgebaut werden. Die neutrale Einrichtung solle Hilfestellung bei Genehmigungsverfahren anbieten.

Petitionsausschuss

Rund die Hälfte aller Petitionen befassten sich mit der Beitreibung und mit dem Erlass von Steuern, heißt es im Fünf-Jahres-Bericht des Petitionsausschusses (Vorlage 12/3319). Vollstreckungsmaßnahmen sollten zurückgestellt werden, wenn die Existenz eines Betriebes und damit die Arbeitsplätze gesichert werden könnten, meint der Ausschuss. Steuerschätzungen sollten vermehrt unter dem Vorbehalt der Nachprüfung durchgeführt werden, bat er das Finanzministerium mit der Folge, dass die obersten Finanzbehörden des Bundes und der Länder sich auf ein einheitliches Verfahren bei Nachprüfungsvorbehalten geeinigt hätten.

Ein Depot in Luxemburg mit einem Wert von knapp 600 000 Mark sei bei Ermittlungen gegen eine Westdeutsche Großbank entdeckt worden. Das Geld sei von einem katholischen Pater aufgrund einer Vollmacht in die Schweiz transferiert worden. Als die 91-jährige Petentin als Erbin des gesamten Nachlasses ihrer Schwester dafür Erbschaftsteuer in Höhe von 230 000 Mark bezahlen sollte, wandte sie sich an den Petitionsausschuss. Der konnte in zähen Verhandlungen erreichen, dass der Orden die Erbschaftsteuer an die Petentin erstattete.

Denkmalschutz

Erhebliche Probleme verursache oft der Denkmalschutz, heißt es im Kapitel über Bauen. Bei Veränderungen am Denkmal könne oft ein Kompromiss erzielt werden. Gravierender seien aber Fälle, in denen die Eigentümer zur Unterhaltung des Baudenkmals finanziell nicht in der Lage seien. Wunderschöne alte Hofstellen würden von Städtern bewohnt, müssten aber von Landwirten als Eigentümer unterhalten werden. So habe ein junger Mann das Hofhaus seines Bruders, einen Vierständerbau auf Natursteinsockel aus dem 18. Jahrhundert, ausbauen und dann bewohnen wollen. Wegen der zu großen Fläche von 440 Quadratmetern hätten Städtebaumittel als Zuschuss zu den Gesamtkosten von fast einer Million Mark nicht gewährt werden können. Der Berichterstatter des Petitionsausschusses schlug nach einem Ortstermin vor, die Wohnfläche zu reduzieren und eine zweite Wohneinheit zu bauen. Inzwischen sei ein prächtiges Gebäude mit Bauerncafé und Antiquitätenhandel entstanden.

Windenergie

Wegen Windenergieanlagen wendeten sich Petenten an den Ausschuss, weil Anträge abgelehnt würden oder weil Nachbarn Geräusche und Schattenwurf befürchteten. Bis 1996 seien Windenergieanlagen als privilegierte Vorhaben im Außenbereich behandelt worden. Ab 1997 sei nach Bundesrecht aber ein Planvorbehalt vorgesehen, um einer „Verspargelung“ der Landschaft vorbeugen zu können. Ein Landwirt aus der Eifel wollte auf einem als Windenergie-Konzentrationszone ausgewiesenen Höhenrücken drei Windräder errichten. Das sei zunächst wegen der Gefährdung von Brutvögeln und Fledermäusen in einem benachbarten Naturschutzgebiet von der Bezirksregierung abgelehnt worden. Der Petitionsausschuss sorgte, da der Landwirt die Abstände eingehalten und sogar überschritten hatte, dafür, dass die Landesanstalt für Ökologie eingeschaltet wurde, die keine Bedenken gehabt habe.

Landtagsabgeordnete in 33 Gremien

Der NRW-Landtag entsendet Abgeordnete außer in seine Ausschüsse auch in zahlreiche Gremien. Aus einer Übersicht des Referats „Ausschüsse, Plenum“ der Landtagsverwaltung geht hervor, dass der Landtag über die Mitglieder von 33 Gremien entscheidet und/oder selbst Mitglieder benennt.

Nach der Landtagswahl werden Neuwahlen in 24 Gremien notwendig. An der Zusammensetzung des Rundfunkrats des WDR, dem drei Landtagsabgeordnete als ordentliche Mitglieder (von insgesamt 13) mit Reinhard Grätz (SPD) als Vorsitzendem angehören, ändert sich dagegen nichts; der WDR-Rundfunkrat wird erst im Jahr 2003 neu gewählt. Der Rundfunkkommission der Landesabstalt für Rundfunk gehören vier Landtagsabgeordnete als ordentliche Mitglieder von insgesamt 13 an, die Neuwahl steht erst im Jahr 2005 an. Ebenfalls alle sechs Jahre wählt der Landtag (geheim) vier Wahlmitglieder des NRW-Verfassungsgerichtshofs, das nächste Mal im Jahr 2006. Zu den Gremien, deren Parlamentsmitglieder nach der Landtagswahl neu zu wählen oder zu benennen sind, gehören der Stif-

tungsrat für Wohlfahrtspflege, der Landesbeirat für Vertriebenen- und Flüchtlingsfragen, die Arbeitsgruppe Staatsbad Oeynhausens des Sozialausschusses, die Kunstsammlung NRW, das Kuratorium der Deutschen Sporthochschule Köln, der Landesbeirat für Immissionsschutz, der Ausschuss für Wohnungsbauförderung bei der WFA, die Bauamtskommissionen bei den Landschaftsverbänden, das Europäische Medieninstitut und der Beirat für das Landeszentrum für Zuwanderung. Neu gewählt werden am Tag der Konstituierung des 13. NRW-Landtags, am 2. Juni 2000, auch je ein Landtagsmitglied als ordentliches Mitglied im Ausschuss der Regionen der EU, im Kongress der Gemeinden und Regionen Europas beim Europarat und in der Versammlung der Regionen Europas.

Entschädigungen

In der 12. Wahlperiode habe sich der Petitionsausschuss bei sozialen Entschädigungen für Gesundheitsschäden, für die der Staat einzustehen habe, besonders auch den Blinden gewidmet, wird im Fünf-Jahres-Bericht (Vorlage 12/3319) erläutert. In vielen Fällen habe er den Betroffenen mit modernen Kommunikationsmitteln geholfen, das Leben ein wenig zu erleichtern, durch Personalcomputer mit Scannern, Sprachausgaben oder Farberkennungsgeräte. Der Familie eines zehnjährigen Mädchens habe der Petitionsausschuss helfen können, die das schwerst pflegebedürftige Kind aufopfernd zu Hause versorge. Die Behinderung sei als Folge eines Impfschadens anerkannt worden.

Ein Ehepaar aus dem Sauerland sei Opfer eines brutalen Raubüberfalls geworden. Ein vom Petitionsausschuss veranlasster Besuch mit einer Psychologin habe zur Bewältigung der psychischen Folgen beigetragen und bald danach zur Bewilligung von Leistungen nach dem Opferentschädigungsgesetz geführt. Auch einer Spielhallen-Angestellten, die überfallen worden sei, sei zu einem Versorgungsanspruch und zum Ausgleich beruflichen Schadens verholfen worden.

Jährlich 650 000 Anträge auf Leistungen nach dem Schwerbehindertengesetz hätten die NRW-Versorgungsämter zu bearbeiten. Einem jungen Mann aus dem Siefkant, der nach einem Motorradunfall ein Bein verloren und später wieder Arbeit gefunden hatte, habe der medizinische Dienst eine neue Prothese zunächst abgelehnt. Erst ein auf Vermittlung des Petitionsausschusses eingeschalteter medizinischer Sachverständiger habe erreicht, dass eine hochmoderne mikroprozessorgesteuerte Prothese in diesem Sonderfall gerechtfertigt sei, da sie dem Lagerarbeiter mehr Sicherheit und Erleichterung verschaffe.

Unterrichtsausfall

Im Bereich Schulwesen hatte sich der Petitionsausschuss vor allem mit Lehrerangelegenheiten und Beschwerden über Unterrichtsausfall zu befassen. Einer 62-jährigen Lehrerin, die im Alter von 60 Jahren ihre Arbeitszeit um die Hälfte reduziert hatte, habe die Bezirksregierung zunächst den vorzeitigen Ruhestand ohne Versorgungsabschlag abgelehnt. Ihr sei zuvor nicht die richtige Teilzeit, nämlich „Alterszeit“ bewilligt worden. Der Petitionsausschuss stellte fest, dass der Vordruck diese Bezeichnung gar nicht enthielt. Um künftige Rechtsunsicherheiten zu vermeiden, wurde der Vordruck inzwischen ergänzt.

Gerade in den Grundschulen sei trotz „Geld statt Stellen“ und „Vertretungspools“ der vollständige und verlässliche Unterricht nicht immer gewährleistet, stellt der Petitionsausschuss zu vielen Eingaben wegen Unterrichtsausfalls fest. Außerdem werfe der Einsatz von Vertretungskräften das Problem auf, dass die Kontinuität der pädagogischen Arbeit beeinträchtigt werde. Das zuständige Ressort sei durch den Petitionsausschuss aufgefordert worden, Vermeidbares abzustellen.



Der Petitionsausschuss übergab dem Landtagspräsidenten einen Fünf-Jahres-Bericht über seine Arbeit in der 12. Wahlperiode, v.l. Oberregierungsrat Norbert Bande (Petitionsreferat), Barbara Wischermann (CDU, Ausschussvorsitzende), Landtagspräsident Ulrich Schmidt (SPD), Horst Steinkühler (SPD, stellvertretender Ausschussvorsitzender), Ministerialrat Jörg Schumacher (Petitionsreferat). Foto: Schälte

Petitionsausschuss erreichte Gesetzesänderung Gehörlosenhilfe bis zum 18. Lebensjahr

Der Petitionsausschuss legte zum Abschluss der 12. Wahlperiode einen Fünf-Jahres-Bericht (Vorlage 12/3319) vor. Nachstehend Zusammenfassung des vom stellvertretenden Vorsitzenden Horst Steinkühler (SPD) im Plenum vorgetragenen Inhalts als Fortsetzung des Berichts in der vorigen Ausgabe.

Ein 60-jähriger Bürger aus Gütersloh habe den Petitionsausschuss veranlasst, über die Altersvoraussetzung für die Gehörlosenhilfe nachzudenken, führte Steinkühler aus. Die Hilfe aus Landesmitteln zum Ausgleich von Mehraufwendungen werde laut Gesetz nur geleistet, wenn die Taubheit angeboren oder bis zum 7. Lebensjahr eingetreten sei. Bei dem Petenten aus Gütersloh sei die Taubheit nach einer Hirnhautentzündung eingetreten, als er sieben Jahre und elf Monate alt gewesen sei. Im Verfahren habe sich herausgestellt, dass bei Menschen, bei denen die Gehörlosigkeit zwischen dem 8. und 18. Lebensjahr eingetreten sei, schwere Sprachstörungen entstünden. Im Zuge des 2. Modernisierungsgesetzes sei deshalb die Anspruchsberechtigung für Gehörlosenhilfe auf Personen bis zur Vollendung des 18. Lebensjahres erweitert worden. Steinkühler sagte, die Änderung eines Gesetzes aufgrund von Petitionen sei nicht gerade die Regel und wie in diesem Fall sehr erfreulich. Eine ältere Dame habe als Eigentümerin Flächen eines landwirtschaftlichen Resthofes verpachtet in einem Gebiet, das laut Bebauungsplan zur Gewerbe- und Industriensiedlung ausgewiesen sei. Die Stadt habe zur Verwertung der Flächen Abwasserkanäle bauen lassen und der Petentin einen Kanalschlussbeitrag in Höhe von 540 000 Mark in Rechnung gestellt. Das Innenministerium habe das bestätigt, da

durch den Kanal wirtschaftliche Vorteile geboten würden. Der Petitionsausschuss habe sich um eine finanziell erträgliche Lösung bemüht und der Petentin mit einer Stundung geholfen.

Ein Landwirt aus dem Münsterland betreibe seit mehr als 20 Jahren eine Nebenstelle des NRW-Landgestüts mit fünf Hengsten. Wegen gesundheitlicher Probleme habe er die Landwirtschaft aufgegeben. Die Deckstelle sei jedoch geblieben. Für die aufgestellten Hengste habe er um Genehmigung für den Bau einer Bewegungshalle auf seinem Grundstück ersucht. Das Vorhaben im Außenbereich sei zunächst abgelehnt worden. Nach Gesprächen des Petitionsausschusses sei es dann aber als legaler gewerblicher Betrieb im Außenbereich mit Anspruch auf Erweiterung angesehen worden. Die Bewegungshalle könne hoffentlich bald gebaut werden.

Horst Steinkühler erläuterte anhand der vielen Fälle aus dem Baurecht, dass ein Orts-termin meistens unumgänglich sei. Die Erwartungshaltung der Bürgerinnen und Bürger sei sehr hoch. Der Petitionsausschuss müsse deshalb immer wieder darauf hinweisen, dass auch er Recht und Gesetz nicht außer Acht lassen könne. Abschließend dankte der stellvertretende Vorsitzende den Kolleginnen und Kollegen sowie dem Petitionsbüro der Landtagsverwaltung für effektive und geräuschlose Zuarbeit.

★

Horst Steinkühler, SPD-Abgeordneter aus Oerlinghausen, verabschiedete sich am 9. Mai von den Kolleginnen und Kollegen des Petitionsausschusses, dem er 20 Jahre lang angehört hatte, zuletzt als stellvertretender Ausschussvorsitzender. Der gelernte Industriemeister, Fachrichtung Weberei, diene bis zu seinem Einzug in den NRW-Landtag

1980 als Hausmeister an einem Gymnasium. Fünf Jahre lang war er auch Bürgermeister von Oerlinghausen. Im Landtag war er außerdem Mitglied im Agrarausschuss. Die Vorsitzende des Petitionsausschusses Barbara Wischermann (CDU) dankte Steinkühler im Plenum für vertrauensvolle Zusammenarbeit, „frei von parteipolitischem Streif“.

50 Jahre Landesverfassung NRW: Bewährungsprobe bestanden



Vor 50 Jahren ist nach Verabschiedung durch den Landtag und nach Annahme durch Volksabstimmung die Verfassung des Landes Nordrhein-Westfalen in Kraft getreten. Ein Buch mit dem Titel „Konflikt und Konsens“, Band 12 in der Schriftenreihe des Landtags, erinnert an die, wie Landtagspräsident Ulrich Schmidt bei der Vorstellung des Bandes sagte, „schwierige Geburt“ der Verfassung; sie habe sich aber über fünf Jahrzehnte zusammen mit dem Grundgesetz als geeignetes Fundament für die Landespolitik und für das Zusammenleben in NRW erwiesen und bewährt.

Der Landtagspräsident dankte den vier Autoren des Werks für ihre Mitarbeit. Die habe ihm große Freude gemacht, bekannte einer von ihnen, der frühere Bundesrats-, Finanz- und Justizminister Dr. Diether Posser. Er habe die Gelegenheit auch genutzt, um die angeblich mangelnde Vielfalt der Landes-

Bei der Buchvorstellung: Landtagspräsident Ulrich Schmidt (M.) zusammen mit den Autoren Gerd Ludwig Lemmer, Dr. Diether Posser, Dr. Christian Dästner und Dr. Johann Paul (v. r. n. l.).
Foto: Schälte

politik zurechtzurücken, fuhr er fort und wies auf 20 Jahre Mitwirkung bei der Bundespolitik mit: Als Mitglied der Landesregierung sei man zugleich Mitglied des Bundesrats, einem Organ des Bundes. Er erinnere sich gern dieser zwei Jahrzehnte langen menschlichen und kollegialen Zusammenarbeit in diesem Gremium. Aus seinem Beitrag ging der Staatsminister a. D. auf zwei bemerkenswerte Vorgänge der Landesgeschichte näher ein, den Radikalenerlass und die Kohlekrise. Die Disparitäten zwischen Bund und Land bei der Regelung der staatlichen Unterstützung für die heimische Steinkohle qualifizierte Posser als „eklatantes Beispiel für die Benachteiligung eines Landes (NRW)“.

Diesem Punkt widmete sich im Gespräch über das Buch auch sein CDU-Kollege Gerd Ludwig Lemmer, von 1962 bis zum konstruktiven Misstrauensvotum gegen die Regierung Meyers 1966 NRW-Minister für Bundesangelegenheiten. Lemmer erinnerte daran, dass die Formel bei der Kohlebeihilfe (zwei Drittel zahlt der Bund, ein Drittel das Land NRW) anfangs nicht bestanden, sondern sich im Verlauf herausgebildet habe, als es darum ging, die Kosten für die Verlagerung der auf Halden gekippten Kohle (Lemmer: „Spazierenfahren“) aufzuteilen. Lemmer bemängelte in diesem Zusammenhang die mangelnde Kommunikation zwischen abgelöster und neuer Regierung: Die alten mit der Sache befassten Experten hätten keine Gelegenheit gefunden, ihre Nachfolger über den Kenntnis- und Verhandlungsstand zu unterrichten; das habe die Position der NRW-Landesregierung im Ringen mit dem Bund unnötig geschwächt, befand er.

Der dritte Autor, Dr. Christian Dästner, Geschäftsführer des Vermittlungsausschusses des Bundestags und Bundesrates, erklärte es als sein Anliegen, der als „blass und grundgesetzsynchronisiert“ gescholtenen Landesverfassung mehr Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. „Das gilt nicht“, stellte er fest; die Landesverfassung habe im Gegensatz zum Grundgesetz zum Beispiel in Sachen Elternrecht und Schulpolitik klar Stellung bezogen. Der Historiker Dr. Johann Paul zeichnet in dem Band die wechselvolle Diskussion über die Verfassungspräambel („... dem inneren und äußeren Frieden zu dienen, Gerechtigkeit und Wohlstand für alle zu schaffen ...“) nach, bei der die unterschiedlichen politischen Ansätze der Parteien und die nachfolgenden Kontroversen schon sichtbar wurden.

★

Das 346-seitige Buch „Konflikt und Konsens – 50 Jahre Landesverfassung Nordrhein-Westfalen“ kann kostenlos bezogen werden. Bezugswünsche per Karte/Brief, Fax oder über das Internet an Landtag NRW, Öffentlichkeitsarbeit, Postfach 10 11 43, 40002 Düsseldorf, Fax (02 11) 8 84 30 22 oder www.landtag.nrw.de.



Landtagsvizepräsidentin Dr. Katrin Grüber (r.) hat gemeinsam mit dem GRÜNE-Abgeordneten Ewald Groth (Mitte hinten) den Flüchtlingsrat Düsseldorf empfangen. An der Zusammenkunft nahmen unter der Leitung von Frau Nimet Tanrikulu (IHD: Samstagmütter) aus Istanbul (vorne 2. v. r.), Professor Dr. Andreas Buhro aus Gräfenviesbach, die Dolmetscherin Ciler Firtina aus Köln, Christine Klissenbauer von Pax Christi in Düsseldorf, Frau Nacyie Pektas aus Düsseldorf, Sevgi Pirol aus Düsseldorf, Otto Klippenstein von amnesty international sowie Eva Klippenstein vom Flüchtlingsrat in der Landeshauptstadt teil.
Foto: Schälte

LANDTAG INTERN

Herausgeber: Der Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Ulrich Schmidt.
Platz des Landtags 1, 40221 Düsseldorf,
Postfach 101143, 40002 Düsseldorf
Redaktion: Eckhard Hohlwein (Chefredakteur),
Jürgen Knepper (Redakteur), Maria Mester-Grüner (Redakteurin), Telefon: (02 11) 8 84 23 03,
8 84 23 04 und 8 84 25 45, T-Online: *56801#, FAX
8 84 30 22
Ständiger Berater des Herausgebers für „Landtag intern“: Dr. Hans Zinnkann, stellvertretender Pressesprecher des Landtags
Redaktionsbeirat Edgar Moron Mdl (SPD),
Parlamentarischer Geschäftsführer, Heinz Hardt Mdl (CDU),
Parlamentarischer Geschäftsführer;
Sylvia Löhrmann (GRÜNE), Fraktionssprecherin
und Parlamentarische Geschäftsführerin, Hans-Peter Thelen (SPD), Pressereferent;
Notker Becker (CDU), Pressesprecher;
Rudolf Schumacher (GRÜNE), Pressesprecher
Nachdruck mit Quellenangabe erbeten
Herstellung und Versand: Trittsch Druck und Verlag,
Düsseldorf, Vertrieb Telefon (02 11) 3 86 36 26
ISSN 0934-9154
Internet-Adresse: <http://www.landtag.nrw.de/>
LANDTAG INTERN wird auf umweltschonend hergestelltem, chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Porträt der Woche

Der Begriff ist etwas aus der Mode gekommen, für Heinz Hardt ist er wie geschaffen: Ein Herr. Akkurat sieht es in seinem Landtagsbüro aus: Hellgraues und Mittelgraues dominieren bei Sitzmöbeln, Schreibtisch, Sideboard. Leidlich moderne Drucke unterbrechen das Wandgrau, eine nüchtern elegante Stehlampe komplettiert ein funktionales Ambiente, in dem es sichtbar an Büro-Schnickschnack fehlt. Und dann der passende Herr zum Raum. Das Äußere tipptopp: Dunkles Jackett, dunkle Hose, dunkles Hemd, schwarz-weiß gepunkteter Binder, blank geputztes Schuhwerk. Hardt trägt den Trauring rechts, am linken Ringfinger sitzt ein Lapislazuli, goldgefasst. Der gleiche blaue Stein ist auch in den dezenten Manschettenknöpfen verarbeitet.

Wenn Heinz Hardt, der schon sechs Mal zum Parlamentarischen Geschäftsführer seiner CDU-Fraktion gewählt wurde und seit dreißig Jahren im Landtag wirkt, im Schreibtischsessel mit der hohen Cheflehne sitzt, hat er ein kleines Kreuz im Rücken. Es ist ein Geschenk von Mitarbeitern zum 50. Geburtstag. Der liegt dreizehn Jahre zurück. Das kleine Kreuz mit dem bayrischen Bergkristall in der Mitte weist auf Hardts geistig-moralisches Koordinatensystem. Wie sein politisches Vorbild Heinrich Köppler entstammt der Düsseldorf (in der 3. Generation) der katholischen Jugendbewegung. Hardt war in seiner Heimatstadt nicht nur Ratsmitglied und Bürgermeister, sondern auch Pfarrjugend- und Dekanatsführer. Sein christlich-katholischer Kompass führt ihn durchs Leben. Es gab starke Vorprägungen durch das Elternhaus. Mit seiner Frau lebt Hardt schon 40 Ehejahre zusammen. Die drei Söhne sind inzwischen verheiratet, bürgerlich situiert und in der CDU wie die Eltern. Es gibt vier Enkel.

Wer den Bürger und Politiker Heinz Hardt erlebt, denkt an Hannelore Kohls Worte über ihren Ehegatten: „Wer ihn einmal hat, hat ihn lange.“ Hardt ist treu zu Menschen, Überzeugungen und Urlaubszielen. 67 Mal war die Familie seit 1970 sommers und winters im oberbayerischen Mittenwald. Zuletzt hatten sich dort in der herrlichen Karwendel-Gebirgswelt zum Jahreswechsel Vater, Mutter, Söhne, Schwiegertöchter und Enkelkinder versammelt. Gut, die Hardts waren auch vor kurzem gesehen, jedoch: „Diese Auswüchse haben uns Mittenwald nicht leid werden lassen. Das ist unser ruhender Pol.“ Im schneesicheren Winter fährt Heinz Hardt dort Ski (Langlauf). Im Sommer macht er stramme Höhenwanderungen, Kraxeleyen sind passé.

Zum Thema Treue gegenüber Personen: Auf dem Sideboard gegenüber dem Schreibtisch steht ein Foto von Helmut Kohl mit Widmung.

Daneben ist ein kleines Bild zu sehen, das Hardt mit Bernhard Worms zeigt. Und über allem hat Konrad Adenauer sein prüfendes Augenpaar. Der CDU-Urahn dominiert die Wand, auf die Hardt vom Arbeitssessel schaut. „Der Kohl bleibt da stehen.“ Der Satz kommt trotzig, aus tiefer Überzeugung. Hardt kündigt niemandem schnell – die einmal geschenkte Treue auf. Natürlich habe ihn die Finanzaffäre einiger aus den oberen Etagen der CDU bedrückt; die hessische Erfindung toter jüdischer Erblasser nennt er scharf „perfide“, das habe ihn beschämt. Dennoch: Er bewahrt ein Grundvertrauen zur historischen Persönlichkeit Kohl, und vor allem: zur Idee der CDU als einer Partei der bürgerlichen Mitte: „Zusammen mit der CSU haben wir fast eine Million Unions-Mitglieder, die allermeisten sind redliche Leute, ehrenamtlich politisch aktiv, die kann man doch wegen der Affäre nicht gleich mit versenken.“ Schließlich: Er und andere Parteifreunde seien in die CDU eingetreten, weil sie Worte wie Freiheit, Toleranz und christliches Gedankengut verkörpere: „Diese Werte bestehen heute noch.“

Hardt fand am 13. August 1961 zur CDU. SED-Chef Walter Ulbricht ließ in Berlin die Mauer hochziehen. Durch den jungen Hardt ging ein Ruck: Jetzt müsse man sich zu diesem Staat Bundesrepublik bekennen, aktiv politisch mitmachen, so habe er damals gedacht. Wegen der familiären Prägung kam als Partei nur die Christlich-Demokratische Union in Frage: Düsseldorf ist seine erste Heimat, Mittenwald die zweite, die CDU ist ihm politische Heimat. Das dürfte bei diesem Beständigen so bleiben bis zum letzten Atemzug.

Hardt macht im Gespräch nicht nur den Eindruck eines stetigen Arbeiters im Weinberg des Herrn, er hat auch etwas Skeptisch-Spöttisches im Blick. Als alter Hase in der Politik lässt er sich kein X mehr für ein U vormachen. Er ist ein höflich zurückhaltender Mensch, aber gewiss wird er insgeheim mehrfach am Tag denken: „Komm Jong, erzähl' mir nix.“ Als Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU-Parlamentsfraktion ging es ihm darum, die Gemeinschaft von 89 Individualitäten politisch-menschlich zusammenzuhalten. Er empfinde zwei Loyalitäten, zum Fraktionschef als der Nummer eins und zur Fraktion. Der „Parlamentarische“ müsse abwägen zwischen dem jeweiligen Interesse des Abgeordneten und demjenigen, der Fraktion. Hardt führt dazu viele Gespräche, versucht, seiner soliden Art treu zu bleiben. Man müsse als Politiker kalkulierbar bleiben, dürfe nicht hinterücks agieren. Auf die Frage, ob er es auch schon mal krachen lasse im politischen Tagesgeschäft, sagt der 63-jährige Rheinländer: „Wenn es sein muss, dann kracht et eben, dann is' et halt so.“

Hardt ruht spürbar in sich. Von ihm geht Uner-schütterlichkeit aus. Er bezeichnet sich als einen Familienmenschen, der abends gerne



Heinz Hardt (CDU)

durch die eigene Haustür geht. Die familiäre Geborgenheit ist ihm wichtig. Das ist ein Grund dafür, warum er nie ernsthaft in der Bundespolitik mitmischen wollte. Ihm missfiel die Vorstellung, die Werktage in Bonn zu sein und der Ehefrau daheim die Erziehung der drei Kinder zu überlassen. Im Übrigen: Landespolitik lasse vergleichsweise mehr Spielraum für eigene Gestaltung. Als ausgewiesener Verkehrspolitiker hat Hardt in drei Jahrzehnten manch wichtiges Projekt mit auf den langen Weg gebracht: Als Beispiel nennt er selbst sein frühes Engagement für den Bau der A 44 am Düsseldorfer Flughafen. Hardt ist ein emsiger Politiker, mit Ehrenämtern bei der Verkehrswacht, im Krankenhauswesen oder bei den Schützen. Die Termine liegen dicht beieinander. Nur jeder fünfte Sonntag ist nach seinen Worten terminfrei. Der Christdemokrat beklagt das nicht. Er hat sich nun einmal für den Weg des Berufspolitikers entschieden. 1970 gab es bei dem städtischen Ingenieur für Heizung, Lüftung und Klima die Überlegung, sich mit einem Partner selbstständig zu machen. Aber der Bürgerlich-Konservative mit dem rheinisch-friderizianischen Motto „Jeder soll nach seiner Façon selig werden“ entschied sich seinerzeit für „Ganz oder gar nicht“. Also dann: Sprung in die offenen Arme der Politik. Sie lässt ihn seither nicht mehr los.

Reinhold Michels

(Das namentlich gekennzeichnete „Porträt der Woche“ ist Text eines jeweiligen Gastautors und muss nicht immer mit der Meinung der Redaktion übereinstimmen.)

Musik-CD zur „Erwärmung“ für besondere Situation der Migranten

Der Diözesan-Caritasverband für das Erzbistum Köln hat mit Unterstützung des Ministeriums für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen eine Musik-CD unter dem Titel „Wir hier“ produziert.

Mit der Multiplizierung dieser CD, wobei vor allem auch die Abgeordneten des Landtags angesprochen werden, wolle der Caritas-

verband zu einer „Erwärmung“ der so genannten „deutschen Mehrheitsgesellschaft“ für die besondere Situation von Migranten beitragen sowie Migranten und Deutsche einander näher bringen, heißt es in einer Mitteilung an „Landtag intern“. Innerhalb einer sozialpädagogischen Projektphase, die der Fertigstellung der CD vorausgegangen sei, sei an einer Vernetzung der Migranten-

gruppen untereinander sowie von interessierten Deutschen und Migranten gearbeitet worden.

Die Musik-CD kann kostenlos beim Diözesan-Caritasverband für die Erzdiözese Köln, Abteilung Migration, Georgstraße 7 in 50676 Köln, Tel. 0221/2 01 01 28 oder Fax 0221/2 01 03 94 bezogen werden.

Zur Person

Geburtstagsliste

Vom 20. Mai bis 1. Juni 2000

20. 5. **Sigrid Klösger** (SPD), 62 J.
 20. 5. **Franz-Josef Britz** (CDU), 52 J.
 23. 5. **Dr. Irmgard Klingbeil** (CDU), 65 J.
 24. 5. **Theo Kruse** (CDU), 52 J.
 25. 5. **Hildegard Nießen** (SPD), 54 J.
 25. 5. **Johannes Rimmel** (GRÜNE), 38 J.
 1. 6. **Manfred Lucas** (SPD), 57 J.
 1. 6. **Ernst Martin Walsken** (SPD), 53 J.

★

Barbara Wischermann (CDU) aus Bottrop, Landtagsabgeordnete und Vorsitzende des Petitionsausschusses im Landesparlament, sowie **Regina van Dinther** (CDU) aus dem Ennepe-Ruhr-Kreis, stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sind beim Bezirksparteitag der Union in Hagen als stellvertretende Vorsitzende der CDU-Ruhrgebiet bestätigt worden. Als Vorsitzender wurde nach elfjähriger Amtszeit **Norbert Lammert** wiedergewählt. Er erhielt 84 von 87 Stimmen. Die Wahlzeit läuft über weitere zwei Jahre. Zu einem weiteren Stellvertreter wählte der Bezirksparteitag den Oberbürgermeister von Gelsenkirchen und früheren Landtagsabgeordneten **Oliver Wittke**.

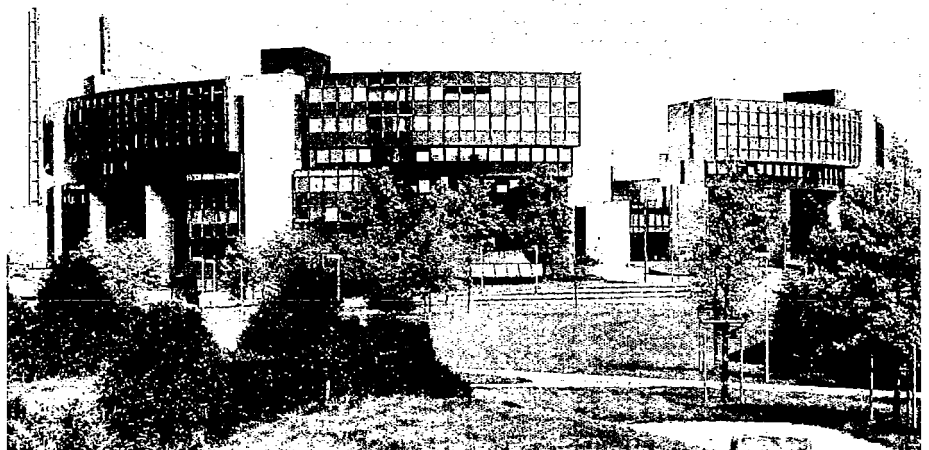
★

Dr. Irmgard Klingbeil (CDU), Landtagsabgeordnete, begeht am 23. Mai ihren 65. Geburtstag. Die Zahnärztin aus Gütersloh wurde in Seehausen geboren. Nach dem Abitur 1955 studierte sie Zahnmedizin in Marburg, München und Göttingen. Die Approbation erfolgte 1960, die Promotion 1964. Der CDU gehört Dr. Klingbeil seit 1977 an. Von 1986 bis 1994 war sie stellvertretende Kreisvorsitzende und ebenfalls bis 1994 Vorsitzende des CDU-Ortsverbandes Gütersloh. Von 1993 bis 1995 gehörte sie dem CDU-Landesvorstand Nordrhein-Westfalen an. Seit 1988 ist sie Mitglied im Bezirksvorstand der CDU Ostwestfalen-Lippe und war von 1988 bis 1994 stellvertretende Landrätin. Seit 1995 ist Dr. Klingbeil Mitglied des Landtags und arbeitet als ordentliches Mitglied im Kulturausschuss sowie im Ausschuss für Wissenschaft und Forschung mit. Die Abgeordnete ist verheiratet und hat vier Kinder.

★

Helmut Loos (CDU), Mitglied des Landtags von 1970 bis 1985, ist am 19. März dieses Jahres gestorben. Geboren am 8. Januar 1924 in Engers bei Neuwied besuchte Helmut Loos die Oberschule für Jungen in Köln-Deutz. Nach dem Abitur wurde er Soldat. Bei Einsätzen an der Ostfront wurde er dreimal verwundet und geriet in Kurland in russische Gefangenschaft. Erst 1949 kehrte er nach Hause zurück und nahm in Aachen ein Studium der Pädagogik auf. Er wurde Lehrer zunächst in Gremberghoven, später in Porz. 1957 wurde er an die Volksschule nach Lülsdorf versetzt. Hier wandte er sich auch der Politik zu und wurde 1961 Bürgermeister. Von 1961 bis 1989 gehörte Helmut Loos dem Kreistag an und war von 1975 bis 1985 stellvertretender Landrat des Rhein-Sieg-Kreises und von 1976 bis 1978 Fraktionsvorsitzender der CDU-Kreistagsfraktion. Im Landtag hatte er von 1980 bis 1985 das Amt des Vorsitzenden des Petitionsausschusses inne.

Raum für Aufkleber (Postvertrieb)



Immer noch überzeugt die Architektur

Von ihm wird immer noch als dem neuen Landtag am Rhein gesprochen, im Gegensatz zum alten Ständehaus in Düsseldorfs Innenstadt, wo das Parlament bis 1988 untergebracht war. In jenem Jahr zogen die Parlamentarier mit einem Tross von Fraktions- und Landtagsbeschäftigten in das architektonisch überzeugende Gebäude der Architekten Eller, Moser, Walter und Partner in die Hafenregion der Landeshauptstadt um. In einem Beitrag für „Landtag intern“ führte der Journalist Lothar Beyer am 2. Oktober 1988 drei „politische Bauherren“ für das Projekt an: die ehemaligen Landtagspräsidenten Dr. Wilhelm Lenz (CDU), John van Nes Ziegler und Karl Josef Denzer (beide SPD). Inzwischen ist mehr als ein Jahrzehnt ins Land gegangen. Die Parlamentarier treten in die 13. Wahlperiode ein. Viele von ihnen werden das Haus der Demokratie am Strom zum ersten Mal aus der Nähe wahrnehmen. Jene, die es verlassen, mögen es so in Erinnerung behalten, wie es sich in seiner überzeugenden modernen Formgebung von außen den Blicken darbietet. Das Bild wurde aus Richtung Düsseldorf Stadttor und damit der Staatskanzlei, über den Bilker Bürgerpark hinweg aufgenommen.

Foto: Schälte

Ernst Wilhelm Moser, Ministerialrat, ist von Landtagspräsident **Ulrich Schmidt** in den Ruhestand verabschiedet worden. Moser war fast 28 Jahre im Landtag beschäftigt. In seiner Abschiedslaudatio sagte der Präsident, drei Bayern seien derzeit in aller Munde: **Rudolph Moshhammer**, der extravagante Münchner Modeschöpfer, **Ludwig II.**, der als bayerischer König derzeit sein Comeback in einem Musical feiere, und Ernst Wilhelm Moser, der langjährige Beauftragte nach Art. 41a Landesverfassung. Wie Moshhammer und Ludwig II. sei Moser ein bodenständiger Bayer, geboren am 30. April 1935 in München. Der Präsident wies darauf hin, dass Ernst Wilhelm Moser nach dem Krieg zunächst in den Postdienst eingetreten sei. In Abendkursen und Selbststudium habe er die fehlende Allgemeinbildung nachgeholt und nach Bestehen der Begabtenprüfung von 1958 bis 1963 Rechtswissenschaften in München studiert. 1968 sei Moser nach NRW gewechselt und zunächst als Regierungsassessor in den Strafvollzugsdienst eingetreten. Am 1. Juli 1972 sei er zum Landtag ins Büro für Petitionsangelegenheiten gekommen. Der

Präsident hob besonders Ernst Wilhelm Mosers Anteil an der Novellierung des Ausländerrechts hervor. Er gelte als Miturheber eines verbesserten Bleiberechts für ausländische Ehegatten. „Konkret handelt es sich um Paragraph 19 Ausländergesetz, der so genannte Moser-Paragraph“, schloss Ulrich Schmidt.

★

Wilhelm Lieven (CDU), Landtagsabgeordneter, kandidierte im Landtagswahlbezirk 9 Düren I. **Rolf Seel** (CDU), Landtagsabgeordneter, kandidierte im Wahlbezirk 10 Düren II. Bei der Auflistung der Direktwahlbezirke in „Landtag intern“ waren beide Wahlbezirke verwechselt worden.

★

Josef Krings (SPD), Altoberbürgermeister von Duisburg, hat die Ehrenbürgerrechte der Stadt erhalten. Der nordrhein-westfälische Innenminister **Dr. Fritz Behrens** (SPD) würdigte in seiner Laudatio besonders Krings' Bemühungen bei der Umstrukturierung des Wirtschaftsstandortes Duisburg. Josef Krings war 1997 nach mehr als 22 Jahren freiwillig aus einem Amt ausgeschieden.